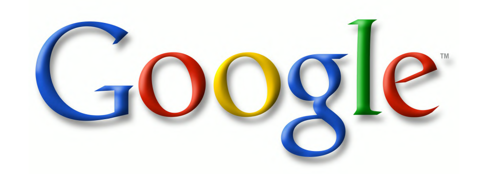
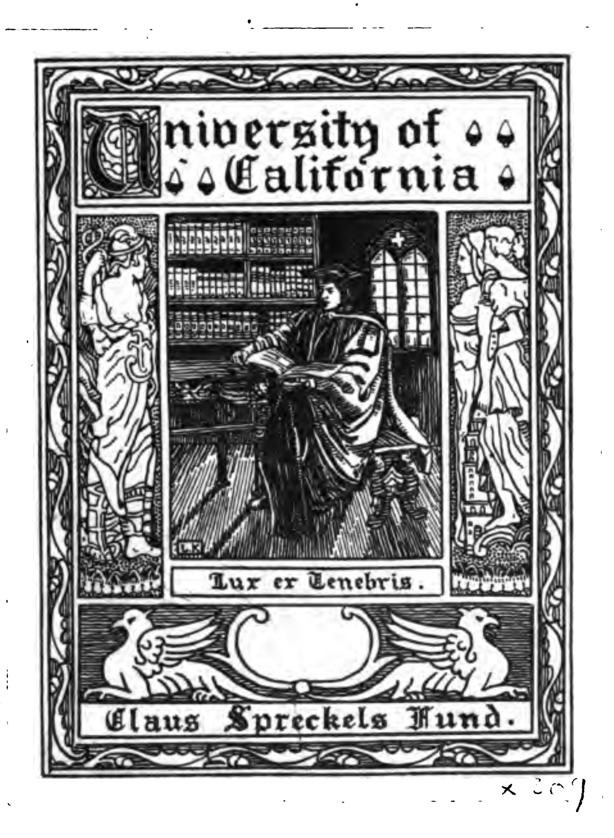
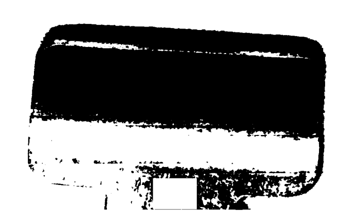





University of California
Lux ex Tenebris.
Claus Spreckels Fund.



Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen.

Eine Betrachtung der

Ursachen und sozialen Wirkungen der modernen Industrie- und Handelskrisen

mit besonderer Berücksichtigung der Kartellfrage.

Von

Prof. Dr. Ludwig Pohle,

Dozenten an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften
zu Frankfurt a. M.

Erweiterte Ausgabe eines auf dem 13. Evang.-sozialen Kongress in Dortmund gehaltenen Vortrags.





Göttingen * Vandenhoeck & Ruprecht * 1902.

Druck von Paul Schettlers Erben, Gesellsch. m. b. H., Hofbuchdruckerei in Cöthen.



Vorbemerkung.

Die nachstehende Arbeit ist, abgesehen von unbedeutenden redaktionellen Änderungen, die unveränderte Wiedergabe des Vortrags, den ich auf dem XIII. Evangelisch-sozialen Kongreß am 23. Mai d. J. in Dortmund gehalten habe. Zu einer Sonderausgabe habe ich mich entschlossen, um meine Ausführungen in verschiedenen Punkten noch etwas näher zu erläutern — besonders war mir Bedürfnis, auf den volkswirtschaftlichen Einfluß der Kartelle und die Frage der staatlichen Regelung des Syndikatswesens etwas mehr einzugehen — und vor allem, um das sich größtenteils auf die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens während der letzten 30 Jahre beziehende statistische Beweismaterial, von dem nur ein kleiner Teil in den Vortrag selbst hatte Aufnahme finden können, der Öffentlichkeit mit zu unterbreiten. Ich habe indessen darauf verzichtet, die Zusätze in den Text des Vortrags hineinzuarbeiten, sondern mich damit begnügt, sie am Schluß in der Form von Anmerkungen beizufügen. Dadurch hoffe ich zu erreichen, daß der Gedankengang des Referats übersichtlich und die Schrift auch für den Nichtfachmann lesbar bleibt. Darin bestand ja die eigentliche Aufgabe meines Vortrags in Dortmund, ein zum bei weitem größten Teil nicht fachmännisch gebildetes Publikum in eine der schwierigsten Fragen der theoretischen Nationalökonomie einzuführen. Inwieweit mir das wirklich gelungen ist, muß ich natürlich dahingestellt sein lassen.

Die Arbeit bedeutet zugleich ein Bekenntnis in methodischer Beziehung. Sie soll zeigen, daß gewisse Fragen der theoretischen Nationalökonomie anders als unter Zuhilfenahme der eine Zeitlang so heftig angefeindeten abstrakt-deduktiven Methode m. E. überhaupt nicht gelöst werden können. Selbstverständlich müssen aber die Resultate, zu denen

man bei diesem Verfahren gelangt, beständig einer Nachprüfung auf Grund der im realen Wirtschaftsleben beobachteten Thatsachen unterzogen werden. Und zugleich zeigt die Arbeit an einem besonderen Falle wieder einmal von Neuem, daß sich die wissenschaftliche Erklärung darauf zu beschränken hat, die Vorgänge der Wirklichkeit in eine allgemeine Formel beschreibenden Inhalts zu bringen, daß sie dagegen darauf verzichten muß, die Erscheinungen auf eigentliche „Ursachen" zurückführen zu wollen. Wenn wir festgestellt haben, was im Wirtschaftsleben eigentlich vor sich geht, wenn eine allgemeine Krisis eintritt, so wissen wir alles, was wir von den Ursachen der Krisen überhaupt zu erkennen im Stande sind.

Frankfurt a. M., im September 1902.

Der Verfasser.

In der Schrift über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, deren Erscheinen vor drei Jahren so großes Aufsehen erregte, sprach der jetzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein die Überzeugung aus, daß wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren als unwahrscheinlich zu betrachten seien. Seine optimistische Auffassung gründete Bernstein namentlich auf zwei Momente: einmal darauf, daß die gewaltige räumliche Ausdehnung des Weltmarktes und die die Entwicklung des Nachrichten- und Transportverkehrs die Möglichkeiten des Ausgleichs von Störungen vermehrt habe, zum anderen darauf, daß durch das enorme Anwachsen des Reichtums in den westeuropäischen Industriestaaten, durch die elastische Gestaltung des modernen Kreditwesens und durch das Aufkommen der industriellen Kartelle die Rückwirkungskraft örtlicher oder partikularer Störungen auf die allgemeine Geschäftslage verringert worden sei.

Wohl selten ist eine Voraussage so schnell durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden, wie die Bernsteins.[1]) Schon in der Mitte des Jahres 1900 wurde es offenbar, daß der geschäftliche Aufschwung der vorhergehenden Jahre seinen Höhepunkt überschritten habe, und nach der weiteren Entwicklung der Dinge im Jahre 1901 und im laufenden Jahre kann kein Zweifel mehr bestehen, daß wir uns mitten in einer allgemeinen Wirtschaftskrisis befinden, wenn erfreulicherweise bisher[2]) auch nur einer solchen von mittlerer Heftigkeit. Nach ihrem seitherigen Verlaufe kann dieselbe geradezu als Schulbeispiel für die Krisen dienen, von denen die moderne Volkswirtschaft in unregelmäßigen Zwischenräumen heimgesucht wird.

I.

Daß die Faktoren, auf welche Bernstein seine Hoffnung auf einen zukünftigen gleichmäßigeren Gang der ökonomischen Entwicklung setzte, die an sie geknüpften Erwartungen so wenig erfüllt haben, wie erklärt sich das? Die hauptsächlichste Wirksamkeit aller der vorhin einzeln genannten Faktoren besteht darin, daß sie eine bessere Übersicht über die jeweilige Marktlage gewähren und darum eine genauere Anpassung der Produktion an den Bedarf ermöglichen. Bernstein glaubt also gleich manchen anderen Nationalökonomen, daß durch Einrichtungen, die den Produzenten in den Stand setzen, den vorhandenen Bedarf richtig zu ermitteln und seine Erzeugung danach zu bemessen, Krisen verhütet werden können. Speziell mit Bezug auf die industriellen Kartelle ist diese Ansicht wiederholt auch von hervorragenden Nationalökonomen vertreten worden. So wenig ich den Wert der diesem Zwecke dienenden Einrichtungen leugnen will, so scheint mir die Hoffnung auf ihre krisenverhütende Wirkung doch auf einer Verkennung des eigentlichen Wesens der modernen periodischen Wirtschaftskrisen zu beruhen, wobei ich davon noch ganz absehen will, daß manche Kartelle durch ihre auf Hochhaltung der Rohstoffpreise gerichtete Preispolitik die letzte Krise wohl eher verschärft als gemildert haben.[3]) Ich möchte im Gegenteil gerade umgekehrt sagen: Je besser die Anpassung der Produktion an die vorhandene kauffähige Nachfrage organisiert ist, je mehr also insbesondere die industrielle Kartellierung entwickelt ist und je schneller und zuverlässiger die Berichterstattung über die Verhältnisse auf dem Warenmarkt arbeitet, um so früher wird es offenbar, wenn das Wirtschaftsleben wieder einmal in das Zeichen einer allgemeinen Krisis tritt. Denn das Wesen der *allgemeinen* Wirtschaftskrisen sehe ich darin, daß der Gesamtbetrag der Kaufkraft in der Volkswirtschaft, der sich bisher in aufsteigender Linie bewegte, auf einmal eine Abnahme erfährt, oder daß wenigstens das Wachstum der Nachfrage und daher auch der Produktion nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermag mit der Zunahme der Bevölkerung.

Dadurch unterscheiden sich die *allgemeinen* Krisen himmelweit von den partiellen, wie sie mit dem Wechsel der Mode, mit der Entwicklung der Konsumtionsgewohnheiten, mit den Fortschritten der Produktionstechnik usw. über einzelne Produktionszweige hereinbrechen.[4]) Bei den partiellen Krisen handelt es sich nicht um eine *Abnahme* der Gesamtsumme der Nachfrage, sondern nur um *Verschiebungen* in der *Richtung* der Nachfrage. Die allgemeinen Wirtschaftskrisen dagegen bedeuten einen Rückgang der Gesamtnachfrage und der Gesamtproduktion

oder doch ein Zurückbleiben dieser beiden hinter der Vermehrung der Bevölkerung. Das heißt mit anderen Worten dann aber, daß so und soviel Arbeiter entlassen werden müssen oder daß wenigstens die Neueinstellung von Arbeitern unterbleibt, obwohl die Zahl der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeiter entsprechend der Zunahme der Bevölkerung gestiegen ist.

Es liegt auf der Hand, daß eine auch noch so vollkommene Anpassung der Produktion an den Bedarf kein Mittel ist, mit dem man Krisen in dem eben dargelegten Sinne verhüten kann. Einen gewissen Einfluß auf den Verlauf derselben haben die in den letzten Jahrzehnten geschaffenen Einrichtungen, die eine größere Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführen sollen, allerdings gehabt. Und zwar kommt die Einwirkung, welche die Kartelle und Syndikate, sowie die bessere Marktberichterstattung auf den äußeren Verlauf der Krisen der neuesten Zeit gehabt haben, darin zum Ausdruck, daß die Schilderungen, welche uns die älteren bürgerlichen und sozialistischen Nationalökonomen, wie Say, Ricardo, Sismondi, Rodbertus, Marx, Engels von den Wirtschaftskrisen der ersten sechs bis sieben Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts entworfen haben, auf die Krisen der letzten zwanzig Jahre nicht mehr recht passen wollen.

Die älteren Autoren sahen übereinstimmend das eigentlich charakteristische Merkmal der modernen Industrie- und Handels-Krisen in der Überproduktion, in der Überfüllung des Marktes, und zwar nicht nur bei einigen, sondern bei allen Waren, wenn auch bei den einzelnen in verschiedenem Maße.[5]) Mit dieser Auffassung haben die Say, Rodbertus, Engels u. s. w. für ihre Zeit auch sicher Recht gehabt. Eben weil in jener Periode die Organisationen noch fehlten, welche, wie die Kartelle und Syndikate, einen Überblick über den Gang des Absatzes zu schaffen bemüht sind und auf eine beständige Anpassung der Produktion an die Konsumtion hinwirken, wurde damals auch dann, wenn die Nachfrage nicht mehr zunahm, sondern plötzlich zurückging, noch lustig weiter darauf los produziert. Der Preisfall, welchen die Abnahme der Nachfrage im Gefolge hatte, führte sogar häufig zunächst noch zu einer Vermehrung der Produktion, weil der einzelne Unternehmer glaubte, durch Ausdehnung der Produktion billiger liefern und so die Wirkung des Sinkens der Preise paralysieren zu können. Diese Art des Vorgehens, bei der man den Teufel durch Beelzebub auszutreiben suchte, mußte aber natürlich früher und später zu einem völligen Zusammenbruche führen: infolge der weiteren Ausdehnung der Produktion bei zurückgehendem Absatz wurde das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion schließlich

so groß, daß der Absatz gänzlich stockte, und zwar trat die Absatzstockung bei den früheren Krisen gewöhnlich wie mit einem Schlage ein. Dieses hervorstechendste Merkmal der früheren Krisen — das plötzliche Aufhören der Nachfrage bei allgemeiner Überfüllung der Warenlager — fehlt den neueren Krisen oder tritt doch wenigstens bei ihnen nicht mehr so allgemein und so schroff zu Tage, wie ehemals. Die Unternehmer sehen den kommenden Rückgang des Bedarfs rechtzeitig voraus und richten ihre Produktion von vornherein auf die verminderte Nachfrage ein, so daß es nicht mehr zu einer wirklichen Überproduktion kommt. Das ist ja speziell eine der Hauptaufgaben der Kartelle, für die Einschränkung der Produktion zu sorgen, wenn die Aufnahmefähigkeit des Marktes nachläßt.[6]) Und da, wo ein einigermaßen straff organisiertes Kartell besteht, braucht der einzelne Unternehmer auch nicht mehr zu befürchten, daß nur er selbst den Nachteil davon habe, wenn er bei rückgängiger Konjunktur seine Produktion einschränke.

Mit Rücksicht darauf, daß sich der Eintritt von Krisen jetzt in ganz anderen, weniger auffallenden Formen vollzieht, als früher, hat man die Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte nicht mehr als eigentliche Krisen, sondern nur als „Depressionen“ bezeichnen wollen.[7]) Das ist ja vollkommen richtig, daß die Krisen, die früher mit der Heftigkeit und Plötzlichkeit von Erdbeben aufzutreten pflegten, jetzt ganz allmählich und ohne viel Geräusch ihren Einzug in das Wirtschaftsleben halten. Sie kommen nicht mehr wie der Dieb in der Nacht, sondern bereiten sich langsam vor, und sie verlaufen nicht mehr katastrophenartig, sondern schleichend. Aber eben nur die Art des Ausbruchs der Krisen hat sich verändert, ihr Wesen ist genau das gleiche geblieben wie früher. Es war eine oberflächliche Auffassung, das Wesen der Krisen darin zu suchen, daß die Produktion unverändert blieb oder zunahm, während die Nachfrage, die den produzierten Waren insgesamt gegenüberstand, geringer wurde, so daß ein Teil der Waren unverkäuflich blieb und keine Abnehmer mehr fand. Die sozialen Wirkungen der Krisen und damit im Grunde die Krisen selbst bleiben vielmehr im großen und ganzen genau dieselben, gleichviel ob die Produktion sich rechtzeitig der verminderten Nachfrage anpaßt oder nicht.

Dadurch, daß die älteren Krisentheorien gewöhnlich die mangelnde Übereinstimmung zwischen Produktion und Bedarf und die hieraus entspringende Überproduktion als das entscheidende Merkmal der Krisen hinstellten, schoben sie ein zufälliges und rein äußerliches Moment über Gebühr in den Vordergrund. Zugleich leidet ihre Betrachtung infolgedessen an dem Fehler, daß sie die Krisen zu einseitig vom Stand-

punkte der Unternehmer aus beurteilen. Denn die Überproduktion, die in Krisenzeiten eintritt, wenn die Produzenten nicht rechtzeitig auf den Rückgang der Nachfrage Rücksicht nehmen, ist in erster Linie ein Übel für die Unternehmer, weil durch sie der Unternehmergewinn herabgedrückt wird. Darum ist aber auch die Einschränkung der Erzeugung, mit der die Unternehmer der drohenden Überproduktion vorzubeugen suchen, wie das Ehepaar Webb richtig sagt, „ein Hilfsmittel der Unternehmer, nicht der Arbeiter". Und die Fallschirme der Produktion bei rückgängiger Konjunktur, als welche man die Kartelle und Syndikate bezeichnet hat, sind nur bestimmt und geeignet, die Unternehmer vor dem Absturz zu bewahren. Für die Arbeiter dagegen wird durch die rechtzeitige Einschränkung der Erzeugung nichts Wesentliches gewonnen. Die Übel, welche jede Krisis für sie im Gefolge hat: Arbeitslosigkeit oder wenigstens unfreiwillige Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne, erfahren dadurch keine Milderung; sie treten vielleicht jetzt sogar früher ein, als es sonst der Fall gewesen sein würde. Gerade hier, im Evangelisch-sozialen Kongreß, möchte ich das nachdrücklich betonen, daß die Krisen an sozialpolitischer Gefährlichkeit dadurch nicht verloren haben, daß die Unternehmer gelernt haben, die Überproduktion, die früher die Einleitung zu einer jeden Krisis bildete, zum großen Teil zu vermeiden.

Von den Einrichtungen, die der besseren Anpassung des Angebots an die Nachfrage dienen, darf man sich ebensowenig eine Verminderung der Zahl oder des Umfangs der Krisen versprechen, wie eine zweckmäßige Organisation der Arbeitsvermittlung eine vorhandene Arbeitslosigkeit zu beseitigen und neue Arbeit zu schaffen vermag. Darum ist es aber auch verkehrt, der „Planlosigkeit" der Warenproduktion in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, „der Unübersehbarkeit von Bedarf und Angebot infolge der Atomisierung aller Angebote und Bedarfe", die Schuld an den allgemeinen Krisen in die Schuhe zu schieben, wie dies viele Sozialisten thun.[8]) Die Ärzte, welche die pathologische Erscheinung der Krisen dadurch kurieren wollen, daß die Produktion beständig genau dem vorhandenen Bedarfe angepaßt werden soll, haben den Sitz des Übels überhaupt nicht richtig erkannt und gehen von einer falschen Diagnose der Krankheit aus. Die periodischen allgemeinen Krisen entstehen nicht dadurch, daß die Produktion sich nicht nach dem Bedarfe richtet, sondern dadurch, daß der Bedarf selbst zurückgeht. Seitdem wir fast auf allen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit, auf denen die Vorbedingungen dafür einigermaßen gegeben sind, Kartelle besitzen und seitdem die Berichterstattung über den Warenmarkt den jetzigen

Grad der Vollkommenheit erreicht hat, sind wir überhaupt gar nicht mehr berechtigt, die Produktionsweise der modernen Volkswirtschaft als „planlos" oder „anarchisch" zu bezeichnen. Die Produktion folgt seit einiger Zeit auf vielen und wichtigen Gebieten den Schwankungen des Bedarfs ziemlich genau. Trotzdem sind die allgemeinen Krisen nicht verschwunden und werden wohl auch nicht so bald verschwinden, wie uns die Erfahrungen der letzten beiden Jahre gezeigt haben.

Wie kommt es aber, so müssen wir nun fragen, und damit gelangen wir zu dem eigentlichen Gegenstand unserer Untersuchung, wie kommt es, daß in der modernen Volkswirtschaft der Gesamtbetrag der auf dem Markte vorhandenen Kaufkraft keine dem regelmäßigen Wachstum der Bevölkerung entsprechende gleichmäßig ansteigende Bewegung zeigt, sondern daß auf eine Periode der schnellen Zunahme häufig eine Zeit des Stillstandes oder Rückganges folgt, woraus dann notwendig eine allgemeine Krisis entsteht? [9]) Es ist da ohne weiteres zuzugeben, daß nicht alle Schwankungen der Gesamtsumme der Nachfrage auf dem nationalen Markte eines Landes auf eine und dieselbe Ursache sich zurückführen lassen. Ebenso wie die partiellen Krisen können vielmehr auch die allgemeinen Krisen ihre Ursachen in sehr verschiedenen Umständen haben. So hat die allgemeine Krisis, von der England unmittelbar nach Beendigung der Kriege gegen Napoleon I. heimgesucht wurde, ihre Wurzeln wohl in folgenden Verhältnissen gehabt, die bereits Malthus m. E. richtig zur Erklärung herangezogen hat. Da während der Kriegsjahre die Getreidezufuhren aus dem Auslande stark nachgelassen hatten, waren die Getreidepreise in England erheblich gestiegen, und das hatte zu einer beträchtlichen Ausdehnung des inländischen Getreidebaues in England geführt. Als einige Zeit nach Herstellung des Friedens die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ebenso schnell, wie sie während des Krieges gestiegen waren, wieder im Preise sanken, ging der Weizenanbau wieder zurück, und es trat zugleich eine Abnahme der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung ein. Infolgedessen stockte auch der Absatz der englischen Industrie. Denn an jedem Stück Landwirtschaft hängt ein Stück Industrie. Und für die Verminderung des Absatzes im Inlande konnte die englische Industrie nicht von heute auf morgen ausreichenden Ersatz auf den auswärtigen Märkten finden. [10])

Allgemeine Wirtschaftskrisen können ferner durch die Handelsbeziehungen zum Auslande entstehen, so z. B. wenn ein Exportindustriestaat, der Fabrikate im Austausch für Lebensmittel und Rohstoffe an das Ausland liefert, einen Teil seiner Exportindustrie an einen anderen

Industriestaat verliert. Es bedeutet das gleichzeitig einen Rückgang der kauffähigen Nachfrage auf dem inländischen Markte, sofern es nicht gelingt, rechtzeitig neue auswärtige Absatzmärkte zu gewinnen oder die Kaufkraft der inländischen Landwirtschaft entsprechend zu heben.

Es ist indessen nicht meine Absicht, meine verehrten Damen und Herren, Ihnen eine erschöpfende Übersicht über die Ursachen zu geben, aus denen allgemeine Krisen überhaupt entspringen können. Ich möchte hier vielmehr nur auf eine bestimmte Art allgemeiner Krisen eingehen, und zwar auf diejenige Art, die, weil sie in der modernen Volkswirtschaft in unregelmäßigen Zwischenräumen sich zu wiederholen pflegt, die wichtigste Art der allgemeinen Krisen geworden ist, auch die, die man gewöhnlich meint, wenn man kurzweg von den modernen Industrie- und Handelskrisen spricht. Die allgemeinen Krisen, an die ich jetzt denke, werden nicht durch die Handelsbeziehungen zum Auslande hervorgerufen. Sie würden darum auch in einer isolierten Volkswirtschaft vorkommen, vorausgesetzt nur, daß der betreffende geschlossene Handelsstaat im übrigen auf denselben Organisationsprinzipien beruhte, welche für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung kennzeichnend sind. Denn die Krisen, die ich hier im Auge habe, hängen aufs innigste mit der gegenwärtigen Organisation des Wirtschaftslebens zusammen und bilden sozusagen einen integrierenden Bestandteil jeder Gesellschaftsordnung, welche wie die heutige die Güterproduktion und überhaupt den gesamten „sozialen Stoffwechsel" grundsätzlich dem privaten Vorgehen der Einzelnen überläßt. Diese Krisen sind es, an deren Erklärung die großen Krisentheoretiker des 19. Jahrhunderts sich abgemüht haben, sie sind es, von denen die Marxisten behaupten, daß sie in der kapitalistischen Produktionsweise immer umfangreicher und verheerender würden und schließlich den Untergang der heutigen Gesellschaft herbeiführen müßten. Wir wollen sie weiterhin der Kürze wegen einfach die *periodischen* Krisen nennen, wobei man sich freilich vor der Vorstellung hüten muß, als ob die periodische Wiederkehr dieser Krisen einer festen Gesetzmäßigkeit unterliege.[10a])

II.

Worin haben nun die periodischen Krisen, von welchen die moderne Volkswirtschaft ungefähr ebenso oft, wenn auch nicht ebenso schwer heimgesucht wird, wie die Menschheit im Mittelalter von Hungersnöten, ihren Ursprung? Um Ihnen diese Frage beantworten zu können, muß ich Ihnen eine Vorlesung über eines der schwierigsten und

umstrittensten Kapitel der theoretischen Nationalökonomie halten, und zwar müssen wir, um den pathologischen Zustand der Volkswirtschaft, den jede Krisis bedeutet, zu verstehen, zunächst wissen, wie der normale physiologische, von Krisen freie Zustand der Volkswirtschaft beschaffen ist.

Alle Kulturstaaten zeigen zur Zeit ein regelmäßiges Anwachsen der Bevölkerung. Durch die Bevölkerungszunahme aber wird die Volkswirtschaft dieser Länder jedes Jahr von neuem vor eine Aufgabe gestellt, deren Schwierigkeiten wir uns kaum groß genug vorstellen können. Aus dem jährlichen Wachstum der Bevölkerung ergiebt sich die Notwendigkeit, jedes Jahr auch eine entsprechende Erweiterung der Produktion vorzunehmen. Wenn diese Erweiterung sich glatt vollziehen und nicht eine Minderung des Nationaleinkommens und infolgedessen eine Herabdrückung der durchschnittlichen Lebenshaltung im Gefolge haben soll, so muß der jährlich neu in die Beschäftigung eintretende Bevölkerungsteil von Anfang an technisch ebenso gut mit Produktionsmitteln ausgerüstet sein, wie es die bereits längere Zeit produktiv thätige Bevölkerung im Durchschnitt ist. Gerade so wie von einer Mutter, die der Geburt eines Kindleins entgegensieht, schon vor dem erwarteten Ereignis alles, was der neue Weltbürger braucht, vorbereitet und zusammengetragen wird, genau so müssen auch die Produktionsmittel, die Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Anlagen, welche nötig sind, um damit oder daraus die Bedarfsgegenstände für die vermehrte Bevölkerung herzustellen, schon in dem Momente fix und fertig sein, in dem die Produktion von Konsumtionsmitteln aller Art erweitert werden soll. So lange es noch Volkswirtschaften mit regelmäßig wachsender Bevölkerung giebt, so lange wird auch die Notwendigkeit bestehen bleiben, daß eine beständige relative Überproduktion von Kapitalgütern oder Produktionsmitteln stattfindet.

Neben diesem einen Umstand giebt es aber noch einen zweiten, der ebenfalls eine regelmäßige relative Übererzeugung von Produktionsmitteln in der modernen Volkswirtschaft erforderlich macht. Das ist der Umstand, daß wir uns in einer Periode der technischen Entwicklung befinden, in der das Streben dahin geht, in mehr und mehr Arbeitsprozessen Handarbeit durch Maschinenarbeit, überhaupt unmittelbare durch mittelbare, gegenwärtige durch vorgethane Arbeit zu ersetzen. Die Kapitalintensität der modernen Volkswirtschaft wächst beständig, d. h. fortwährend verschiebt sich das Verhältnis, in dem sich die gesamte Volksarbeit einerseits auf die Herstellung von Produktionsmitteln oder Kapitalgütern und andererseits auf die von Konsumtionsmitteln oder Genußgütern verteilt, zu Gunsten der ersteren Produktionsabteilung. Auch die Gewerbezählungen lassen darauf schließen, daß die Zahl der gewerbthätigen Personen in den Industrie-

zweigen, welche vorwiegend Güter herstellen, die wieder im Dienste der Produktion Verwendung finden sollen, schneller wächst als in den Produktionszweigen, die vorzugsweise Artikel für den menschlichen Konsum anfertigen.[11]) Auch aus diesem Grunde muß dauernd eine relative Überproduktion von Kapitalgütern stattfinden, weil beständig kapitalintensivere Arbeitsmethoden in die Produktion neu eingeführt werden. Für die Zwecke unserer Betrachtung hier können wir indessen den zweiten Fall auf den ersten zurückführen, und wir wollen daher weiterhin, um das Problem zu vereinfachen, die Ursache der beständigen relativen Überproduktion von Kapitalgütern nur in dem Wachstum der Bevölkerung suchen.[12])

Eine beständige relative Überproduktion von Kapitalgütern ist nun freilich eine wirtschaftliche Leistung, die sich nicht von selbst vollzieht, deren glatte Durchführung vielmehr besondere Vorkehrungen und Einrichtungen erfordert. Das jährliche Gesamteinkommen eines Volks enthält zunächst und direkt nur die Mittel, um die während des Jahres bei der Produktion abgenutzten Maschinen, Geräte, Apparate und Anlagen wieder zu ersetzen. Der Absatz einer in dieser Weise bestimmten Menge von Kapitalgütern kann niemals Schwierigkeiten machen, da der Wert der im Dienste der Produktion verbrauchten Kapitalgüter in dem Wert des Gesamtprodukts normalerweise mit enthalten ist. Soviel Produktionsmittel, als zur einfachen Fortführung der Gütererzeugung in ihrem bisherigen Umfange erforderlich sind, können in der Regel bequem aus dem Nationaleinkommen bezahlt werden, da das letztere einen entsprechenden Betrag hierfür eben schon in sich schließt. Allein woher kommen die Mittel, um die Produktion von Kapitalgütern über das angegebene Maß hinaus zu ermöglichen, um die Produktionsmittel zu bezahlen, die nicht den Ersatz der bei der Arbeit vernutzten Arbeitsmittel liefern sollen, sondern die nötig sind, um die Bevölkerung, die neu in die Beschäftigung treten will, dem jeweiligen Stande der Technik entsprechend auszurüsten?[13])

In einem sozialistischen Staate würde die Sache sehr einfach sein, einfach wenigstens auf dem Papiere. Die Zentralbehörde kommandierte regelmäßig mehr Menschen in die Produktionszweige, welche Arbeitsmittel herstellen, als eben nötig wären, wenn nur die Kapitalgüter hergestellt werden sollten, die zum Ersatz der gleichzeitig verbrauchten erforderlich sind.[14]) Wieviel Arbeiter mehr sie in diesen Produktionszweigen beschäftigen müßte, wenn das richtige Verhältnis zur jährlichen Zunahme der Bevölkerung gegeben sein sollte, das ließe sich nur auf dem Wege des Versuchs genau ermitteln, wenn man

nicht etwa den Bevölkerungszuwachs selbst zu regulieren suchte. Vermutlich würden aber auch in einer sozialistischen Gesellschaft durch die Notwendigkeit, die Produktion jährlich entsprechend der Zunahme der Bevölkerung zu erweitern, doch noch allerhand Störungen und Unzuträglichkeiten vorkommen, die das Analogon zu den Krisen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wären. Jedenfalls würde es zu den schwierigsten Aufgaben der sozialistischen Zentralbehörde gehören, den neuen Anbau, der jährlich an der Volkswirtschaft vorzunehmen ist, so durchzuführen, daß Reibungen nicht vorkämen. Wer weiß, ob der sozialistische Zukunftsstaat an der Lösung dieser Aufgabe nicht scheiterte.

Wenn aber die regelmäßige jährliche Erweiterung der Produktion schon in einem Gemeinwesen, das von einer Zentralstelle aus einheitlich geleitet würde, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte, so dürfen wir uns eigentlich nicht wundern, wenn in der heutigen Wirtschaftsordnung, wo alles wirtschaftliche Geschehen von den individuellen Entschließungen der einzelnen Privatpersonen abhängt, die jährliche Ausdehnung der Produktion nicht immer glatt sich vollzieht, sondern der Prozeß manchmal ins Stocken gerät. Wenn wir gerecht sein wollen, so müssen wir sogar sagen, nicht das ist das Auffallende, daß in der modernen Volkswirtschaft ab und zu Krisen vorkommen, deren Hauptwirkung darin besteht, daß die Produktion nicht entsprechend der Zunahme der Bevölkerung sich ausdehnt, sondern darüber vielmehr müssen wir uns wundern, daß die Krisen nicht noch viel häufiger sind, ja daß im großen und ganzen, obwohl alles auf dem privaten Vorgehen Einzelner beruht, der Prozeß der regelmäßigen Erweiterung der Produktion doch verhältnismäßig so glatt sich vollzieht. Denn wenn die relative Überproduktion an Kapitalgütern, deren Notwendigkeit für jedes Land mit wachsender Bevölkerung wir vorhin feststellten, in der heutigen Wirtschaftsordnung in regelmäßigem Gange bleiben soll, so müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein, deren Vorhandensein nichts selbstverständliches ist.

Die Mittel für die Bezahlung der im Überfluß produzierten Kapitalgüter sind nicht ohne weiteres gegeben. Sie stehen dem Unternehmer bei normalem Verlaufe des Geschäfts nicht von selbst zur Verfügung, wie dies mit den Mitteln der Fall ist, die für den rechtzeitigen Ersatz der im Dienste der Produktion verbrauchten Produktionsmittel benötigt werden. Die Bezahlung der in relativem Übermaß produzierten Kapitalgüter kann nicht direkt aus dem Einkommen geschehen, sondern sie muß aus den zurückgelegten Einkommensteilen, aus den Ersparnissen, erfolgen, welche gleichzeitig gemacht



worden sind. Die Sparthätigkeit ist es, welche heutzutage die Mittel liefert, um die über das vorhin bezeichnete Maß hinaus produzierten Kapitalgüter zu bezahlen. Denn die Einkommensbeträge, welche in einem Lande jährlich nicht von den Einkommensberechtigten selbst für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausgegeben, sondern statt dessen zurückgelegt oder kapitalisiert werden, dienen hauptsächlich dazu, neue Produktions- und Transportmittel herstellen zu lassen. Aus den Ersparnissen der Nation werden die Arbeiter und auch die Unternehmer bezahlt, die mit der Anfertigung der Kapitalgüter beschäftigt sind, die zur Erweiterung oder Verbesserung der Produktion dienen sollen.

Einkommen beziehen heißt ja nichts anderes als eine Anweisung auf einen bestimmten Anteil am Ertrage der Gütererzeugung erhalten. Derjenige, der Teile seines Einkommens spart, verzichtet darauf, die Anweisung selbst ganz zur Einlösung zu präsentieren. Nichtsdestoweniger wird sie aber doch zur Einlösung vorgelegt, nur von anderen Personen, nicht von den Sparern selbst. Die Möglichkeit einer beständigen relativen Überproduktion an Kapitalgütern beruht in der modernen Volkswirtschaft also darauf, daß fortwährend erhebliche Teile des Einkommens nicht von denen, die das Einkommen beziehen, für ihre eigene Konsumtion verwendet, sondern gespart werden, und weiter darauf, daß gleichzeitig die gesparten Beträge dazu verwendet werden, eine Nachfrage nach neuen Kapitalgütern zu entwickeln. Das letztere geschieht in der Regel nicht mehr direkt durch die Personen der Sparer selbst, sondern an der Kapitalbildung sind heute gewöhnlich mehrere Wirtschaften beteiligt.

Die Ansammlung des Kapitals erstens, die Herstellung neuer Kapitalgüter zweitens und endlich ihre Verwendung zur Steigerung der Erzeugung sind gegenwärtig häufig drei ganz getrennte Akte, die sich in ebensoviel verschiedenen Wirtschaften vollziehen. Und die Verbindung zwischen diesen Wirtschaften stellt der her, der eine neue Unternehmung begründet oder eine bestehende erweitert. Er erhält von denen, welche Teile ihres Einkommens zurückgelegt haben, durch Vermittelung der Banken und Kreditinstitute gegen entsprechende Sicherheitsleistung den gewünschten Kapitalbetrag. Indem er diesen dann zur Anschaffung von Produktionsmitteln aller Art verwendet, ruft er eine relative Überproduktion der letzteren hervor. Die Arbeiter sowie die Unternehmer, welche neue, zusätzliche Kapitalgüter herstellen, sind es also, welche an die Stelle der Sparer als Konsumenten treten. Daraus erhellt, daß die gesparten Einkommensbeträge nicht definitiv für die Konsumtion verloren gehen, sondern daß sie nur

von ganz anderen Leuten konsumtiv ausgegeben werden, als von den ursprünglichen Erwerbern des Einkommens. Der Vorgang des Sparens vermehrt somit die Zahl der Konsumenten in der Volkswirtschaft, wenn er auch den Gesamtbetrag des Konsums unverändert läßt.[15]) Die neuen Konsumenten richten ihre Nachfrage naturgemäß auf ganz andere Gegenstände als dies die Kapitalisten gethan haben würden, wenn sie selbst ihr Einkommen ganz verzehrt hätten, statt es teilweise zu kapitalisieren. Während die Kapitalisten damit vielleicht Erzeugnisse der Kunst und des Kunstgewerbes, Spitzen, Blumen, Luxusartikel, feine Weine und Delikatessen gekauft hätten, verwenden die Arbeiter, deren Beschäftigung darauf beruht, daß die gesparten Einkommensteile für die Ausdehnung der Produktion in den Berg- und Hüttenwerken, den Maschinenfabriken usw. ausgegeben werden, ihren Lohn auf die Anschaffung von Artikeln des Massenkonsums, Lebensmitteln gewöhnlicher Qualität, Bier, Tabak, billigen Textilwaren u. s. f. Da der gleiche Vorgang sich aber jedes Jahr von neuem wiederholt, ruft er in der Produktion keine Verschiebungen hervor. Die Produktion ist im Allgemeinen schon von vornherein darauf eingerichtet, entsprechend mehr Gegenstände des Massenverbrauchs und entsprechend weniger Artikel des Luxuskonsums herzustellen.[16])

III.

Durch den Vorgang des Sparens wird nach dem eben Gesagten eine Störung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts noch nicht hervorgerufen. Allein das gilt doch nur unter zwei Voraussetzungen: Erstens muß die Summe der jährlich gesparten Beträge stets hinreichend sein zur Herstellung eines Plus von Produktionsmitteln, groß genug, um die Gesamtproduktion dem jährlichen Wachstum der Bevölkerung entsprechend auszudehnen. Zum anderen: Es müssen jedes Jahr ebensoviel Ersparnisse wirklich produktiv angelegt werden als gleichzeitig zurückgelegt worden sind. Von diesen zwei Seiten her sind Störungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts möglich: entweder die Gesamtsumme der jährlichen Ersparnisse ist nicht groß genug, um den gesamten Kapitalbedarf der Volkswirtschaft zu decken, oder die Ersparnisse sind zwar an sich groß genug, die ersparten Beträge werden aber nicht gleichzeitig auch produktiv ausgegeben.

Sowie einer dieser beiden Fälle eintritt, verwandelt sich der physiologische, krisenfreie Zustand der Volkswirtschaft in einen pathologischen, krisenhaften. Und zwar geraten zunächst diejenigen Produktionszweige

in Unordnung, die vorwiegend Kapitalgüter herstellen. Der normale Zugang von neuen Bestellungen hört in ihnen ganz oder teilweise auf, und damit hört auch die Möglichkeit auf, die relative Übererzeugung von Kapitalgütern in dem bisherigen Maße fortzusetzen. Infolgedessen muß zunächst ein großer Teil der Arbeiter dieser Betriebe entlassen werden, wenn nicht Waren hergestellt werden sollen, die gänzlich unverkäuflich sind. Die Entlassung von Arbeitern in den Bergwerken, Hochöfen, Walzwerken, Eisengießereien, Maschinenfabriken, Cement- und und Ziegelfabriken, im Baugewerbe ꝛc., zieht aber bald auch das Arbeitslos werden eines Teils der Arbeiter nach sich, die mit der Herstellung von Gegenständen für den Arbeiterkonsum beschäftigt sind. Denn den letzteren Produktionszweigen entgeht nun die Nachfrage, die bisher von den inzwischen entlassenen Arbeitern der Kapitalgüter-Erzeugung ausging.[17])

Es tritt also ein Rückgang des Gesamtbetrags der Nachfrage oder mit anderen Worten eine allgemeine Krise ein. Sehen die Leiter der Produktion den Rückgang des Absatzes rechtzeitig kommen und richten sie sich auf ihn ein, so wird die sonst unvermeidliche Überproduktion verhütet, und die Unternehmer haben für sich selbst die Nachteile des unangenehmen Vorgangs so weit als möglich gemildert. Dagegen bleiben die Leiden, welche jede allgemeine Krisis über die Arbeiterbevölkerung verhängt, die gleichen, gleichviel, ob sich die Produktion rechtzeitig der verminderten Nachfrage anpaßt oder nicht. Und zwar bestehen sie vor allem in der Minderung des Einkommens der Arbeiterbevölkerung, und weiter in dem Überflüssigwerden eines Teils derselben mit allen den ungünstigen sozialen Wirkungen, die sich hieraus ergeben, wie Abnahme der Zahl der Eheschließungen, Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse und infolgedessen vermehrte Sterblichkeit, auch Zunahme mancher Verbrechen u. s. f.[18])

Von zwei Seiten her erfährt das Einkommen der Lohnarbeiter in Krisenzeiten eine Minderung. Einmal gehen, wenn das Wirtschaftsleben im absteigenden Ast der geschäftlichen Bewegung sich befindet, allenthalben auch die Lohnsätze zurück. Zwar sinken gleichzeitig auch die Warenpreise, allein es erscheint mir zweifelhaft, ob das Sinken der letzteren imstande ist, die rückgängige Bewegung der Arbeitslöhne vollkommen auszugleichen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß das Sinken der Löhne in Perioden der Depression nicht bloß eine Bewegung des Nominallohnes, sondern auch eine solche des Reallohnes bedeutet, wenn ich auch zugebe, daß dieser Punkt noch näherer Untersuchung bedarf.

Wie die Lohnhöhe genau entsprechend den großen Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens sich ändert, das sind wir wenigstens vereinzelt für längere Perioden zu verfolgen in der Lage. Der Durchschnitts-Schichtlohn eines Kohlenhauers im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug im Jahre 1869 2,60 Mk. Bis zum Jahre 1873, das bekanntlich den Höhepunkt der Periode des geschäftlichen Aufschwungs bezeichnet, die der Wiedererrichtung des deutschen Reichs auf dem Fuße folgte, war er auf fast das Doppelte, auf 5 Mk. gestiegen. Dann sank er wieder und erreichte im Jahre 1879 den tiefsten Stand mit 2,55 Mk. Die kurze Aufschwungsperiode, die dann folgte, trieb den Durchschnittslohn wieder auf 3,15 Mk. im Jahre 1883 empor. Drei Jahre später war er wieder auf 2,92 Mk. gesunken, um erst im Jahre 1891 mit 4,08 Mk. ein neues Maximum zu erreichen. Von da sank er wieder auf 3,71 Mk. im Jahre 1893. Seitdem ist er bis zum Jahre 1900 ununterbrochen, erst langsamer, und dann schneller, in die Höhe gegangen, so daß er 1900 mit 5,16 Mk. auf dem höchsten bisher überhaupt erreichten Satz angekommen war, der freilich seither nicht mehr behauptet werden konnte. Die Jahre, in denen an die Stelle eines weiteren Steigens ein plötzliches Sinken der Löhne tritt, sind regelmäßig zugleich diejenigen, in denen die Kohlenförderung auf einmal eine Abnahme erfährt oder wenigstens nicht mehr so schnell wie bisher[19]) fortschreitet.

Aber nicht bloß durch das Sinken der Lohnsätze wird das Einkommen der Arbeiter in Krisenzeiten geschmälert. Der Jahresverdienst geht sodann auch noch deshalb zurück, weil viele Betriebe nur mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten lassen, Feierschichten einlegen und dergleichen mehr. Hatten in der Zeit des Aufschwungs die Arbeiter auf Reduktion der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit gedrängt, während die Unternehmer diesem Verlangen Widerstand leisteten, so zeigen nun auf einmal die Unternehmer ein Entgegenkommen, das weit über die früheren Wünsche der Arbeiter hinausgeht.

Die Arbeiter, die durch unfreiwillige Verkürzung der Arbeitszeit eine Minderung ihres Verdienstes über sich ergehen lassen müssen, sind indessen immer noch glücklich zu preisen im Vergleich mit denen, die ihre Stellen ganz verlieren. Auf die Arbeitslosigkeit, die wichtigste soziale Wirkung jeder periodischen Krise, müssen wir noch etwas näher eingehen.

Die Arbeitslosigkeit, welche infolge jeder Stockung in der Neuproduktion von Kapitalgütern sofort eintritt, entspringt aus drei verschiedenen Quellen. Das Heer der Arbeitslosen setzt sich nicht bloß aus den beiden früher genannten Gruppen zusammen, ich

meine aus denjenigen Arbeitern, die in der Kapitalgüterproduktion beschäftigungslos werden, und weiter aus denjenigen, die in den übrigen Produktionszweigen keine Arbeit mehr finden, weil sie speziell für den Bedarf der ersten Arbeiterkategorie gearbeitet hatten. Es kommt nach kurzer Frist noch eine dritte wichtige Gruppe hinzu: da keine neuen, zusätzlichen Produktionsmittel mehr hergestellt werden, hört auch die Möglichkeit auf, die Produktion auszudehnen. Eine neue Quelle der Arbeitslosigkeit eröffnet sich damit. Denn während die Produktion stillsteht oder zurückgeht, hört die Bevölkerung nicht auf, sich zu vermehren. Das Anwachsen der Bevölkerung bedeutet zugleich eine Zunahme des Angebots auf dem Arbeitsmarkte. Wenn in Deutschland die Bevölkerung jetzt jährlich um $1/2$—$3/4$ Millionen wächst, so bedeutet das, da von der Gesamtbevölkerung rund $2/5$ erwerbsthätig sind, daß jährlich 200—300 000 Personen neu in das Erwerbsleben eintreten wollen, davon naturgemäß der bei weitem größte Teil als Arbeiter. In Krisenzeiten steht aber dem zunehmenden Arbeits-Angebot keine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber; die Zahl der Rekruten für die Arbeiterarmee wächst, ohne daß eine verstärkte Aushebung und Einstellung stattfindet. Je länger die Krisis dauert, um so mehr fällt dieses Moment für die Erklärung der zunehmenden Arbeitslosigkeit ins Gewicht. Es kann sogar dahin kommen, daß die aus dieser Quelle entspringende Arbeitslosigkeit diejenige an Umfang übertrifft, die durch direkte Betriebseinschränkungen hervorgerufen worden ist. Hieraus erhellt, nebenbei bemerkt, zugleich, wie wenig es zutrifft, wenn man das Wesen der Krisen einfach in einem Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion finden will. Das Mißverhältnis, um das es sich handelt, besteht, genauer gesprochen, zwischen der natürlichen Bevölkerungszunahme und der Ausdehnung der Produktion. Demgemäß handelt es sich bei den Krisen im Grunde auch nicht um eine Überproduktion, sondern eher um eine Unterproduktion.

Die Thatsache, daß die im Gefolge der periodischen Krise eintretende Arbeitslosigkeit zum großen, unter Umständen vielleicht zum größten Teile durch das Wachstum der Bevölkerung bei stillstehender Produktion veranlaßt ist, daß sie zum großen Teil eine Arbeitslosigkeit nicht der bereits beschäftigt gewesenen, sondern der Arbeiter ist, die erst in die Beschäftigung eintreten möchten, wird für den oberflächlichen Beobachter leicht dadurch verschleiert, daß in jeder Krisis von den Unternehmern sofort eine Auslese unter ihren Arbeitern vorgenommen wird. Diejenigen Arbeiter, deren Leistungsfähigkeit infolge körperlicher oder geistiger Mängel nicht ganz dem Durchschnitt entspricht, oder die durch

Unpünktlichkeit oder aus irgend einem anderen Grunde — vielleicht auch durch ihre politische Gesinnung! — die Unzufriedenheit des Unternehmers erregt haben, werden ausgeschieden und durch andere ersetzt. In einem Situationsberichte aus Oberschlesien in einer der letzten Nummern des Arbeitsmarktes heißt es beispielsweise: „Wenn man das Ergebnis der bisherigen Entlassungen überblickt, so zeigt sich, daß die Gruben- und Hüttenverwaltungen den schlechten Geschäftsgang vorwiegend dazu benutzt haben, weniger leistungsfähige Arbeiter abzustoßen; insbesondere ist das auch im Betriebe der Eisenbahn geschehen."

Die Möglichkeit, eine derartige Auswahl zu treffen, hat der Unternehmer bei den zu einer solchen Zeit auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Verhältnissen mit Leichtigkeit. Auf diese Weise erklärt sich auch die paradoxe Erscheinung, von der ebenfalls im „Arbeitsmarkt"[21]) berichtet worden ist, daß in Krisenzeiten gleichzeitig Arbeiterentlassungen und Neueinstellungen von Arbeitern vorkommen. Aus diesem Moment sind ferner die widersprechenden Urteile zu erklären, die man in der Öffentlichkeit darüber hören kann, ob die Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten eine unverschuldete oder aber eine selbst verschuldete sei. Bei den Debatten über Arbeitslosigkeit wird von Seiten der Unternehmer oft der Standpunkt vertreten, die Arbeitslosigkeit sei zum größten Teile eine selbstverschuldete. Ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter finde auch in Krisen noch leicht Beschäftigung. Diejenigen, die arbeitslos geworden seien, hätten sich dieses Los durch eigene Schuld zugezogen, durch Unpünktlichkeit oder Nachlässigkeit bei der Arbeit, durch Unverträglichkeit, durch Trunksucht u. s. w. Wer einmal die Verhältnisse einer größeren Zahl von Arbeitslosen und speziell die Ursachen ihres Ausscheidens aus der letzten Stellung näher untersucht hat, der wird ohne weiteres zugeben, daß diese Auffassung in großem Umfange zutrifft. Allein eine ganz andere Frage ist es, ob man deshalb schon von selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit sprechen darf. Wäre die Krisis nicht gekommen, so würden die betreffenden Arbeiter, trotz aller ihrer Untugenden oder trotz ihrer geringen Leistungsfähigkeit, doch in der früheren Stellung behalten worden sein, oder sie hätten wenigstens nach kurzer Zeit neue Stellungen gefunden. Insofern trägt eben doch die Krise und nicht der Arbeiter die Schuld an der Arbeitslosigkeit.

Eine gewisse Gerechtigkeit liegt ja allerdings darin, daß gerade die minderwertigen Elemente der Arbeiterschaft von dem Übel der Arbeitslosigkeit zuerst getroffen werden. Indessen wird sich unser sittliches Empfinden doch entschieden dagegen auflehnen, die Arbeitslosigkeit etwa als eine gerechte Strafe für begangene Schuld zu betrachten. Kann

doch diese „Strafe" auch niemals eine Besserung herbeiführen. Denn durch jede längere Periode der Arbeitslosigkeit werden die technischen sowohl als die moralischen Eigenschaften des Arbeiters verschlechtert statt verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist daher, wie der verdiente Leiter der badischen Gewerbeinspektion einmal ausgeführt hat, „eines der größten Hindernisse für die innerliche Hebung der Arbeiterklasse und damit für das Fortschreiten der Kultur der modernen Völker selbst. So lange die Gefahr der Arbeitslosigkeit für große Volksteile besteht, ist die ganze Kultur eines Volks, trotz aller glänzenden Fortschritte im einzelnen, nicht eine gesicherte, sondern eine stets von großen Rückschlägen und Erschütterungen bedrohte." Denn „die Mehrzahl der Menschen wird", wie ein anderer Spezialist auf sozialpolitischem Gebiete treffend bemerkt hat, „durch den regulären Gang der Beschäftigung und des Einkommens auf dem Wege des Guten erhalten und sie strauchelt, sobald dieser Gang unterbrochen wird und die Not an die Thür klopft."

Das ist aber gerade eine der charakteristischsten Erscheinungen in jeder Krise, daß die Frist länger wird, die verstreicht, bis ein Arbeiter, der, sei es durch, sei es ohne seine Schuld, sein altes Arbeitsverhältnis verloren hat, eine neue Stellung findet. Daß der Arbeiter überhaupt beim Stellenwechsel häufig einige Zeit hindurch ohne Beschäftigung ist, das ist auch in Zeiten flotten Geschäftsgangs etwas ganz Normales und Gewöhnliches und hat nichts Beunruhigendes an sich. Eine Arbeitslosenzählung, die darauf ausgeht, die an einem bestimmten Tage nicht in Beschäftigung stehenden Arbeiter zu zählen, wird in einer Wirtschaftsordnung, die wie die moderne Volkswirtschaft auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit und Selbstverantwortlichkeit beruht, stets einen gewissen Bruchteil der Lohnarbeiter als stellenlos ermitteln. Auch zur Zeit des besten Geschäftsgangs, wo im allgemeinen die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot weit übertrifft, werden bei einer solchen Momentaufnahme eine gewisse Anzahl von Arbeitern auf der Suche nach Arbeit entdeckt werden. Denn auch die vollkommenste Organisation des Arbeitsnachweises wird es nicht dahin bringen, daß die Arbeiter, die irgendwo arbeitslos geworden sind, da, wo offene Stellen für sie vorhanden sind, immer so schnell eingestellt werden, daß sie in der Zwischenzeit nicht erst arbeitslos werden. Der Umstand, daß gegenwärtig beständig eine Anzahl von Arbeitern arbeitslos ist, beweist daher noch nicht, daß das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage konstant übertrifft. *Vielmehr können gleichzeitig im ganzen noch mehr Arbeitsstellen unbesetzt sein als Arbeitslose vorhanden sind.* Ein gewisses Maß von Arbeitslosigkeit ist also heute einfach die Folge

davon, daß Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte sich nicht schnell genug zusammenfinden, woraus wieder einmal die große Wichtigkeit zentralisierter Arbeitsnachweis-Einrichtungen hervorgeht.[21])

Wie auch in den Zeiten des besten Geschäftsgangs bei vielen Arbeitern zwischen dem Ausscheiden aus der alten und der Erlangung einer neuen Arbeitsstelle ein gewisser Zwischenraum liegt, dafür haben die Erhebungen des Arbeitsnachweises in Freiburg i. Br. interessantes Material ergeben. Auch in dem besonders günstigen Jahre 1899, in dem nach den Ergebnissen der an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes" angeschlossenen Arbeitsnachweise die Zahl der Arbeitsuchenden und die der offenen Stellen sich durchschnittlich so ziemlich im Gleichgewicht befanden, wurden von den bei dem Freiburger Arbeitsnachweis sich meldenden Arbeitsuchenden 4012 arbeitslos, ehe sie eine neue Stellung erhielten, und zwar betrug bei 66,1 % der Arbeitslosen die Dauer der Arbeitslosigkeit unter 1 Woche, bei 28,7 % von 1 bis zu 4 Wochen und bei 3,6 % mehr als 4 Wochen. Vergleicht man hiermit die Zahlen für das Jahr 1901, in dem das deutsche Wirtschaftsleben sich in einer ausgesprochenen Depression befand, so hat sich die Gesamtzahl der arbeitslos gewordenen Arbeiter, abgesehen allerdings von den nicht eingetragenen durchreisenden Arbeitlosen, relativ nur wenig verändert. Dagegen ist die Frist, welche die Arbeitslosen durchschnittlich brauchten, um eine neue Stelle zu finden, erheblich länger geworden. Der Anteil derer, die hierzu weniger als 1 Woche benötigten, ist von 66,1 auf 45,2 % der Gesamtzahl zurückgegangen; umgekehrt ist der Anteil derjenigen, die von 1 bis zu 4 Wochen arbeitslos waren, von 28,7 auf 44,7, und der Anteil derjenigen, deren Arbeitslosigkeit länger als vier Wochen dauerte, sogar von 3,6 auf 9,5 % gestiegen. Es wäre übrigens wünschenswert, daß wie die badischen auch die anderen öffentlichen Arbeitsnachweise Erhebungen hierüber anstellten, weil sich in der Veränderung der betreffenden Zahlen der Einfluß, den jede Krise auf die Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften hat, mit am deutlichsten offenbart.

IV.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, nachdem wir die wichtigsten sozialen Folgen des Vorganges kennen gelernt haben, der sich abspielt, wenn eine der periodisch wiederkehrenden allgemeinen Wirtschaftskrisen eintritt, noch etwas näher auf die Ursachen einzugehen, welche den Vorgang auslösen. Wie wir schon früher feststellten, kann die gleiche Wirkung von zwei verschiedenen Ursachen hervorgebracht

werden. Die Stockung in der relativen Überproduktion von Kapitalgütern, mit der die Krisis beginnt und in der sie besteht, kann entweder dadurch hervorgerufen sein, daß die jährlichen Ersparnisse der Nation abgenommen haben und nicht mehr ausreichen, um die Kapitalgüterproduktion in dem bisherigen Umfange fortzusetzen, oder dadurch, daß die an sich in derselben Menge wie früher angesammelten Ersparnisse nicht sofort zur Herstellung neuer Produktionsmittel angewandt werden, daß also zwischen den beiden Haupt-Akten der Kapitalbildung, der Zurücklegung von Einkommensteilen und der produktiven Widmung des Ersparten, längere Zeit die quantitative Übereinstimmung fehlt. Diese beiden an sich möglichen Fälle wollen wir kurz betrachten.

Der erste Fall, daß die Krisis durch einen Rückgang des Betrages der jährlich zur Verfügung stehenden Ersparnisse veranlaßt ist, würde gleichbedeutend sein damit, daß das Einkommen derjenigen Gesellschaftsklassen eine Abnahme erfahren hat,[22]) welche unter den heutigen Verhältnissen hauptsächlich als Sparer in Betracht kommen, d. h. der reichen Schichten. Wenn wir auch keine statistischen Erhebungen darüber haben, welche Anteile an der Gesamtsumme der jährlichen Ersparnisse die verschiedenen Einkommensklassen aufbringen, so kann doch kein Zweifel sein, daß die oberen Zehntausend es sind, auf welche der bei weitem größte Teil des jährlich kapitalisierten Einkommens entfällt. Offenbar ist es für den, der ein Einkommen von 200000 Mark jährlich bezieht, viel leichter, 150000 Mark jedes Jahr zurückzulegen, als für 200 Arbeiter mit einem Einkommen von je 1000 Mark, zusammen jährlich 50000 Mark zu sparen. In England, wo die Einkommen erst von 160 Pfund, also von ca. 3200 Mark an zur Einkommensteuer herangezogen werden, wird der Annahme nach etwa der dritte Teil des einkommensteuerpflichtigen Einkommens kapitalisiert, während man wohl kaum annehmen darf, daß auch von dem Gesamteinkommen der Nation ein ganzes Drittel erspart wird. Für Deutschland hat Professor Schmoller den Gesamtbetrag der jährlichen Ersparnisse Anfang der 90er Jahre auf 2 bis $2^1/_2$ Milliarden Mark berechnet.[23])

Solange sich in den Einkommensverhältnissen der reichen Bevölkerungsschichten nichts ändert, wird auch der Betrag der jährlich ersparten Summen keine wesentliche Veränderung aufweisen. Ein Rückgang der Summe der jährlichen Ersparnisse würde demgemäß auf ein Sinken des Einkommens der großen Kapitalisten schließen lassen. Denn die gewohnte Lebenshaltung wird man in diesen Kreisen in einem solchen Falle nur unwesentlich einschränken. In erster Linie

wird man darauf verzichten, vorläufig noch weiter Ersparnisse anzusammeln. Das Sinken des Einkommens dieser Klasse könnte aber nur veranlaßt sein durch ein Steigen des Arbeitslohnes auf Kosten der Besitzrente, insbesondere des Kapitalgewinns. Der Rückgang des Einkommens der oberen Zehntausend wäre ein Hinweis darauf, daß die relativen Anteile der verschiedenen Einkommenszweige am Nationalprodukt sich geändert haben, daß der Anteil der Arbeit verhältnismäßig gewachsen, der des Besitzes dagegen gesunken ist.

Die Annahme, daß der Ausbruch von Krisen durch eine Zunahme des relativen Anteils der Arbeit am Nationalprodukt veranlaßt werden könne, ist nicht so absurd, wie sie vielleicht auf den ersten Blick scheint. Kein Geringerer als Karl Marx hat darauf hingewiesen, daß „die Krisen jedesmal vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für die Konsumention bestimmten Teile des jährlichen Produktes erhält.“ Auch für die letzte Periode des geschäftlichen Aufschwunges trifft das zu. Nach den Berechnungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Calwer, die auf den Nachweisungen der Berufsgenossenschaften beruhen, ist der Durchschnittsjahreslohn der gewerblichen Arbeiter in Deutschland von 672,68 Mark im Jahre 1895 auf 755,49 Mark im Jahre 1899 gestiegen. Noch erheblich stärker war die Steigerung der Arbeitslöhne im Kohlenbergbau. Im Dortmunder Revier ist der Jahresdurchschnittsverdienst eines Kohlenbergwerksarbeiters von 946 Mark im Jahre 1893 auf 1255 Mark im Jahre 1899 gestiegen, im Saarbrücker Revier stiegen in derselben Zeit die Durchschnittslöhne von 925 auf 1019 und im Aachener Revier von 842 auf 1069 Mark. Wenn auch ohne weiteres zuzugeben ist, daß ein großer, wenn nicht der größte Teil dieser Lohnsteigerungen durch das gleichzeitige Steigen der Preise vieler Lebensbedürfnisse des Arbeiters wieder absorbiert worden ist, so bleibt doch immer noch eine Erhöhung nicht bloß des Nominallohnes, sondern auch des Reallohnes übrig.[24])

Eine Erhöhung des Reallohnes, die auf Kosten des Anteils der Besitzrente am Nationaleinkommen erfolgt und daher eine Verminderung des Einkommens der wohlhabenden Klassen bedeutet, wird von den Kapitalisten höchstwahrscheinlich sofort mit einer Einschränkung ihrer Sparthätigkeit, ihrer Kapitalakkumulation, beantwortet werden. Nehmen wir einmal den extremen Fall an, daß das Einkommen der Arbeiter in einem Jahre auf Kosten des Einkommens der Kapitalisten um so viel steigt, daß die Steigerung gerade der Summe entspricht, welche die Kapitalisten bisher von ihrem Einkommen nicht selbst konsumiert,

sondern zurückgelegt haben. Vorausgesetzt, daß die Kapitalisten nunmehr aufhören, Teile ihres Einkommens zu akkumulieren, so würden folgende Zustände eintreten. Da keine Ersparnisse vorhanden sind, die für die Produktion neuer Kapitalgüter ausgegeben werden können, so werden die Arbeiter, die bisher mit der Herstellung zusätzlicher Kapitalgüter beschäftigt waren, über kurz oder lang entlassen werden. Eine allgemeine Wirtschaftskrisis tritt hierdurch indessen zunächst noch nicht ein. Denn um ebenso viel, wie die Kapitalgüterproduktion eingeschränkt werden muß, kann die Erzeugung von Konsumtionsmitteln erweitert werden, da die Arbeiter ihr erhöhtes Einkommen fast ganz für die Anschaffung von Gegenständen ihres Verbrauchs ausgeben werden. Es findet also zunächst nur eine Verschiebung in der Richtung der Produktion, kein wirklicher Rückgang der Produktion statt. Allein schließlich wird doch unabwendbar eine allgemeine Wirtschaftskrise in dem früher definierten Sinne, d. h. ein Mißverhältnis zwischen der Zunahme der Bevölkerung und der Ausdehnung der Produktion eintreten, wenigstens so lange die Bevölkerung sich noch zu vermehren fortfährt, und das ist ja gegenwärtig in allen Ländern noch die Regel. Wenn nämlich unter den angenommenen Voraussetzungen der Bevölkerungszuwachs sich vollzieht, so fehlen nun die Mittel, um die Produktionsmittel herzustellen, mit denen die Gegenstände des Bedarfs der neu hinzutretenden Bevölkerung produziert werden können. Die Produktion vermag sich nicht auszudehnen, obwohl die Bevölkerung wächst. Dadurch entsteht notwendig Arbeitslosigkeit in der früher geschilderten Weise. Die arbeitslosen Arbeiter werden aber einen solchen Druck auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter ausüben, daß der Reallohn wieder auf den Stand zurückgeht, auf dem er sich vor der letzten Lohnerhöhung befand. Lohnerhöhungen, die sich auf Kosten des Kapitalgewinnes vollziehen und die Folge haben, die Kapitalansammlung unter das bisherige Maß herabzudrücken, bringen also — anders wie Lohnsteigerungen, die eine Folge des Steigens der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit sind — der Arbeiterklasse keinen sicheren Gewinn und sind auf die Dauer nicht haltbar. Wenigstens dürfte die Arbeiterklasse dann nicht fortfahren, sich in dem bisherigen Tempo zu vermehren. Sonst würde sie selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzt, und die Löhne auf das frühere Niveau zurückbringen.[25])

Eine allgemeine Wirtschaftskrisis, die auf die eben dargelegte Art und Weise entstünde, würde zu charakterisieren sein als durch Überkonsumtion entstanden. Es wäre zu viel konsumiert und zu wenig kapitalisiert worden, wodurch notwendig, wenn die Bevölkerung

weiter zunimmt, Arbeitslosigkeit entsteht. Ich will nun gleich offen bekennen, daß ich nicht der Ansicht bin, daß die periodischen Krisen im realen Wirtschaftsleben auf die eben geschilderte Art und Weise entstehen, obwohl manches, was ich vorhin hervorhob, dafür zu sprechen scheint. Lägen die Ursachen der Krisen wirklich in einem zu starken Ansteigen des Arbeitslohns auf Kosten des Kapitalgewinnes mit allen den hieran sich knüpfenden Folgen, so müßten die Krisen anders verlaufen, als sie thatsächlich sich abspielen. Die Arbeitslosigkeit dürfte nicht gleich im Anfang so große Dimensionen annehmen, und vor allem dürfte nicht auch in der Herstellung von Konsumtionsmitteln ein Rückgang des Beschäftigungsgrades eintreten. In der letzteren Produktionsabteilung könnten zwar mancherlei Verschiebungen vorkommen, da die besser gestellten Arbeiter ihre Nachfrage vielfach auf andere Waren richten werden, allein im ganzen würde eine Abnahme der Produktion und der Zahl der Arbeiter in dieser Abteilung nicht eintreten. Wir sehen nun aber, wie in Krisenjahren eine positive Abnahme der Produktion auch in den Produktionszweigen eintritt, die Konsumtionsmittel herstellen.

Die Krisen der Wirklichkeit sind also hinsichtlich ihrer Entstehung kaum als Exempel für den vorhin theoretisch konstruierten Fall des Sinkens des Einkommens der wohlhabenden zu Gunsten desjenigen der lohnarbeitenden Klassen anzusehen. Trotzdem habe ich es nicht für überflüssig gehalten, näher auf diesen angenommenen Fall einzugehen. Denn die Schlußfolgerungen, die wir aus den vorhin angestellten Betrachtungen ziehen müssen, sind die bündigste und sicherste Widerlegung aller der Krisenerklärungen, welche man kurz als „Unterkonsumtionstheorieen“ bezeichnet. Seit Sismondi und Rodbertus hat man unzählige Mal versucht, die Entstehung der periodischen Krisen aus der Unterkonsumtion der arbeitenden Klassen abzuleiten. Auch Marx hat sich in einer theoretisch schwachen Stunde zu der Unterkonsumtionstheorie bekannt, die freilich nicht die eigentliche Krisentheorie des Marxismus ist.

Das vollkommen Absurde der Unterkonsumtionstheorie geht aus den Betrachtungen hervor, die wir vorhin anstellten über die Wirkungen einer Lohnsteigerung, die sich auf Kosten des Kapitalgewinns vollzieht. Wir sahen, daß eine Benachteiligung der Kapitalisten bei der Verteilung des Nationaleinkommens zu Gunsten der Arbeiter einen Rückgang der Sparthätigkeit hervorruft und daher bei weiter zunehmender Bevölkerung notwendig zu Krisen und Arbeitslosigkeit führen muß.[26]) Wenn aber durch Lohnerhöhungen, und seien sie noch so stark, die Krisen nicht verhütet

werden können, sondern vielmehr direkt hervorgerufen werden, so kann, wie Lexis treffend bemerkt hat, „auch in dem thatsächlichen Stande der Löhne, wenn auch aus anderen Gründen eine Erhöhung derselben wünschenswert sein mag, nicht die Ursache der Überproduktion und der Krisen liegen".[27])

V.

Das ist ein ungemein wichtiges Resultat, zu dem wir gelangt sind. Die populäre Auffassung der Krisen, als welche die Unterkonsumtionstheorie anzusehen ist, muß hiernach entschieden abgelehnt werden. Und es bleibt, soviel ich sehe, überhaupt nur noch ein Moment zur Erklärung der periodischen Krisen übrig, auf das meines Wissens zuerst Schäffle aufmerksam gemacht hat. Schäffle hat einmal ausgeführt, daß, abgesehen von anderen Bedingungen, Krisen in der modernen Volkswirtschaft nur dann vermieden werden könnten, wenn nicht bloß die Kapitalansammlung selbst stetig vor sich gehe, sondern wenn auch stetig ebensoviel Kapital neu angelegt und investiert werde, als erspart worden sei. Sowie hier das rechte Verhältnis fehle, würden die mit der Herstellung von Neuanlagen beschäftigten Produzenten periodisch beschäftigungslos und verschwänden infolgedessen für ihren Bedarfskreis periodisch vom Markte. Schäffle sieht also die Ursache der Krisen, wie er selbst es einmal kurz und prägnant ausgedrückt hat, in dem Fehlen des Gleichgewichts „zwischen Totlegung und Anlegung der Kapitalerübrigungen".[28])

Damit scheint er mir die wahre Ursache des periodischen Auftretens von allgemeinen Krisen in der modernen Volkswirtschaft richtig aufgedeckt zu haben. Die periodischen allgemeinen Krisen entstehen dadurch, daß die beiden Akte, die bei der Kapitalbildung zu unterscheiden sind, nämlich 1. die Ersparung oder Zurücklegung von Einkommensteilen, und 2. die produktive Anlage des ersparten Einkommens, oft zeitlich weit auseinanderfallen.

Adam Smith hat zwar in Übereinstimmung mit Turgot gelehrt: „Was jährlich erspart wird, wird ebenso regelmäßig und nahezu in derselben Zeit verbraucht, wie das direkt aufgezehrte, nur von einer ganz anderen Klasse von Leuten."[29]) Vielleicht hat das für die Zeit von Adam Smith auch thatsächlich zugetroffen, heute gilt es vielfach nicht mehr. Die beiden Akte der Kapitalbildung gehen vielmehr jetzt häufig ganz unabhängig von einander vor sich. Die in einem Jahre gesparten Summen können viel größer, eventuell aber auch kleiner sein, als der

Gesamtbetrag der in dem betreffenden Jahre zusätzlich produzierten Kapitalgüter. Und zwar, glaube ich, weichen die jährlich gesparten Summen viel weniger von einander ab, als die Beträge, welche jährlich in neuen Kapitalanlagen investiert werden. Gegen diese Disharmonie zwischen Sparthätigkeit und produktiver Verwendung des Ersparten, wie ich sie behaupte, könnte man den Einwand erheben: Ja, wo kommen denn aber die gesparten Beträge in der Zwischenzeit hin, ehe sie wirklich produktiv angelegt werden? Sie können doch nicht vorübergehend weggezaubert werden. Die Frage ist nicht schwer zu beantworten. Was thut denn der Sparer unter heutigen Verhältnissen gewöhnlich mit seinen Ersparnissen? Er zahlt sie bei einer Bank oder einem anderen Kreditinstitut ein, die dann größere Beträge der Geschäftswelt unter verschiedenen Formen des Kredits zur Verfügung stellen. Oder er kauft damit an der Börse Wertpapiere, Schuldverschreibungen deutscher oder ausländischer Staaten, Kommunalanleihen, Obligationen von Industrie- und Verkehrsgesellschaften, Aktien u. s. w. Nun ist aber absolut keine Garantie dafür vorhanden, daß der Gesamtbetrag aller dieser Papiere 2c. jedes Jahr in genau demselben Verhältnis wächst, in dem neu erspartes Kapital Anlage sucht. Wenn dem aber so ist, wenn der Gesamtbetrag dieser Papiere unverändert bleibt, während die Nachfrage nach ihnen zunimmt, so gehen ihre Kurse im Verhältnis zu der Verzinsung, die sie geben, in die Höhe. Ein Steigen des Kurses ist aber nur ein anderer Ausdruck für das Sinken des Zinsfußes. Es ist nun auffallend, daß den Perioden des allgemeinen geschäftlichen Aufschwunges gewöhnlich eine Zeit sinkenden Zinsfußes vorausgeht.[30]) Eine solche Periode steigender Kurse und sinkenden Zinsfußes haben wir z. B. auch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als direkte Vorläuferin des großen geschäftlichen Aufschwungs der letzten Jahre, gehabt. Der jährliche Durchschnittskurs der 3%igen deutschen Reichsanleihe stieg von 85,10 im Jahre 1891 auf 99,22 im Jahre 1896. Gleichzeitig stand in der Mitte der neunziger Jahre der Privatdiskont an der Berliner Börse unerhört niedrig. 1894 betrug er im Jahresdurchschnitt nur $1^3/_4$ und 1895 rund 2%.

Wenn ein solch anhaltendes und allgemeines Steigen der Kurse und ein Sinken des Zinsfußes stattfindet, so hat das aber die Wirkung, eine starke Anregung zur Ausdehnung der Produktion sowie zur Einführung kapitalintensiverer neuer Arbeitsmethoden zu geben. Denn je niedriger der Zinsfuß steht, um so eher ist es möglich, auch solche Kapitalanlagen vorzunehmen, die keinen hohen Gewinn versprechen. Jedes Sinken des Zinsfußes eröffnet also die Möglichkeit neuer Kapital-

anlagen und ruft infolgedessen eine verstärkte Nachfrage nach Kapital hervor. Schon Turgot hatte richtig beobachtet, wie sich das ganze wirtschaftliche Getriebe desto mehr belebt, je niedriger der Leihzins steht. Es tritt infolgedessen jetzt eine Periode ein, in der in großem Umfang neu ersparte Kapitalien sofort in stehendes Kapital umgewandelt und so in den Dienst der Produktion gestellt werden. Es herrscht lebhafte Nachfrage nach Kapitalgütern; die Bergwerke, Hochöfen, Eisengießereien, Maschinenfabriken bekommen Aufträge in Fülle, ebenso herrscht im Baugewerbe rege Thätigkeit. Neue Betriebe werden eingerichtet, bestehende erweitert.

Das Wachsen der Nachfrage nach neuen Kapitalgütern hat zugleich aber auch ein Steigen der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln aller Art im Gefolge. Denn die Herstellung der neuen Kapitalanlagen ist wirtschaftlich dadurch ermöglicht, daß die Arbeiter, welche sie anfertigen, an die Stelle der Sparer als Konsumenten treten. Die bisher nur latent vorhanden gewesene Konsumkraft verwandelt sich nun in wirkliche Nachfrage. Der Vorgang läßt sich am besten durch ein Bild veranschaulichen: Ein Teil der Kaufkraft der Nation ist bisher nicht seiner natürlichen Bestimmung zugeführt, sondern in einem Staubecken aufgespeichert worden. Auf einmal wird der Abfluß des Staubeckens geöffnet und die zurückgehaltene Wassermenge ergießt sich befruchtend über die ganze Volkswirtschaft. Die schnelle Zunahme der Nachfrage nach allen Warenarten, nach den Produktionsmitteln sowohl als den Konsumtionsmitteln, bewirkt nach kurzer Zeit eine allgemeine Preissteigerung, ebenso ein Steigen der Löhne und des Unternehmergewinnes. Besonders rapid ist dabei die Steigerung der Preise der Kapitalgüter und speziell des Eisens, als des wichtigsten Rohstoffes der Kapitalgüter-Erzeugung.[31])

Es folgt nun eine Periode von kürzerer oder längerer Dauer, während welcher die ersparten Einkommensteile zum größten Teil sofort produktiv angelegt werden. Und so kann die Belebung des ganzen Geschäftsverkehrs längere Zeit anhalten. Alle Betriebe sind gut mit Aufträgen versehen und geben dementsprechend hohe Gewinne. Dies bewirkt ein Steigen der Kurse der Industriepapiere. Während die Kurse anfänglich relativ stiegen, weil das Kapitalangebot die Kapitalnachfrage übertraf, so steigen sie jetzt absolut, weil die meisten Unternehmungen gute Erträgnisse abwerfen. Der Agiogewinn, den infolgedessen Aktiengesellschaften in solchen Zeiten durch Ausgabe neuer Aktien erzielen können, ist für diese Unternehmungen noch ein besonderes stimulierendes Moment zur Erweiterung ihrer Betriebe. Schließlich wird ein Punkt erreicht, wo die Kapitalnachfrage

stärker ist als das Kapitalangebot. Die in der vorhergegangenen Depressionsperiode angesammelten freien Leihkapitalien sind aufgebraucht, und die Summe der im laufenden Jahre ersparten Kapitalien reicht nicht mehr aus, um die in der gleichen Periode neu hergestellten Kapitalgüter zu bezahlen. Denn die Kapitalgüterproduktion hat in der vorausgehenden guten Zeit einen Umfang angenommen, den dauernd beizubehalten die wirtschaftlichen Vorbedingungen fehlen. In diesem Moment hat die Entwicklung ihren Gipfelpunkt erreicht, und es tritt nun notwendig der Rückschlag ein.[32])

Das Knapperwerden des Leihkapitals hat zunächst einen Umschwung in der Bewegung des Zinsfußes zur Folge. War bisher der Zinsfuß im Sinken begriffen oder behauptete er sich wenigstens auf einem relativ niedrigen Durchschnittsniveau, so zeigt der Zinsfuß nun eine Tendenz zum Steigen. Der Mangel an verfügbarem Leihkapital ruft weiter eine Einschränkung der Kreditgewährung hervor. Die Mittel zur Anschaffung der neuen Produktionsmittel, die die Unternehmer brauchen, um ihre Produktion ausdehnen zu können, nehmen sie ja zum großen Teil nicht aus ihrem eigenen Einkommen, sondern sie erhalten sie durch Vermittlung der Banken von den Sparern. Die Kreditinstitute müssen aber bei dem Knapperwerden des Leihkapitals sofort zurückhaltender werden im Kreditgeben. Auf dem Gebiete des Kredits kommt die Krisis daher zuerst zum Ausbruch. Es würde aber verkehrt sein, die Zustände auf diesem Gebiete deshalb für den Ausbruch der Krisis verantwortlich zu machen und die periodischen Wirtschaftskrisen als Kreditkrisen zu bezeichnen. Die Kreditkrisen sind vielmehr, wie man richtig gesagt hat, nur ein Teilinhalt des allgemeinen Krisen-Phänomens, aber keine besondere Krisenart.[33]) Den Störungen des Kredits liegen schließlich doch Störungen auf dem Gebiete der realen Produktion und des realen Kapitalmarktes zu Grunde.

Auf letzterem hat sich nämlich inzwischen das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach der Richtung verschoben, daß jetzt im Gegensatz zu früher das Kapitalangebot der Nachfrage nach Leihkapital nicht mehr zu genügen vermag. Infolgedessen fallen jetzt die Kurse, während der Zinsfuß steigt, und neue Emissionen sind auf dem Kapitalmarkt entweder nur mit großen Schwierigkeiten oder überhaupt nicht unterzubringen. Diese Bewegung der Kurse und des Zinsfußes war in der letzten Aufschwungsperiode besonders deutlich zu beobachten. Der Kurs der 3 %igen deutschen Reichsanleihe ging von 99,22 im Jahre 1896 auf 86,74 im Jahre 1900 zurück. Gleichzeitig stieg der Privatdiskont an der Berliner Börse von 2 % im Jahre 1895 auf fast

$4^1/_2$ % im Durchschnitt der beiden Jahre 1899/1900. Und der Reichsbankdiskont erreichte 1900 den unerhört hohen Durchschnittssatz von $5^1/_3$ %. Ein derartiges Steigen des Zinsfußes hat naturgemäß sofort die Wirkung, daß eine Reihe von Kapitalverwendungen, die an sich in Aussicht genommen werden könnten, nunmehr wirtschaftlich unmöglich werden, weil die Gewinne, die sich durch sie erzielen lassen, zu dem gestiegenen Zinsfuß in keinem richtigen Verhältnis mehr stehen. Die Höhe des Zinsfußes ist aber nicht das einzige Hindernis für die Investierung neuen Kapitals und die Ausdehnung der Produktion. In der gleichen Richtung wirken noch andere Umstände, und zwar namentlich die hohen Preise vieler Produktionsmittel. Am Schluß jeder längeren Periode des geschäftlichen Aufschwungs bewegen sich die Preise der wichtigeren Kapitalgüter, wie der Kohle und des Eisens, auf einem stark erhöhten Niveau. Die hohen Herstellungskosten neuer Produktionsmittel, die hieraus resultieren, bewirken notwendig, daß die Unternehmer mit der Anschaffung neuer Maschinen und Produktionsanlagen vorsichtig und zurückhaltend werden, weil sie sich sagen müssen, daß ihnen, sowie das Geschäft wieder ruhiger geworden ist, die hohen Anschaffungskosten der neuen Maschinen 2c. keinen genügenden Gewinn lassen werden.[34])

Ebenso wie der hohe Stand des Zinsfußes und der Materialpreise kann eventuell auch der hohe Stand der Arbeitslöhne die Unternehmer der Erweiterung ihrer Betriebe oder der Begründung neuer abgeneigt machen. Es stockt infolge aller dieser Umstände zunächst der Absatz aller derjenigen Produktionszweige, in denen Kapitalgüter hergestellt werden. Nach kurzer Frist geht dadurch aber auch der Absatz derjenigen Produktionszweige zurück, die Konsumtionsmittel herstellen. Denn letztere verkaufen nun um so viel weniger, als bisher die in der Kapitalgüterproduktion inzwischen beschäftigungslos gewordenen Arbeiter verzehrt haben.

VI.

Damit ist die Volkswirtschaft in die Periode der Depression eingetreten. Es folgt jetzt eine Zeit, in der zwar die Summe der jährlichen Ersparnisse vielleicht keine wesentliche Abnahme zeigt, in der aber der sofortigen produktiven Verwendung des ersparten Einkommens in dem hohen Stand des Zinsfußes, der Materialpreise und der Arbeitslöhne, worin der Mangel an freiem Leihkapital, an Rohstoffen und an Arbeitskräften zum Ausdruck kommt, starke Hindernisse im Wege stehen. Die fortschreitende Ansammlung neuer Kapitalien und das

Nachlassen der Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln sowie nach Arbeitskräften bewirkt aber schließlich, daß diese Hindernisse aus dem Wege geräumt werden. Der Zinsfuß sinkt, ebenso die Eisenpreise und auch die Löhne. So trägt jede periodische Krisis ihr Heilmittel schon in sich selbst. Die Heilung tritt freilich erst ein, nachdem der kranke Wirtschaftskörper einige schmerzhafte Prozesse überstanden hat.

Viele Unternehmer müssen sich, sowie die Periode der abnorm hohen Preise für ihre Erzeugnisse vorüber ist, dazu bequemen, große Abschreibungen auf ihre neuen Kapitalinvestierungen vorzunehmen, weil sie dieselben viel zu teuer bezahlt haben, als daß sie auch bei gesunkenen Preisen noch rentieren könnten. Nicht alle Unternehmungen sind aber kapitalkräftig genug, um die Radikalkur dieses von den Aktiengesellschaften in der Form von Kapitalzusammenlegungen ꝛc. angewandten Sanierungsmittels aushalten zu können. Sie brechen dann zusammen, wechseln den Inhaber oder verschwinden ganz von der Bildfläche. Das gleiche Schicksal ereilt diejenigen Betriebe, die Kapitalinvestierungen nach einer falschen Richtung vorgenommen haben. In jeder Hausseperiode werden auch in solchen Produktionszweigen, deren Erzeugnisse auf keine Steigerung des Absatzes rechnen können, Betriebserweiterungen und Neugründungen vorgenommen. In der Depressionsperiode stellt sich dann deutlich heraus, daß die Kapitalanlage verfehlt war, und die Unternehmer, welche die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht richtig beurteilt haben, büßen ihren Fehler mit dem ökonomischen Ruin. So ist jede Krisis eine Zeit gehäufter Konkurse und Bankrotte.[35]) Es würde aber durchaus falsch sein, in dem gehäuften Zusammenbruch vieler Unternehmungen die eigentliche Ursache der Krisis zu suchen, wie dies die populäre Auffassung thut. Die Krisis besteht weder in dem Zusammenbruch einzelner Unternehmungen, mögen sie noch so groß und bedeutend sein, noch wird sie hierdurch hervorgerufen. Die Krisis bringt es nur an den Tag, welche Unternehmungen noch innerlich gesund, und welche wirtschaftlich krank sind. Sie ist einem Winde zu vergleichen, der durch den Wald fährt und alle dürren und morschen Bäume und Äste bricht und hinwirft. In den Perioden der auf ein außerordentliches Niveau gesteigerten Preise, wie sie jeder Krisis vorangehen, können sich auch wirtschaftlich verfehlte Unternehmungen noch über Wasser halten und behaupten, in der Depressionsperiode dagegen, wenn die Nachfrage zurückgeht und die Preise sinken, da muß es offenbar werden, ob die Grundlagen, auf denen die einzelnen Unternehmungen beruhen, solid und richtig sind.

Jede Krisis hat also einen Ausleseprozeß unter den bestehenden Unternehmungen zur Folge, und sie zwingt zugleich die Unternehmer der die Katastrophe überstehenden Betriebe, ihre Geschäfte einer Revision nach der Richtung zu unterziehen, wie die Produktionskosten herabgesetzt werden können, damit trotz des Preisrückganges und der Abnahme des Umsatzes noch ein Verdienst übrig bleibt.

Nach einiger Zeit wiederholt sich dann das Spiel von neuem, wodurch eben der Gang der Entwicklung in der modernen Volkswirtschaft den Charakter einer fortwährenden Wellenbewegung, eines beständigen Wechsels zwischen Ebbe und Flut erhält. Aus der Periode, in der mehr kapitalisiert wird als gleichzeitig neue Investierungen stattfinden, wird im Zusammenhang mit der rückläufigen Bewegung des Zinsfußes, der Löhne und der Warenpreise eine Periode, in der umgekehrt mehr Kapitalien in Produktionsmitteln investiert als neu gespart werden. Dadurch kommt das Sinken des Zinsfußes zum Stillstand und schlägt schließlich in ein Steigen um. Tugan-Baranowsky hat in seinen Studien über die englischen Handelskrisen die Wirkung dieses ganzen Mechanismus treffend mit der Arbeit einer Dampfmaschine verglichen. „Die Rolle des Dampfes im Zylinder spielt die Akkumulation des freien Leihkapitals; wenn der Druck des Dampfes auf den Pumpenstempel eine bestimmte Größe erreicht, wird der Widerstand des Pumpenstempels überwunden, der Pumpenstempel bewegt sich, geht bis zum Ende des Zylinders, für den Dampf eröffnet sich ein freier Ausgang, und der Pumpenstempel kehrt nach seinem alten Platze zurück. Ebenso dringt das sich akkumulierende freie Leihkapital, nachdem es eine gewisse Größe erreicht hat, in die Industrie ein, setzt sie in Bewegung, es wird verausgabt und die Industrie kommt wieder in den früheren Zustand. Es ist natürlich, daß unter solchen Bedingungen die Krisen sich periodisch wiederholen müssen.“ [36])

Wenn man von dieser Erklärung der periodischen allgemeinen Krisen ausgeht, dann wird man ohne Weiteres verstehen, weshalb dieselben regelmäßig zuerst in den Produktionszweigen auftreten, welche vorwiegend Kapitalgüter herstellen, und erst von da aus dann auch über die übrigen Teile der Volkswirtschaft sich verbreiten. Wie diese Erscheinung schon bei früheren Krisen vielfach zu beobachten war, so ist sie besonders deutlich wieder bei den Störungen des deutschen Wirtschaftslebens im Jahre 1900 zu Tage getreten. Darin stimmen alle Berichte über die letzte Krise überein. Die periodischen Krisen haben also ihren Sitz in einem ganz bestimmten Teile der Volkswirtschaft, und zwar ist die Kapitalgüterproduktion, die Produktion von

Kohle, Eisen, Maschinen ꝛc. der eigentliche Krisenherd des modernen Wirtschaftslebens.[37]) Das soll aber nicht heißen, daß diese Produktionszweige für den Ausbruch der Krise verantwortlich zu machen sind. An ihnen werden nur die allgemeinen Mängel der jetzigen volkswirtschaftlichen Organisation am deutlichsten bemerkbar.

Wie die Zweige der Kapitalgüter-Produktion von dem Rückgang der Konjunktur zuerst getroffen werden, so treten in ihnen die Krisen gewöhnlich auch heftiger auf als in den übrigen Produktionszweigen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter zeigt in den ersteren größere Schwankungen von Jahr zu Jahr als in den letzteren. Wie diese eigentümliche Thatsache erst durch die vorhin vorgetragene Theorie, keinesfalls aber durch die Unterkonsumtionstheorie erklärt werden kann, so findet die Theorie selbst auf diese Weise ihre empirische Bestätigung. Der statistische Beweis dafür läßt sich allerdings vorläufig nur für einzelne Länder führen, und zwar einerseits für Großbritannien, andererseits für das Königreich Sachsen.[38]) In dem vereinigten Königreich nimmt nach den Mitteilungen des Arbeitsamtes, die jetzt einen Zeitraum von 15 Jahren umfassen, die Zahl der arbeitslosen Mitglieder bei den Gewerkvereinen der Metallindustrie, des Schiff- und Maschinenbaus in Krisenzeiten regelmäßig erheblich stärker zu als dies im Durchschnitt sämtlicher Gewerkvereine der Fall ist. Für das Königreich Sachsen kommen hier die Ergebnisse der regelmäßig jedes Jahr am 1. Mai veranstalteten Fabrikarbeiterzählungen in Betracht. Diese ergaben z. B. für den geschäftlichen Aufschwung Ende der 80er Jahre, daß von 88 auf 89 die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter um 5,9 und von 89 auf 90 um 8,5 % wuchs. In den Gewerbegruppen dagegen, die man als den Hauptsitz der Kapitalgüterproduktion ansehen darf, betrug die Zunahme der Arbeiterzahl in dem ersten Jahr 9,3 und im zweiten sogar 13,1 %, sie war also erheblich stärker als in den übrigen Gewerbegruppen. Das Jahr 1891 brachte dann bekanntlich keine Fortsetzung des Aufschwungs, sondern einen Niedergang. Im Königreich Sachsen nahm in diesem Jahre bezeichnenderweise die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter noch eine Kleinigkeit, nämlich 0,6 %, zu; für die Gewerbegruppen der Kapitalgüter-Erzeugung jedoch bedeutete das Jahr 1891 trotz der Zunahme der Gesamtarbeiterzahl eine Abnahme um 3,9 %. In dem nächstfolgenden Jahre ging dann die Arbeiterzahl in den letzteren Gewerbegruppen nur noch um 1 % zurück, während sie insgesamt um fast 2 % abnahm. Daraus ersieht man recht deutlich, wie der Rückgang der Konjunktur zuerst die Kapitalgüter-Herstellung erfaßt, und wie er erst von da aus sich auf die Produktionszweige fortpflanzt, welche Konsumtionsmittel

erzeugen In ähnlicher Weise ist in Sachsen dann auch weiterhin die Entwicklung verlaufen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß meine Ausführungen noch einmal kurz zusammenfassen. Die periodischen Krisen der modernen Volkswirtschaft haben ihren Ursprung darin, daß die Verwandlung der jährlichen Ersparnisse der Gesellschaft in Produktivkapital, in Maschinen, Fabrikgebäude, Schiffe, Hochöfen, Eisenbahnen u. s. w. nicht in gleichmäßigem Tempo, sondern stoß- oder ruckweise vor sich geht.[39]) Dieser wichtige Prozeß wird in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ja nicht von einer Zentralstelle aus einheitlich geleitet und angeordnet, sondern seine Durchführung wie überhaupt der gesamte soziale Stoffwechsel hängt ab von dem privaten Vorgehen und den subjektiven Entschließungen vieler Einzelpersonen. Die dabei beteiligten Individuen warten aber, ehe sie diese Metamorphose vornehmen, regelmäßig den Moment ab, wo sie sich unter den für sie günstigsten Bedingungen vollziehen läßt. In der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Organisation genügt es nicht, daß alle objektiven Bedingungen für eine Ausdehnung der Produktion vorhanden sind, um sie wirklich ins Leben zu rufen. Es gehört dazu vielmehr noch, daß die Erweiterung der Produktion irgend einem Unternehmer vorteilhaft erscheint. Das ist aber am meisten der Fall in Perioden niedrigen Zinsfußes, weil eine geringe Zinsrate auf große Vorräte an freiem Leihkapital schließen läßt. Neben diesem hauptsächlichsten kommen noch viele andere Momente in Betracht, von denen es abhängt, ob die Neigung, mit der Neuanlage von Kapital vorzugehen und die Produktion auszudehnen, in der gegenwärtigen Volkswirtschaft größer oder geringer ist. Ich nenne da nur: den Ausfall der Ernte, den Stand der Löhne und der Warenpreise, die Kreditverhältnisse, die Aussichten auf Erhaltung des Friedens, die innere politische Lage und dergleichen mehr. Sind die letzteren Verhältnisse ungünstig, so kommt es trotz eines vielleicht vorhandenen Kapitalüberflusses doch nicht zu erheblichen Erweiterungen der Produktion. Dabei will ich noch das allgemeine Moment betonen, daß es, um den Gang des Wirtschaftslebens je nachdem zu beschleunigen oder zu verlangsamen, nicht sowohl auf die objektive Entwickelung der genannten Faktoren, als vielmehr auf die subjektive Meinung, welche die Menschen über die Gestaltung dieser Verhältnisse haben, ankommt. Der mehr oder minder lebhafte Gang des Wirtschaftslebens wird weniger durch die Veränderungen der Dinge selbst, als durch den Wechsel der menschlichen Ansichten über die Dinge hervorgerufen.

Ist dann die Periode vorbei, in der die Umwandlung von Ersparnissen in stehendes Kapital besonders vorteilhaft war, so wird das ganze Wirtschaftsleben von einer allgemeinen Abspannung und Erschlaffung ergriffen. Die Gefahr, daß die Depression von einer allgemeinen Überproduktion begleitet wird, kann dabei durch Organisation der Produktion in Kartellen und anderen Verbänden vermieden werden. Aber wenn man auch um die drohende Überproduktion herumkommt, der Rückgang des Beschäftigungsgrades und infolgedessen die Arbeitslosigkeit bleibt. Es giebt wohl periodische Krisen ohne Überproduktion, aber keine ohne Arbeitslosigkeit.

Aus dem Gesagten folgt ferner, daß das periodische Auftreten von allgemeinen Krisen tief im Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung begründet liegt. So lange die Entscheidung darüber, wieviel jährlich gespart werden soll, sowie wann neues stehendes Kapital geschaffen und die Produktion ausgedehnt werden soll, in die Hände vieler einzelner, unabhängig von einander vorgehender Personen gelegt ist, wird in unserem Wirtschaftsleben immer in gewissem Grade die Gefahr des Auftretens von Krisen bestehen bleiben. In dieser Hinsicht gilt von der modernen Volkswirtschaft das Wort: sit ut est, aut non sit! Auf der anderen Seite ist aber auch ein vernünftiger Grund nicht zu entdecken, weshalb die Krisen in der gegenwärtigen Produktionsweise notwendig immer umfangreicher und verheerender werden müßten, wie dies die Sozialdemokratie behauptet. Der Umfang, den eine Krisis annimmt, hängt ganz von den besonderen Umständen des einzelnen Falls ab. Und ebenso ist die sozialistische Doktrin, daß die Krisen schließlich zum Untergang der heutigen Gesellschaftsordnung führen müßten, nichts weiter als ein beweislos hingestelltes Dogma.[40]) Die periodischen Krisen sind zwar eine sehr schmerzhafte Krankheit, aber keine Krankheit, an welcher der Patient unbedingt sterben muß.

VII.

So lange die Grundlagen der heutigen volkswirtschaftlichen Organisation unverändert bleiben, wird also immer eine gewisse Neigung zur Krisenbildung vorhanden seiu. Trotzdem halte ich den Versuch nicht für ganz aussichtslos, auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung selbst die periodischen Krisen zu bekämpfen, d. h. ihre Häufigkeit und ihren Umfang zu vermindern. Auf die Frage der Therapie der Krisen möchte ich zum Schluß mit Ihrer Erlaubnis noch kurz eingehen, schon damit mir nicht der Vorwurf gemacht

werde, ich hätte, wie die medizinische Schule, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland herrschte, mich damit begnügt, lediglich die Diagnose der Krankheit zu stellen. Die Frage, von der wir dabei auszugehen haben, lautet: wie kann man es dahin bringen, daß der Gang des Wirtschaftslebens in der modernen Volkswirtschaft ruhiger und gleichmäßiger werde, daß nicht immer Perioden eines übermäßig lebhaften Aufschwungs und Krisenzeiten mit einander abwechseln, sondern daß wir von beiden Extremen möglichst verschont bleiben. Denn das darf man nicht übersehen, wer vor der Depression oder Krisis bewahrt bleiben will, der muß auch auf die vorhergehende Periode der ungeheuer schnellen Ausdehnung der Produktion verzichten. Die beiden Stücke: Aufschwung und Niedergang gehören aufs engste zusammen. Auf den allzu lebhaften Aufschwung muß unweigerlich der Niedergang folgen, wie das Amen aufs Gebet. Es handelt sich also darum, sowohl eigentliche Hausse- als Depressionsperioden zu vermeiden, and der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ein möglichst gleichmäßiges Tempo zu geben.

In gewissem Umfange kann das m. E. erreicht werden, wenn der Staat und die größeren Kommunen es sich zum Grundsatz machen, ihre Aufträge auf neue Bauten, ferner für Erweiterung der Verkehrsanstalten und überhaupt der öffentlichen Betriebe soweit immer möglich nur in Zeiten des Niedergangs, der Depression zu erteilen. Sie würden dann mit ihrer Nachfrage gerade in dem Moment hervortreten, in dem die private Industrie keine Bestellungen mehr zu vergeben hat. Eine solche Politik liegt auch im eigenen Interesse des Staats, bezw. der Steuerzahler, weil die Staatsanstalten die gewünschten Güter in der Zeit der Depression billiger bekommen als in der Zeit des Aufschwungs. Jetzt machen es die Regierungen &c. freilich gewöhnlich genau wie die Privatindustrie, sie kaufen den größten Teil dessen, was sie brauchen, dann, wenn alles teuer ist. Sie müßten es sich aber zum Prinzip machen, ihre Anschaffungen in Perioden des Aufschwungs auf das Allernotwendigste zu beschränken und den größten Teil ihrer Aufträge erst zu vergeben, wenn in der Privatindustrie der Rückschlag einzutreten beginnt. Diese Politik setzt freilich voraus, daß die Regierung schon in der Zeit des Aufschwungs an die kommenden schlechten Jahre denkt. Wenn man erst dann, wenn der Niedergang schon da ist, anfängt sich umzusehen, wie man neue Aufträge schaffen kann, so ist es zu spät. Man muß in den fetten Jahren an die mageren denken.

Einen annähernd vollkommenen Ausgleich für die Störungen, welche das Gebahren der Privatindustrie in dem Gang unseres Wirtschaftslebens hervorbringt, vermöchte eine solche Politik allerdings nur

dann zu schaffen, wenn der jährliche Kapitalbedarf des Staates und der Gemeinden ungefähr ebenso groß wäre, wie der der Privatindustrie, oder m. a. W. wenn der Staat usw. in seinen Verkehrsanstalten, Bergwerken rc. fast ebensoviel Menschen beschäftigte, wie die Privatindustrie in ihren Betrieben. Hieraus erhellt, welche Bedeutung einer Vermehrung des öffentlichen Betriebes in der gewerblichen Produktion auch von diesem Gesichtspunkte aus zukommt.

Da die erwähnte Voraussetzung aber bis jetzt nirgends zutrifft, so ist von einem solchen staatlichen Vorgehen keine völlige Beseitigung, sondern höchstens eine Milderung und Abschwächung der periodischen Krisen zu erwarten. Neben diesem Mittel bleibt also immer noch die Aufgabe bestehen, Fürsorge-Maßregeln für die Opfer der Krise, die beschäftigungslos werdenden Arbeiter, zu treffen. Zunächst kann da der Staat darauf hinwirken, daß in Krisenzeiten in möglichst großem Umfange an die Stelle der Entlassung einzelner Arbeiter die Weiterbeschäftigung möglichst vieler, insbesondere der verheirateten Arbeiter, mit verkürzter Arbeitszeit tritt. Es ist besser, die gesamte Arbeiterschaft erleidet eine vorübergehende Einbuße, als daß ein Teil in leidlich gesicherten Verhältnissen weiterlebt, während der andere dem materiellen und moralischen Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben wird. Wenn Arbeiter, wie dies in den letzten Jahren wiederholt geschehen ist, an ihre Arbeitgeber mit dem Antrag herantreten, die Notwendigkeit von Arbeiterentlassungen durch eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit zu umgehen, so sollten sie hierbei von der Autorität der staatlichen Behörden unterstützt werden.

Ganz ohne Arbeiterentlassungen wird es indessen trotzdem in vielen Betrieben nicht abgehen. Wie soll nun für die so arbeitslos werdenden und überhaupt für die Arbeitslosen in der modernen Volkswirtschaft gesorgt werden? Die Arbeitslosigkeit entsteht ja nicht nur aus den periodischen Krisen, sondern auch aus anderen Ursachen.[41]) Ich gestehe da offen, daß ich das Projekt einer allgemeinen staatlichen Arbeitslosen-Zwangsversicherung, so bestechend es auf den ersten Blick erscheint, nicht für zweckmäßig und durchführbar halte, wenigstens nicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ich will jedoch auf die gewaltigen prinzipiellen Schwierigkeiten einer allgemeinen staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hier nicht eingehen, zumal Professor Hans Delbrück im Jahre 1896 dem Evangelisch-sozialen Kongreß ein vorzügliches Referat über diese Frage erstattet hat, mit dem ich in den Hauptpunkten durchaus übereinstimme. Kurz sei nur noch erwähnt, was m. E. auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung heute schon

geschehen kann, aber auch möglichst bald geschehen sollte. Ich halte es da zunächst für einen Fehler, daß man sich darüber streitet, ob die Arbeitslosenversicherung besser auf kommunaler Grundlage zu organisieren sei, oder ob man ihren Ausbau den Gewerkvereinen überlassen solle. Ich meine, es heißt hier nicht entweder — oder, sondern sowohl — als auch. Die Lösung des großen Problems der Arbeitslosen-Versicherung wird am besten von zwei Seiten zugleich in Angriff genommen, und zwar schlage ich folgende Arbeitsteilung zwischen den Gemeinden und den Gewerkvereinen vor. Die Kommunen übernehmen die Versicherung der Arbeiter derjenigen Gewerbe, die für einen mehr lokal begrenzten Absatz arbeiten.[42]) Ich denke dabei besonders an die Arbeiter des Baugewerbes sowie anderer Saisongewerbe, die regelmäßig im Winter in großer Zahl arbeitslos werden. In der gleichen Lage befinden sich auch viele sogenannte Gelegenheitsarbeiter. Für alle diese Kategorien sollten Kasseneinrichtungen auf kommunaler Grundlage geschaffen werden, vorläufig ohne Beitrittszwang. Der Anreiz zum fakultativen Beitritt müßte dadurch gegeben werden, daß die Kommunen zu den Beiträgen der Versicherten Zuschüsse aus städtischen Mitteln leisten, ähnlich wie bei den italienischen Projekten zu einer freiwilligen Altersversicherung der Arbeiter Zuschüsse aus Staatsmitteln vorgesehen waren. Ich würde es schon als einen großen Fortschritt begrüßen, wenn es durch solche kommunale Einrichtungen gelänge, in jeder größeren Stadt auch nur 600 Arbeiter gegen die winterliche Arbeitslosigkeit zu versichern, so wie dies der „Stadtkölnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter" im Jahre 1900/1901 gelungen ist.[43])

Hand in Hand hiermit müßten die Einrichtungen der Gewerkvereine zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder weiter ausgebaut werden. Hierbei handelt es sich so gut wie ausschließlich um die jedoch gerade besonders wichtige Versicherung der gelernten Arbeiter.[44]) So wie es durchaus in den Aufgabenkreis der Gemeinden gehört, gegen die regelmäßig jedes Jahr wiederkehrende Arbeitslosigkeit vieler ihrer Mitglieder im Winter Vorkehrungen zu treffen und städtische Mittel hierfür aufzuwenden, so liegt es im Interesse des Staats, bei der Arbeitslosigkeit, die aus allgemeinen, die ganze Volkswirtschaft erfassenden Krisen entspringt, unterstützend einzugreifen. Und zwar betrachte ich als die naturgemäßen Organe, denen derartige staatliche Subventionen überwiesen werden sollten, die Gewerkvereine. Denn diese sind am Besten in der Lage, alle die schwierigen Einzel-Fragen zu entscheiden, die bei der Unterstützung arbeitsloser Arbeiter auftreten: ob die Arbeitslosigkeit eine unverschuldete ist, ob man den Arbeitslosen zwingen kann,

eine ihm angebotene Arbeitsstelle anzunehmen u. s. f. Ich scheue also nicht vor dem Vorschlag zurück, den kürzlich auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Gewerkvereinsführer von Elm aufgestellt hat, daß der Staat die Einrichtungen der Gewerkvereine zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder finanziell unterstützen soll, so wie er teilweise auch die Genossenschaften der Landwirte und der Handwerker fördert und subventioniert. Die Durchführung dieses Vorschlags zieht selbstverständlich verschiedene Konsequenzen nach sich: die Gewerkvereine, die eine staatliche Subvention erlangen wollen, müssen bestimmten Anforderungen inbezug auf Mitgliederzahl, die Beiträge, die sie erheben, und die Einrichtungen, die sie zur Unterstützuug ihrer arbeitslosen Mitglieder getroffen haben, genügen. Ebenso müssen sie über die Verwendung der erhaltenen Gelder gegebenenfalls Rechenschaft legen, damit die staatliche Unterstützung nicht etwa zu Streikzwecken verwandt werde. Alles dies sind aber m. E. keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Stellung, die der Staat gegenwärtig noch aus politischen Gründen zu der Gewerkvereinsbewegung einnimmt. Solange diese nicht eine grundsätzlich andere geworden ist, ist an die Ausführung des v. Elmschen Vorschlags nicht zu denken. Hierauf will ich indessen nicht näher eingehen, da ich mich nicht auf das Feld der hohen Politik begeben möchte.[45])

Meine Damen und Herren! Ich stehe am Schlusse, nachdem ich Ihre Geduld lange genug in Anspruch genommen habe. Sie sehen, es sind nur kleine Mittel, die ich Ihnen zur Bekämpfung der Krisen und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen habe. Ich bin aber überzeugt, daß durch die Anwendung dieser kleinen Mittel eher etwas positiv Nützliches für die Arbeiterklasse sich erreichen läßt, als wenn man immer nur nach dem großen Mittel einer Abänderung der Grundlagen der heutigen Wirtschaftsordnung ruft. Wer, um Hilfe gegen die Krisen und die aus ihnen hervorgehende Arbeitslosigkeit zu schaffen, nichts anderes vorzuschlagen weiß, als eine sozialistische Organisation der Gesellschaft, der bietet in Wahrheit überhaupt keine Lösung des Problems, sondern er giebt an Stelle einer Lösung weiter nichts, als einen inhaltlosen Begriff, ein bloßes Schlagwort.

Anmerkungen.

[1]) Das sozialdemokratische „Dortmunder Tageblatt" scheint der Meinung zu sein, daß mit den Worten des Textes Bernstein Unrecht gethan und seine Meinung über die Krisen nicht richtig wiedergegeben werde. Wenigstens sah es sich in der Nummer vom 24. Mai d. J. veranlaßt, unter der Überschrift „Wie Herr Prof. Pohle zitiert", einige Sätze aus den Bernsteinschen Ausführungen über die Krisenfrage abzudrucken, um zu zeigen, was Bernstein in Wirklichkeit wörtlich gesagt habe. Ich muß demgegenüber dabei bleiben, daß die Worte des Textes den Sinn der Bernsteinschen Darlegungen vollkommen korrekt wiedergeben. Zwar ist es richtig, daß Bernstein in dem Abschnitte seines bekannten Buches, der von den Krisen handelt, zunächst nur die Frage aufwirft, „ob nicht die gewaltige räumliche Ausdehnung des Weltmarktes . . . . . die Rückwirkungskraft örtlicher oder partikularer Störungen auf die allgemeine Geschäftslage so verringert hat, daß wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind". Allein aus dem ganzen Zusammenhang, speziell aus Bernsteins Auseinandersetzungen mit Rosa Luxemburg ergiebt sich, daß er die Frage nur aufwirft, um sie bejahend zu beantworten. Und am Schluß seiner Darlegungen versteigt sich Bernstein sogar zu der Prophezeiung: „Wenn nicht unvorhergesehene äußere Ereignisse eine allgemeine Krise herbeiführen — und das kann, wie gesagt, jeden Tag geschehen — so ist kein zwingender Grund vorhanden, auf ein baldiges Eintreten einer solchen aus rein wirtschaftlichen Gründen zu folgern." Die letzte Krisis hat ihren Anlaß bekanntlich aber gerade in rein wirtschaftlichen Verhältnissen, nicht in äußeren politischen Ereignissen, gehabt. Und insofern ist eben die Prophezeiung Bernsteins so schnell widerlegt worden, wie es selten einer Voraussage passieren wird.

Auch von sozialdemokratischer Seite selbst sind übrigens die Ausführungen Bernsteins durchaus in dem Sinne aufgefaßt worden, in dem ich sie verstanden habe. So wendet sich Tugan-Baranowsky in seinen „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England" (S. 414) gegen „die Ansicht, die von einigen Schriftstellern (z. B. von Bernstein) neuestens ausgesprochen wird, daß die neueste Entwickelung des Kapitalismus die Gefahr des periodischen Eintretens von Krisen beseitigt habe".

[2]) Aus der Thatsache, daß „bisher" die Krisis erfreulicherweise verhältnismäßig leicht und mild verlaufen ist, möchte ich noch nicht den Schluß ziehen, daß sie nun schon im wesentlichen überwunden und der Gesundungsprozeß eingetreten sei. Die optimistische Auffassung, die Professor Dietzel-Bonn in einem am 17. März d. J. in Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrag nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" in dieser Hinsicht vertreten hat, vermag ich nicht zu teilen. Die Verschlechterung, die im Mai nach den Ergebnissen der an

die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes" angeschlossenen Arbeitsnachweise in der Lage des deutschen Arbeitsmarktes eingetreten ist, giebt doch sehr zu denken. Erst auf Grund des Verlaufes des kommenden Winters wird man m. E. mit einiger Sicherheit beurteilen können, ob wir wirklich schon über den Berg sind oder ob die Stimmen, die verkündeten, daß sich die Volkswirtschaft schon wieder von der letzten Krankheit zu erholen anfange, nicht zu früh triumphiert haben und wir zunächst noch einer mehrjährigen Stagnationsperiode entgegengehen. Wenn man an den Verlauf der Krisen in den 70er und 80er Jahren denkt und zugleich erwägt, von wie anhaltender Dauer der letzte geschäftliche Aufschwung gewesen ist, dann stellt sich die zweite Annahme fast als die wahrscheinlichere dar.

[3]) Die Stellung der Nationalökonomen zu den **Kartellen** hat schon manche Wandlungen durchgemacht, wie das auch gegenüber einem relativ so jungen Gebilde, über das noch wenig Erfahrungen vorliegen, nur natürlich ist. Speziell hinsichtlich des Einflusses der Kartelle auf die Krisen hat das anfänglich sehr günstige Urteil jetzt zum Teil einer äußerst herben Verurteilung Platz gemacht. Während man früher von einer krisenverhütenden Wirkung der Kartelle sprach, spricht man jetzt direkt von ihrer krisenhervorrufenden oder wenigstens krisenverschärfenden Thätigkeit. Ich glaube, beide Urteile schießen über das Ziel hinaus. Beide beruhen auf einer Überschätzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung und Macht der Kartelle. Am stärksten hat dieser Überschätzung wohl Pfarrer Naumann Ausdruck gegeben, als er in Dortmund sagte, die großen Unternehmerverbände der ersten und schweren Industrien seien im stande, unsere Volkswirtschaft zu behandeln wie der Mann, der an der Dynamomaschine sitzt und den Schalthebel in der Hand hat. Ich muß mich in diesem Punkte übrigens auch selbst schuldig bekennen; ich habe in meinen früheren Auslassungen über die Kartellfrage den Einfluß der Kartelle auf die Preisbildung ꝛc. ebenfalls zu hoch angeschlagen. Die Kartelle vermögen die Konjunktur in ihrem Verlauf wohl zu beeinflussen, sie sind aber nicht im stande, die Konjunktur zu machen.

Ein gerechtes Urteil über die Preispolitik der Kartelle zu gewinnen, ist ungemein schwierig. Wenn man z. B. feststellen will, welche spezifische Wirkung während der letzten Jahre die Kartelle auf die Preise geübt haben, so setzt das eigentlich voraus, daß man wisse, wie die Preisbildung ohne Kartell verlaufen sein würde. Der Politiker kümmert sich allerdings hierum nicht. Er ist schnell fertig mit seinem Urteil. Aus der Wahrnehmung, daß die Kartelle in der Zeit des letzten geschäftlichen Aufschwunges die Verkaufspreise nach und nach immer mehr erhöht haben und daß sie auch dann, als der Umschwung der Konjunktur bereits eingetreten war, die Preise noch hoch zu halten suchten, leitet er, wie dies z. B. Pfarrer Naumann auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongreß that, den Vorwurf gegen die Kartelle ab, daß von ihnen die letzte Krisis mit Bewußtsein planmäßig geleitet worden sei. Ob aber die Preiserhöhungen nicht doch durch die Marktlage gerechtfertigt waren und eine andere Preispolitik ein Geschenk an einzelne Personen bedeutet hätte, wird nicht weiter untersucht. Der Politiker hätte im Hinblick hierauf eigentlich Anlaß, sich bei den Kartellen zu bedanken. Sie haben ihm die Agitation bedeutend erleichtert. Daß in Zeiten des geschäftlichen Aufschwunges die Preise der wichtigsten Rohstoffe und Halbfabrikate beständig in die Höhe gehen und dadurch schließlich der Umschwung der Konjunktur mit hervorgerufen wird, das ist eine Erscheinung, die auch in früheren Perioden schon, als wir noch keine Kartelle hatten, sich beobachten ließ. Allein damals war

niemand da, den man hierfür verantwortlich machen konnte. Die Preissteigerung war die Wirkung unpersönlicher Mächte, das Resultat des freien Spieles der wirtschaftlichen Kräfte, sie ergab sich von selbst aus dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Jetzt hat der Politiker es bequemer. Er kann sich an die Kartelle halten und sie bezichtigen, daß sie aus Gewinnsucht die Preissteigerung veranlaßt haben. Und von diesem äußerst wirksamen und bequemen Agitationsmittel wird jetzt in der Politik denn auch eifrig Gebrauch gemachr, und zwar zum Teil sogar von solchen Preßorganen, die, wenn es sich um Fragen der Börsengesetzgebung handelt, den Gegnern — und zwar meist mit Recht — vorwerfen, daß ihr Urteil ungerecht sei, weil es nicht von einer unbefangenen Würdigung des volkswirtschaftlichen Thatbestandes ausgehe. Auf diese Weise kann man freilich niemals zu einem wirklich gerechten Urteil über die Preispolitik der Kartelle während der letzten 6 bis 7 Jahre gelangen.

Einen interessanten Versuch, die schwierige Frage ohne Voreingenommenheit für irgend eine wirtschaftliche oder politische Richtung zu entscheiden, hat kürzlich Liefmann in einem Aufsatz in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung ꝛc. (2. Heft des 26. Jahrgangs) unternommen. Ich möchte an seine Ausführungen hier noch einige Worte knüpfen, um sie nach einigen Richtungen zu ergänzen. Liefmann geht sehr richtig davon aus, daß die Frage in zwei Teile zu zerlegen sei, nämlich einmal in die Frage: „Haben die Kartelle durch ihre Preispolitik den Umschwung der Konjunktur, den Eintritt der Krisis beschleunigt?“ Und zum anderen: „Wie ist ihre Preispolitik, nachdem die Krisis eingetreten war, zu beurteilen?“

In bezug auf den ersten Punkt wird von Liefmann selbst, wie auch von anderen objektiven Beobachtern anerkannt, daß die großen deutschen Kartelle im Kohlenbergbau und in der Eisen-Industrie die günstige Konjunktur der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht zu einem maßlosen Hinaufschrauben der Preise ausgenutzt haben. Auch in der Arbeit von Dr. Vogelstein über „Die Industrie der Rheinprovinz 1888—1900“ (47. Stück der Münchener volkswirtschaftlichen Studien. Herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lotz), die im übrigen zu einem wenig günstigen Urteil über die Thätigkeit der Kartelle kommt, wird dies wenigstens für die Zeit bis zum Ablauf des Jahres 1898, abgesehen von wenigen Fällen, zugestanden. Man müsse zugeben, daß die Syndikate diese mäßigende Wirkung ausübten, obwohl es ihnen ein Leichtes gewesen sei, durch Preistreibereien einen augenblicklichen Mehrbedarf und eine Hochkonjunktur schärfster Art hervorzurufen (a. a. O. S. 96).

In der That wird man sich bei einer unbefangenen Würdigung der Sachlage diesem Urteil durchaus anschließen müssen. Ein direkter und exakter Beweis dafür, daß die Kartelle während der aufsteigenden Konjunktur keine Preiserhöhungen vorgenommen haben, die nicht ihre volle Rechtfertigung in der jeweiligen Marktlage fanden, läßt sich allerdings der Natur der Sache nach nicht führen. Immerhin liegt aber ein indirekter Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauung in folgenden beiden Thatsachen vor, die auch Liefmann zutreffend hervorhebt.

Einmal läßt sich nachweisen, daß beim Koks- und beim Kohlensyndikat die Verkaufspreise der nicht zum Kartell gehörigen Unternehmungen, unter denen sich auch Staatsbetriebe befanden, mehrfach höher gewesen sind als die Syndikatspreise. Beispiele hierfür sind von Kommerzienrat Kirdorf in seinem Referat auf der am 6. Februar 1900 abgehaltenen Delegierten-Versammlung des Zentralverbandes

deutscher Industrieller angeführt worden. Diese Thatsache besagt mit anderen Worten aber, daß die von den Kartellen vorgenommenen Preiserhöhungen ihre Ursache nicht in der ökonomischen Position, nicht in der Monopolstellung der Kartelle hatten, sondern daß sie durch das damalige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gefordert waren, ja daß die Kartelle, wenn sie ihre Preispolitik lediglich nach der Dringlichkeit und dem Umfange der Nachfrage eingerichtet hätten, berechtigt gewesen wären, noch höhere Preise zu verlangen, als sie von Syndikatswegen festgesetzt worden sind.

Dazu kommt als zweite Thatsache, daß in früheren Aufschwungsperioden die Bewegung der Kohlen- und Eisenpreise mehrfach noch größere Schwankungen aufweist als dies in der letzten Periode der Fall war, obwohl diese nach Dauer und Intensität die günstigste Konjunktur war, welche das deutsche Wirtschaftsleben im letzten Jahrhundert überhaupt gehabt hat. Speziell für Kohlen stelle man nur folgende Zahlen einander gegenüber: durch den geschäftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre z. B. wurden die Kohlenpreise in Essen von 34 Pfg. per Zentner im Jahre 1852 auf 50 Pfg. im Jahre 1856 emporgetrieben; von da ab sanken sie wieder, bis sie 1863 einen Preisstand von nur 22 Pfg. pro Zentner erreichten (Festschrift zum VIII. Allgemeinen deutschen Bergmannstag in Dortmund, den 11.—14. September 1901, S. 174). Die günstige Konjunktur weiter, die im Anschluß an den deutsch-französischen Krieg eintrat, bewirkte eine Steigernng der Kohlenpreise von 5,26 Mk. per Tonne im Jahre 1869 auf 11 Mk. im Jahre 1874. Ebenso heftig war dann aber auch der Rückschlag. 1879 waren die Steinkohlenpreise mit 4,15 Mk. pro Tonne auf dem tiefsten Stand angelangt, den sie je eingenommen haben (a. a. O., S. 175). Damit vergleiche man folgende Zahlen. Die Preise für deutsche Steinkohlen betrugen nach dem „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich" pro Tonne ab Werk Dortmund für

	gestürzte Stückkohle	gute fette Puddelkohle
1889	9,3 Mk.	7,4 Mk.
1890	12,9 „	9,9 „
1891	11,5 „	8,0 „
1892	9,2 „	7,3 „
1893	8,2 „	6,5 „
1894	9,0 „	6,9 „
1895	9,0 „	7,4 „
1896	9,0 „	7,9 „
1897	9,4 „	8,5 „
1898	9,7 „	8,7 „
1899	10,0 „	9,0 „
1900	13,6 „	9,9 „
1901	14,0 „	10,0 „

Im Hinblick auf diese Zahlen kann man nicht davon sprechen, daß das größte deutsche Kartell, das rheinisch-westphälische Kohlensyndikat, und die loseren Konventionen, die der Gründung des Syndikats vorangingen, unberechtigte Preistreibereien vorgenommen hätten, sondern man muß anerkennen, daß sie sich bemüht haben, eine mäßigende Wirkung auszuüben, zumal wenn man bedenkt, wie gewaltig die Kohlenförderung in den letzten Jahren entsprechend der rapid zunehmenden Nachfrage gewachsen ist.

Eine ganz andere Frage ist es, ob die Kartelle die gleiche maßvolle Preispolitik auch dann noch getrieben haben, als der Umschlag der Konjunktur bereits eingetreten war. Eins ist hier allerdings von vornherein zuzugeben. Wenn die Kartelle in Aufschwungsperioden darauf verzichten, die günstige Konjunktur bis aufs Äußerste auszunutzen, dann wird man ihnen nicht verwehren dürfen, wenn sie in der Zeit des geschäftlichen Niedergangs dem Preisdruck nicht einfach nachgeben, sondern ihm Widerstand zu leisten suchen. Man darf von den Kartellen gerechterweise nicht verlangen, daß sie zwar in guten Zeiten sich enthalten, von der Gunst der Marktlage rücksichtslos Gebrauch zu machen, daß sie dagegen in schlechten Zeiten die Preise so tief sinken lassen, wie dies durch die panikartigen Zustände, die in solchen Zeiten oft auf dem Markte herrschen, leicht bewirkt wird. Der Umstand, daß bei rückgehender Konjunktur Werke, die außerhalb des Kartells stehen, niedrigere Preisforderungen stellen als die Kartellmitglieder, berechtigt also noch nicht dazu, über die Preispolitik der Kartelle den Stab zu brechen. Die Kartelle müssen vielmehr, wenn sie volkswirtschaftlich nützlich wirken sollen, sowohl nach der einen als nach der anderen Richtung eine mäßigende Wirkung ausüben und jeder allzu heftigen Preisschwankung vorbeugen.

Man sieht, diese ganze Frage ist eine solche des richtigen Maßes. Als im Jahre 1900 das deutsche Wirtschaftsleben auf einmal in den absteigenden Ast der geschäftlichen Bewegung eintrat, da haben freilich einige der größten und am straffsten organisierten deutschen Kartelle offenbar das richtige Maß nicht gefunden, sondern sie haben die Preise über das berechtigte Maß hinaus hochzuhalten gesucht. Das gilt besonders und in erster Linie vom Kokssyndikat und den Roheisenverbänden, in zweiter Linie auch vom Kohlensyndikat. Die Hauptabnehmer dieser Verbände, insbesondere die weiterverarbeitenden Eisengewerbe, wurden dadurch in eine schwierige Lage gebracht. Sie selbst waren zum großen Teil nicht kartelliert, konnten infolgedessen die hohen Preise, die sie für ihre Rohstoffe bezahlen mußten, nicht auf ihre Abnehmer überwälzen, sondern mußten entsprechend dem Umschwung der Marktlage ihre Fabrikate zu Preisen anbieten, bei denen von einer lohnenden Produktion nicht mehr die Rede sein konnte. Es ist klar, daß dadurch die Krisis noch verschärft wurde, und daß, solange dieses Mißverhältnis andauert, an eine Rückkehr normaler Zustände im Wirtschaftsleben nicht zu denken ist.

Wie ist die Wiederkehr solcher Mißstände zu verhüten? Durch ein Eingreifen des Gesetzgebers schwerlich, wenigstens nicht durch ein Eingreifen in der Art, wie es der s. Z. in Österreich aufgestellte Kartell-Gesetzentwurf plante. Als erste und vorläufig wohl auch einzige Maßregel, die der Gesetzgeber gegenüber den Kartellen ergreifen kann, kommt der für sie einzuführende Zwang in Betracht, alle ihre Beschlüsse und Maßnahmen offen darzulegen. Ich habe selbst als einer der ersten den Erlaß einer derartigen Vorschrift mit verlangt, und befürworte ihre Einführung auch heute noch. Allein ich gebe mich nicht der Täuschung hin, daß damit gegenüber den oben gerügten Mißständen viel gewonnen sein würde. Die Dinge haben sich in den letzten Jahren insofern auch nicht unwesentlich geändert, als unsere größten Kartelle über ihre geschäftlichen Transaktionen meist gar nicht mehr den Schleier des Geheimnisses zu breiten suchen, sondern selbst von allen wichtigeren Beschlüssen, wie hinsichtlich des Umfanges der beschlossenen Produktions-Einschränkung, der festgesetzten Verkaufspreise usw. sofort die Öffentlichkeit durch die Presse in Kenntnis setzen lassen. Nur kleinere Kartelle sind es, die noch das

Licht der Öffentlichkeit scheuen und nach Schmollers Wort „wie die Veilchen im Verborgenen blühen" wollen.

Viel mehr als von dem Eingreifen des Staats erwarte ich von der weiteren Entwickelung der Kartellbewegung selbst. Vogelstein hat durchaus Recht, wenn er (a. a. O. S. 97) die oben geschilderte Politik mancher Kartelle, bei der auf die Ausbeutung der Notlage der Abnehmer anstatt auf deren Stärkung ausgegangen wird, falsch und kurzsichtig nennt. Daraus folgt aber, daß die Kartelle schon durch ihr vernünftiges Selbstinteresse getrieben werden, künftig vorsichtiger in ihren Preisforderungen zu sein. Der Schaden, den ihre Abnehmer dadurch erlitten haben, daß sie gezwungen wurden, große Quantitäten zu Preisen abzunehmen, die sie in den Verkaufspreisen für ihre Produkte nicht wieder einbringen konnten, ist zum Teil auf die Kartelle selbst zurückgefallen. Die Kartelle haben dadurch den Absatz ihrer Abnehmer erschwert und infolgedessen auch ihren eigenen Absatz in seiner Stetigkeit nicht gefördert. Das westfälische Koksſyndikat und das Roheisensyndikat haben durch ihre hohen Preisforderungen nur denjenigen Werken genützt, die von ihnen unabhängig waren, weil sie die betreffenden Roh- und Hilfsstoffe in eigenen Betrieben herstellen. Mit Recht ist ja von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, wie eine durch die jeweilige Marktlage nicht gerechtfertigte Preispolitik der Kartelle bei ihren Abnehmern das Bestreben auslöst, sich von der Preisdiktatur der Kartelle dadurch frei zu machen, daß sie die Eigenproduktion derjenigen Artikel aufnehmen, die sie bisher von den Kartellen bezogen haben. Gerade in den letzten Jahren hat die Tendenz zur Betriebsvereinigung in der deutschen Eisenindustrie wieder erhebliche Fortschritte gemacht.

Das ist eine deutliche Warnung für die Kartelle, den Bogen nicht zu überspannen, und ich glaube, ihre Leiter, denen man wohl zutrauen kann, daß sie zu erkennen imstande sind, welche Politik ihr richtig verstandenes dauerndes Selbstinteresse von ihnen verlangt, werden klug genug sein, diese Mahnung zu verstehen und zu beherzigen. Und das wird dann dazu führen, daß die Kartelle, ebenso wie sie ihren Abnehmern für den nach dem Auslande bestimmten Absatz besondere Ausfuhrvergütungen bewilligt haben, auch bei ihren Preisfestsetzungen für das Inland mehr Rücksicht auf die Preise nehmen, die sich für die Produkte erzielen lassen, welche ihre Abnehmer herstellen. Das eine ist so notwendig wie das andere, wenn sich die Kartelle nicht ins eigene Fleisch schneiden wollen. Ich glaube, daß man schon gegenwärtig im Koks- und Roheisensyndikat zu der Einsicht gekommen ist, daß die in den letzten beiden Jahren befolgte Preispolitik falsch war, und daß man dort kein Verlangen trägt, die Erfahrungen der letzten Jahre noch einmal zu machen. Denn die starke Abnahme, die der Absatz des Koksſyndikats in letzter Zeit erfahren hat — im ersten Halbjahre 1902 betrug der Absatz nur 3063000 t gegen 3621000 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres — ist wohl wesentlich mit auf die verkehrte Preispolitik zurückzuführen. Darüber aber, daß überhaupt solche Fehler vorkommen konnten, darf man sich bei der großen Jugend unserer Kartelle nicht allzusehr wundern. Wir stehen, wie mir scheint, erst in den Anfängen der Entwicklung des Kartellwesens, und die Erfahrungen, über die unsere Kartelle verfügen, sind noch sehr gering. So ist es wohl zu erklären, daß man im Koksſyndikat die Preise, die man für 1900 und 1901 unter der damals übrigens auch von den Abnehmern geteilten Voraussetzung festgesetzt hatte, daß die geschäftliche Aufwärtsbewegung noch länger andauern werde, auch dann noch aufrechthielt, als über den Umschwung der Konjunktur kein Zweifel mehr sein konnte.

Im eigensten Interesse der Kartelle liegt es also, daß solche Fehler künftig vermieden werden, und daß man lernt, auf schnelle und handgreifliche, aber nur vorübergehende Gewinne zu verzichten, um dafür dauernde, wenn auch nicht so nahe liegende Vorteile einzutauschen.

Das wichtigste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den an der Herstellung einer Ware beteiligten Kartellen bez. zwischen den Kartellen und ihren Abnehmern. Es ist sehr charakteristisch, daß in letzter Zeit von verschiedenen Seiten ganz unabhängig von einander gleichzeitig Vorschläge nach dieser Richtung gemacht worden sind. Ich sehe darin ein Zeichen, daß die Schaffung einer besseren Fühlung zwischen den Kartellen und ihren Abnehmern in der That einem Bedürfnis entspricht, und daß die weitere Entwickelung des Kartellwesens wahrscheinlich nach dieser Richtung verlaufen wird.

Solche Vorschläge sind z. B. von Steinmann-Bucher, Liefmann und Thomas Lenschau gemacht worden. S t e i n m a n n - B u c h e r hat eine Reihe von Aufsätzen, die er zuerst in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Industrie-Zeitung" veröffentlicht hatte, jetzt unter dem Titel „Ausbau des Kartellwesens" (Berlin, Deutscher Verlag) auch als besondere Schrift erscheinen lassen. Fürerst verlangt er allerdings nur die Errichtung einer Zentralstelle, die alles auf die Kartelle bezügliche Material sammeln soll, insbesondere auch zu dem Zwecke, damit die neu entstehenden Kartelle sich die Erfahrungen der älteren Organisationen zu Nutze machen können. Diese Zentralstelle soll aber nur der Unterbau für eine Einrichtung sein, der noch viel weitergehende Aufgaben und Befugnisse übertragen werden sollen. Sie soll bei der Gründung neuer Kartelle um Rat und Mitwirkung angegangen werden und sie soll in Fällen von Streitigkeiten innerhalb einzelner Kartelle und zwischen Kartellen die Stellung eines Schiedsrichters übernehmen. Durch die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen den Kartellen soll zugleich eine bessere Orientierung über die gesamte Geschäftslage, sowie ein neues Machtmittel für die Kartelle geschaffen werden, da die jetzigen Machtmittel unzureichend seien, „renitente Werke zum Beitritt oder zur Mäßigung zu zwingen, sowie die Entstehung neuer überflüssiger Werke zu verhindern". Wenn die Vorschläge Steinmann-Buchers, wie das bisherige „fast ausschließlich individuelle Leben der Kartelle in ein verständnisvolles organisches Zusammenwirken" umgewandelt werden könne, sich somit auch nur in sehr allgemein gehaltenen Andeutungen bewegen, so sind sie doch insofern interessant und wertvoll, weil man aus der Stellung Steinmann-Buchers als Herausgeber der „Deutschen Industrie-Zeitung" schließen darf, daß er mit seinen Vorschlägen nur die Stimmungen und Wünsche wiedergiebt, die in den Kreisen der kartellierten Industrien selbst herrschen.

Bestimmtere Vorschläge für die Herstellung von Organisationen, die die jetzige Zersplitterung im Kartellwesen beseitigen und die Kartelle der wirtschaftlich zusammenhängenden Produktionszweige veranlassen sollen, eine gemeinsame, die Interessen aller beteiligten Gewerbe berücksichtigende Preispolitik zu treiben, werden von L e n s c h a u und L i e f m a n n gemacht. Beide stimmen in der Forderung überein, daß die Kartelle eine Preispolitik befolgen sollen, bei der sich die Verkaufspreise des einen Kartells nach denen des anderen richten. Beide stimmen auch darin überein, daß sie als Voraussetzung der Einführung einer solchen Preispolitik eine durchgehende Organisation aller Produktionszweige, die nach einander an der Erzeugung eines Fabrikats beteiligt sind, in Kartellen verlangen. Erst in folgendem

Punkt gehen ihre Vorschläge auseinander. Lenschau („Die Amerikanische Gefahr", Berlin 1902, S. 56) empfiehlt, indem er dabei speziell die Verhältnisse des Eisen- und Stahlgewerbes vor Augen hat, die Einführung einer gleitenden Preisskala, bei der sich die Verkaufspreise der Rohstoffsyndikate und Halbzeugverbände nach den Preisen zu richten haben, die sich für die Fertigfabrikate erzielen lassen. Wenn sich z. B. bei Stahlschienen der etwa vierteljährlich durch das Verkaufsbureau zu ermittelnde, durchschnittliche Verkaufspreis um 5 Mk. erhöht, so werden auch die Berechnungspreise für Rohstahl bezw. Roheisen und weiter für Kohle und Koks eine entsprechende Erhöhung erfahren, während umgekehrt ein Sinken in dem Verkaufspreis des Fertigfabrikats ebenso unweigerlich eine Verminderung der Verrechnungspreise für Rohmaterialien nach sich ziehen müßte. Die Hauptaufgabe der Vereinigung aller Syndikate würde die sein, feste Normen, eventuell in tabellarischer Form, aufzustellen, nach denen der Preis des Rohmaterials im Verhältnis zum Preis des Fertigproduktes sich regeln würde.

Auch Liefmann befürwortet die Einführung einer gleitenden Preisskala. Allein nach ihm (a. a. O. S. 215/216) soll nicht der Preis der Rohstoffe mit dem des Fertigfabrikats, sondern umgekehrt der des Fertigfabrikats mit dem der Rohstoffe auf- und abschwanken. Die Rohstoffkartelle sollen die Syndikatsbildung in den weiterverarbeitenden Industrien fördern, indem sie nur an Kartellmitglieder verkaufen, bezw. nur letzteren besondere Vorteile, wie Ausfuhrvergütungen, gewähren. „Allmählich sollten sie aber ihren Einfluß auch darauf richten, daß die Kartelle der Weiterverarbeiter ebenfalls in der Preisfestsetzung maßvoll vorgehen, und das könnte schließlich zu einem festen Verhältnis zwischen Rohstoff- und Fabrikatpreisen, zu einer gleitenden Skala der letzteren führen."

Von den beiden zuletzt erwähnten Vorschlägen scheint mir der Liefmanns der volkswirtschaftlich besser fundierte zu sein. Bei einer gleitenden Preisskala, bei der sich die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate automatisch nach den Preisen der Fertigfabrikate richten, fehlt für die Produzenten der letzteren das Interesse, die Preise hochzuhalten. Denn jeden Druck auf ihre eigenen Verkaufspreise können sie ohne Mühe auf die Lieferanten ihrer Rohmaterialien abwälzen. Die letzteren dürften daher bei diesem System bald ähnlich ungünstige Erfahrungen machen, wie sie die Arbeiter mit den gleitenden Lohnskalen gemacht haben, sofern die Skala nicht durch einen festen Minimallohn ergänzt war, unter den der Lohn unter allen Umständen nicht sinken durfte.

Aber auch sonst scheint es mir das Richtigere zu sein, den Preis der Rohstoffe maßgebend für den des Fertigkeitsfabrikats sein zu lassen und nicht umgekehrt. Auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung (Bergbau) und der Halbfabrikation findet die Kartellbildung günstigere Vorbedingungen, weil hier die Verhältnisse noch einfacher und übersichtlicher liegen (die einzelnen Umstände, die hier in Betracht kommen, habe ich in meiner Schrift „Die Kartelle der gewerblichen Unternehmer", Leipzig 1898, S. 69—78 dargelegt), als auf dem der Fertigfabrikation. Die Kartelle der Rohstoff- und Halbfabrikat-Erzeugung können eher die Kartelle der Fertig-Fabrikation überwachen und kontrollieren als umgekehrt. Darum muß der Anstoß zu einer Neuordnung unserer Produktion von den großen Rohstoffkartellen ausgehen.

Für ein solches Vorgehen spricht auch noch ein anderes wichtiges Moment. Wenn es zur Herstellung einer derartigen engen Verbindung zwischen den im Produktionsprozeß eines Gutes auf einander folgenden Kartellen kommt, so wird der Staat dieser Entwickelung nicht mehr als gleichgiltiger Zuschauer zusehen

können. Die ökonomische Macht, welche ein solches „Kartell der Kartelle" repräsentierte, wäre so groß — ebenso groß aber auch die Versuchung, sie zu mißbrauchen —, daß der Staat nicht daran denken könnte, einen solchen Staat im Staate einfach nach seinem Belieben schalten und walten zu lassen. Für diese Stufe der Entwickelung würde der Vergleich, mit dem Naumann in Dortmund den gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Einfluß der Kartelle kennzeichnen wollte, schon eher passen. Und noch zutreffender vielleicht ist ein von Steinmann-Blücher herrührender Vergleich, daß ein grundlegendes Syndikat, wie das Kohlensyndikat, durch seine Produktions- und Preispolitik in ähnlicher Weise den ganzen Industriebetrieb regulierend beeinflussen könne, wie der Geldmarkt durch die Diskontopolitik der Reichsbank beeinflußt werde.

Sobald eine private Vereinigung über eine so große Macht verfügt, wird sie nicht länger eine rein private Vereinigung bleiben dürfen. Auch Liefmann gesteht das zu, indem er davon spricht, daß der Staat, wenn erst durch die weitere Entwickelung des Kartellwesens ein festes Verhältnis zwischen Fabrikat- und Rohmaterialpreisen hergestellt sein werde, dann nur die Preisfestsetzung weniger, leicht zu kontrollierender Rohstoffe zu überwachen brauche und die Sorge für die Gleichmäßigkeit in Absatz und Preisen der Fertigprodukte außer den Verbänden der Abnehmer den daran höchst interessierten Rohstoffindustrien überlassen könne. Über die Art und Weise, wie er sich die staatliche Überwachung der Preispolitik der Rohstoff-Kartelle denkt, äußert sich Liefmann nicht weiter. Ich glaube, man braucht nach einem Vorbild für die dann zu schaffenden Organisationen nicht weit zu suchen. Wenn es dahin kommt, daß eine private Vereinigung in der Industrie einen ebenso großen volkswirtschaftlichen Einfluß erlangt wie die Reichsbank, nun gut, so gebe man ihr auch eine ähnliche Organisation wie die der Reichsbank. Das würde mit anderen Worten bedeuten: der betreffende Industriezweig soll zwar nicht verstaatlicht werden, vielmehr kann er in bezug auf die Aufbringung und den Besitz des Kapitals Privatunternehmung bleiben, allein in der Leitung und Verwaltung dieses Riesenbetriebes sollen vom Staate ernannte Personen den maßgebenden Einfluß ausüben, damit seine Preis- und Produktionspolitik nicht lediglich die Interessen der Aktionäre, sondern in erster Linie das Bedürfnis der ganzen Volkswirtschaft nach einer ruhigen und gleichmäßigen Entwickelung im Auge hat. Und die Verteilung des erzielten Gewinnes hätte in der Weise etwa zu erfolgen, daß die Aktionäre zunächst den landesüblichen Zinsfuß für ihr Kapital erhielten und der dann noch verbleibende Überschuß zu gleichen Teilen an die Gesamtheit, die Aktionäre sowie die Angestellten und Arbeiter fiele. Gleichzeitig mit einer solchen, zwar nicht Verstaatlichung, sondern „Veranstaltlichung" (Schäffle) eines Industriezweiges müßte demselben natürlich auch ein Monopol auf die alleinige Herstellung der von ihm erzeugten Artikel gegeben werden.

Eine Entwickelung des Kartellwesens nach dieser Richtung erscheint mir auch um deswillen notwendig, damit die deutschen Kartelle den Vorsprung, den die amerikanischen Trusts in bezug auf Förderung des technischen Fortschrittes vor ihnen voraus haben, wieder einholen. Man kann von den deutschen Kartellen im allgemeinen nicht sagen, daß sie den technischen Fortschritt aufhalten, aber ebensowenig kann man von ihnen behaupten, daß sie ihn fördern. Erzielen sie auf der einen Seite gewisse Ersparnisse, namentlich an den Vertriebs- und Transportkosten, so werden auf der anderen Seite durch sie technisch rückständige Betriebe, die

bei freier Konkurrenz sich nicht mehr behaupten könnten, künstlich am Leben erhalten, wie das z. B. von dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Bueck, offen zugestanden wurde (s. „Die Zeit", Nr. 33 des laufenden Jahrganges, S. 207), so daß im großen und ganzen ihre günstigen und ihre ungünstigen Wirkungen in bezug auf die Entwickelung des technischen Fortschrittes sich wohl gerade aufheben. Ganz anders stehen in dieser Beziehung die amerikanischen Trusts da. Die Gründung eines neuen Trust bedeutet regelmäßig zugleich eine Reihe von Ersparnissen an Kosten auf allen Gebieten, an den Generalunkosten sowohl, als an Produktions-, Transport- und Vertriebskosten. Das wird von Steinmann-Bucher am Beispiel der Errichtung der United States Steel Corporation recht anschaulich geschildert (a. a. O., S. 18 ff.) In Amerika wird jeder Betrieb sofort nach Gründung des Trusts ausschließlich für die Herstellung derjenigen Waren bestimmt, für die er technisch am besten eingerichtet oder nach seiner Lage am meisten geeignet ist; jede in einem Betriebe gemachte Erfindung kommt sofort allen Betrieben zu gute. Durch zweckmäßige Organisation des Bezugs und Transports der Rohstoffe und Zentralisierung des Verkaufs der Produkte werden weitere Ersparnisse erzielt; an die Spitze der kartellierten Industrien werden die tüchtigsten Fachmänner und Techniker gestellt u. s. f.

In allen diesen Punkten können die deutschen Kartelle bisher keinen Vergleich mit den Trusts aushalten, und hierin liegt zweifellos eine große Gefahr für die deutsche Industrie. Durch ein Eingreifen des Staats zu dem Zwecke, die Konzentration in den wichtigsten in Betracht kommenden Industriezweigen zu beschleunigen und damit den amerikanischen Trusts ähnliche Gebilde zu schaffen, könnte diese Gefahr gemindert und so auch der Industrie selbst vom Staate ein wichtiger Dienst geleistet werden. Erhalten die unter Mitwirkung des Staats konzentrierten Industriezweige eine Organisation nach den vorhin angedeuteten Grundsätzen, so sind den neuen Riesenunternehmungen zugleich von vornherein die kapitalistischen Giftzähne ausgebrochen.

Nach dieser Richtung hin wird sich, wie ich hoffe, die spätere Entwickelung bewegen. Wir müssen suchen, über die jetzige Phase der Kartellbewegung hinauszukommen zu rationelleren Formen der industrielleren Organisation. Dagegen darf das Ziel nicht das sein, die Zustände vor der Aera der Kartelle wieder herstellen zu wollen. Diesem in der Vergangenheit liegenden Ideal streben aber diejenigen nach, welche die Kartellbildung durch zollpolitische Maßnahmen, Aufhebung oder wenigstens Ermäßigung der betreffenden Zollsätze, bekämpfen wollen. Auch viele, die im übrigen Anhänger der großkapitalistischen Entwicklung sind, zeigen sich gegenüber den Kartellen von einer kleinbürgerlichen Angst befallen. Sie wollen zwar den Großkapitalismus, aber einen Großkapitalismus ohne Kartelle, was mir ungefähr ebenso vorkommt, wie wenn man das Koalitionsrecht verlangt, aber die Arbeiterorganisationen bekämpft.

Darüber, daß man die Kartellbildung durch die Zollpolitik recht wirksam zu bekämpfen im stande ist, kann allerdings kein Zweifel sein. Verweigert man den kartellierten Industrien den Zollschutz, so macht man ohne Frage in vielen Industrien das Weiterbestehen der Kartelle, wenigstens zunächst, unmöglich. Allein diese Art, den Mißständen im Kartellwesen entgegenzutreten, steht ungefähr auf der gleichen Höhe, wie wenn man auf jedes Vergehen oder Verbrechen die Todesstrafe setzen wollte, wodurch man allerdings den, der sich vergangen, ein für allemal abhält, weitere Verbrechen zu begehen. Denn durch die Entziehung des Zollschutzes macht

man nicht nur vielfach die Existenz von Kartellen unmöglich, man gefährdet damit zugleich den Bestand ganzer Industriezweige. Die Waffe, welche der Zolltarif gegen die Kartelle an die Hand giebt, ist ein zweischneidiges Instrument. Die Zollsätze herabsetzen, um Kartellbildungen zu verhindern, heißt, wie in den Motiven zu dem österreichischen Kartellgesetzentwurf treffend bemerkt wurde, „um der Verhinderung zeitweiliger Ausschreitungen willen, die Blüte und den Bestand ganzer Industriezweige in Frage stellen und in die wünschenswerte Stetigkeit von Produktion und Handel eine sprunghafte Unsicherheit hineintragen."

Was immer wieder den Gedanken entstehen läßt, daß man die Kartelle auf dem Wege der Zollpolitik bekämpfen müsse, ist die Wahrnehmung, daß die Kartelle sehr häufig nach dem Auslande billiger verkaufen, als Inlande. In die lebhafte Entrüstung, mit der diese als „Verschleuderung der nationalen Güter" gebrandmarkte Preispolitik meist in der Presse beurteilt wird, vermag ich nicht ohne weiteres einzustimmen. Der Punkt, auf den es bei der Beurteilung des Falls hauptsächlich ankommt, ist der: würde es möglich gewesen sein, die nach dem Auslande exportierten Waren zu den gleichen Preisen noch im Inlande abzusetzen? Ist diese Frage zu bejahen, ist die Ausfuhr etwa nur erfolgt, um im Inlande dadurch, daß man ein kleineres Warenquantum auf den Markt brachte, die Preise hochhalten zu können, dann ist die Maßregel freilich volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Allein, daß dies im einzelnen Falle zutraf, muß erst bewiesen werden und ist nicht lediglich aus der Thatsache zu folgern, daß die Inlandspreise höher stehen als die Auslandspreise. Ist die vorhin gestellte Frage dagegen zu verneinen, würde es auch bei Herabsetzung der Preise auf das dem Auslande bewilligte Niveau nicht möglich gewesen sein, das exportierte Quantum im Inlande unterzubringen, so kann die Maßregel volkswirtschaftlich nicht ohne weiteres als schädlich bezeichnet werden. In diesem Falle wird es, wie Liefmann zutreffend ausführt, der die Frage der Auslandspreise schon in seiner ersten Veröffentlichung über die Kartelle („Die Unternehmerverbände", Freiburg i. B. 1897. S. 163 ff.) eingehend und m. E. von den richtigen Gesichtspunkten aus behandelt hat, „auch für die gesamte Volkswirtschaft immer noch vorteilhafter sein, wenn das überschüssige Quantum mit geringem und selbst ohne Gewinn ins Ausland verkauft wird, als daß es im Inland bleibt, Überproduktion, Krisen und Arbeiterentlassungen mit sich bringt und das ganze Wirtschaftsleben beunruhigt." Auch von den kartellierten Industrien sind aber eine ganze Reihe unbedingt darauf angewiesen, große Teile ihrer Produktion zu exportieren. Und daß sie das nicht thun, nur um die Preise im Inlande künstlich in die Höhe schrauben zu können, darauf deutet der Umstand hin, daß der Export nicht dann am meisten gepflegt wird, wenn die Inlandspreise am höchsten stehen, sondern in Zeiten, wo die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes nachläßt und daher auch im Inlande selbst die Preise zurückgehen. Das läßt sich z. B. an der Entwicklung des Exports der deutschen Eisenindustrie recht genau beobachten. Der Überschuß der Eisen-Ausfuhr über die Eisen-Einfuhr betrug

	in Tonnen	in Millionen Mark
1897	828 208	259,26
1898	1 102 322	290,07
1899	670 048	316,90
1900	565 446	342,20
1901	1 946 584	528,53

Wie sehr der Umschlag der Konjunktur die deutsche Eisenindustrie genötigt hat, auf die Steigerung ihres Exports bedacht zu sein, das tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man nur die Ziffern für die ersten sechs Monate der betreffenden Jahre vergleicht, weil die Wendung der Konjunktur gerade in der Mitte des Jahres 1900 eintrat. Der Ausfuhr-Überschuß betrug im ersten Halbjahre

	in Tonnen	in Millionen Mark
1898	606 610	151,91
1899	418 538	163,30
1900	242 074	165,20
1901	760 714	202,90
1902	1 371 132	267,97

Also von 1898 bis 1900 eine Abnahme der Menge der Ausfuhr, wenn auch ihr Wert etwas stieg, von 1900 bis 1902 eine schnelle Zunahme des Ausfuhrwertes und eine noch rapidere der Ausfuhrmenge. Der letztere Umstand läßt einerseits auf einen allgemeinen Preisrückgang der Eisenfabrikate, andererseits auf ein stärkeres Hervortreten der geringwertigen Waren bei der Ausfuhr schließen.

Im Hinblick auf die oben mitgeteilten Zahlen kann auch die „Frankfurter Zeitung" nicht umhin, die billigen Auslandspreise ausnahmsweise einmal gerechtfertigt zu finden — freilich nur in ihrem Handelsblatt; ich will ihr indessen daraus keinen Vorwurf machen, daß sie geradeso wie andere Blätter im Handelsteil manchmal andere volkswirtschaftliche Anschauungen vertritt wie im politischen Teil. Sie schreibt hierzu in Nr. 22 des laufenden Jahrgangs: „Aber auch in der starken Abstoßung von Eisen äußert sich die Ungunst der Zeit, denn nur gezwungen infolge Darniederliegens des heimischen Verbrauchs und ganz allmählich haben sich die Exporteure dazu entschlossen, einen so großen Teil ihrer schon ohnehin reduzierten Erzeugung auf den Auslandsmarkt zu werfen. Daß die Unterbringung so großer Mengen im Ausland nur unter sehr großen Opfern möglich war, ist bekannt. Aber wenn der Export zumeist auch nur geringen und in vielen Fällen überhaupt keinen Nutzen ließ, so ist unter den herrschenden Verhältnissen es doch freudig zu begrüßen, daß sich Abnehmer fanden, weil dadurch eine noch weitergehende Produktionseinschränkung vermieden, gleichzeitig eine Entlastung des heimischen Markts bewirkt und damit der Boden für eine Besserung der Verhältnisse vorbereitet wurde".

Das entscheidende Gewicht bei der Beurteilung der Frage der niedrigeren Auslandspreise, die übrigens keine von den Kartellen erfundene Einrichtung darstellen, sondern älter sind als letztere, ist darauf zu legen, ob durch den billigeren Verkauf nach dem Auslande bez. überhaupt das Hochhalten der inländischen Preise die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Gewerbe, die den fraglichen Artikel weiterverarbeiten, auf dem Weltmarkte beeinträchtigt wird. Wäre dies in irgendwie erheblichem Umfange der Fall, so würden es wiederum die Kartelle selbst sein, die davon den Hauptnachteil hätten. Denn ein Rückgang des Absatzes ihrer Abnehmer würde zugleich einen Rückgang ihres eigenen Absatzes bedeuten. Diese ihnen drohende Gefahr haben die Kartelle natürlich sehr bald erkannt und haben sie dadurch, und wohl größtenteils mit Erfolg, zu vermeiden gesucht, daß sie den abhängigen Gewerben für das zum Export bestimmte Waren-Quantum Ausnahme-Preise oder Ausfuhr-Unterstützungen bewilligten. Welchen Umfang das System der Exportbonifikationen bei den deutschen Kartellen bereits erlangt hat, und was für komplizierte Unterstützungseinrichtungen hierdurch geschaffen worden sind — die

Gewerbe der Fertigfabrikation erhalten unter Umständen gleichzeitig von drei bis vier Kartellen Ausfuhr-Vergütungen —, dafür finden sich bei Vogelstein (a. a. O., S. 75 ff.) interessante Angaben.

Im Hinblick auf diese Einrichtungen wird man die Anklage gegen die Kartelle, daß durch ihre Preispolitik der ausländische Absatz der ihre Erzeugnisse weiterverarbeitenden Gewerbe erheblich geschädigt worden sei, im Allgemeinen kaum aufrecht erhalten können. In der That verlegt auch Vogelstein die Anklage auf ein ganz anderes Gebiet (a. a. O., S. 84), indem er die Belastung, die den deutschen Konsumenten durch dieses System von privaten Ausfuhrprämien erwachse, in den Vordergrund stellt.

Hier möchte ich nun folgendes zu bedenken geben. Wenn man die von Vogelstein und in ähnlicher Weise auch von Lotz (z. B. in dem Vortrage: „Sonderinteressen gegenüber der Wissenschaft einst und jetzt", Heft 187 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen") beklagte Belastung des inländischen Konsums beseitigen will, so kann man dieses Ziel durch Übergang zum Freihandel wahrscheinlich zum großen Teil erreichen. Allein was würden die Wirkungen einer solchen Maßregel sein? Einmal muß dann sehr ernstlich mit der Gefahr eines absoluten Rückgangs des deutschen Exports in den betreffenden Industrien gerechnet werden, wofür es nicht leicht sein wird, in anderen Gewerben entsprechenden Ersatz zu finden. Tritt dieser Fall ein, so bedeutet er, daß so und soviel Arbeiter zunächst brotlos werden und, wenn es nicht gelingt, den Export der übrigen Industriezweige gleichzeitig genügend auszudehnen, schließlich auswandern müssen.

Wird aber der Rückgang des Exports in den jetzigen kartellierten Industrien glücklich vermieden, so entsteht die andere Frage: wer wird den Einnahme-Ausfall tragen, der durch den allgemeinen Rückgang auch der inländischen Preise dann entstehen wird. Wenn man glaubt, ihn durch technische Verbesserungen einbringen zu können, so übersieht man, daß andere Länder, die vielleicht günstigere natürliche Produktionsbedingungen besitzen, diese Verbesserungen uns bald nachmachen werden. Um den Einnahme-Ausfall wird man also nicht herumkommen. Ich fürchte nun, das Kapital wird nur den kleinsten Teil dieses Verlustes auf sich nehmen, zum größten Teil wird er auf die Arbeiter abgewälzt werden. Mit anderen Worten heißt das aber: die Arbeiter der Eisenindustrie, die sich jetzt im Durchschnitt relativ günstiger Arbeitsbedingungen erfreuen, würden dann auf das Lohnniveau etwa der Arbeiter der Textil- oder der Spielwaren-Industrie herabgedrückt werden. Auf diese Gefahr hat auch der sozialdemokratische Abgeordnete Calwer („Arbeitsmarkt und Handelsverträge", S. 17) mit den Worten hingewiesen: „Wo es den Fabrikanten eines Gewerbes nicht möglich ist, durch Kartelle und Syndikate den Inlandspreis zu regulieren, da liegt die Gefahr einer ungünstigen Beeinflussung des Lohnniveaus noch viel mehr im Bereich der Möglichkeit, als in Gewerben, wo die Inlandskonkurrenz einigermaßen beseitigt ist".

Professor Lotz (a. a. O., S. 15) unterscheidet in seinen Erörterungen hierüber bei dem deutschen industriellen Export zwei völlig verschiedene Typen. Den einen Typus bilden die Industrien, die ungefähr zu ähnlichen Preisen exportieren, wie die am deutschen Markt erzielten sind. Als Vertreter dieses Typus nennt er die Weberei, die Korb- und Spielwaren-Industrie, sowie die Maschinenindustrie. Den Export dieser Gruppe nennt er natürlichen Export. Ihm steht gegenüber der Typus der kartellierten Industrien und speziell derjenigen, die mit Ausfuhrvergütungen, öffentlichen oder privaten, exportieren (Zuckerindustrie, Eisenindustrie 2c.); den Export der zweiten Gruppe nennt er „subventionierten" Export.

Es scheint mir durchaus willkürlich zu sein, gerade den Export der zweiten Gruppe als subventioniert zu bezeichnen. Mit demselben Rechte könnte man auch den der ersten Gruppe als subventioniert auffassen, nur daß bei ihr die Subvention nicht von den Steuerzahlern oder von den Konsumenten, sondern von anderen wirtschaftlichen Personengruppen aufgebracht wird. Ganz eigenartiger Natur ist zunächst die Subvention, welche die Maschinenindustrie beim Export erhält. Wenn wir Maschinen und andere Produktionsmittel, etwa Gegenstände des Eisenbahnbedarfs ausführen, so liefern wir häufig unseren ausländischen Abnehmern nicht nur die betreffenden Waren, sondern wir liefern ihnen zugleich die Mittel, diese Waren zu bezahlen, oder mit anderen Worten: Maschinenexport ist vielfach nur ein anderer Ausdruck dafür, daß unser Kapital in immer steigendem Umfang im Auslande Anlage sucht. Ohne diesen Umstand würde unser Export von Maschinen und anderen Produktionsmitteln längst nicht die Bedeutung haben, die er jetzt besitzt, worauf ich aber in diesem Zusammenhange nicht näher eingehen kann. Bei den drei zuerst genannten Gewerben andererseits müssen in der Hauptsache die Arbeiter die Subvention aufbringen, indem sie sich mit unterdurchschnittlich ungünstigen Arbeitsbedingungen begnügen müssen und eben wegen der Erhaltung der Exportfähigkeit dieser Industrien auch keine Möglichkeit besteht, ihnen bessere Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Ich stehe durchaus nicht allein, wenn ich diesen Typus der Exportindustrie als von den Arbeitern subventioniert bezeichne, sondern folge damit nur dem Beispiele des Ehepaars Webb, das ebenfalls überall da von einer „Prämie" spricht, wo in einem Gewerbe Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und Ruhezeit, die der Unternehmer als Lohn gewährt, nicht ausreichen, um den durch die Arbeit veranlaßten Verbrauch von Nervenkraft und Gesundheit zu ersetzen. Beispiele dafür, daß thatsächlich in den genannten deutschen Gewerben die Aufrechterhaltung des Exports auf Kosten der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen der Arbeiter erfolgt, hat Calwer in seiner Schrift „Die Meistbegünstigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika" (Berlin, Bern 1902) mehrfach angeführt. Ich kann es unter diesen Umständen wirklich nicht als ein zu erstrebendes Ideal ansehen, daß durch eine Änderung der deutschen Handelspolitik in der Eisen-Industrie ähnliche Zustände hergestellt werden, wie wir sie jetzt in der Weberei, Korb- und Spielwaren-Industrie, Kleiderkonfektion usw. haben!

Ich möchte diese etwas lang geratenen Ausführungen über die Preispolitik der Kartelle mit der allgemeinen Bemerkung schließen, daß es immer leichter ist, das Leben zu meistern und zu kritisieren, als es wirklich zu verstehen. Wenn in einer Reihe von Ländern die Entwicklung des Wirtschaftslebens längere Zeit hindurch gleichmäßig nach derselben Richtung verläuft, obwohl die Gelehrten nicht müde werden, diese Entwicklung als widersinnig und vom nationalen Standpunkte aus bedenklich zu bezeichnen, so scheint mir die größere Wahrscheinlichkeit dafür zu sprechen, daß der Fehler auf der Seite der Gelehrten, nicht auf der der wirtschaftlichen Praxis liegt. Ich bin weit mehr geneigt, anzunehmen, daß der Verstand der Verständigen einmal irrt, beispielsweise durch Übersehen eines im realen Leben vorhandenen Umstandes seitens der Theorie, als daß die Praxis direkt wider die Interessen der Gesamtheit handelt. Ich glaube, daß im Großen und Ganzen, wenn auch einzelne Ausnahmen vorkommen mögen, die Völker in ihrer Wirtschaftspolitik gleichsam instinktiv das Richtige treffen, d. h. ihr diejenige Richtung geben, die den nationalen Interessen jeweilig am Meisten entspricht.

Auf unsere konkrete Frage angewendet, besagt dieses Prinzip: Es muß einen Umstand geben, der die Preispolitik der Kartelle, nach dem Ausland billiger zu verkaufen als im Inlande, auch vom nationalen Standpunkte aus gerechtfertigt erscheinen läßt. Und dieser Umstand liegt in der so gegebenen Möglichkeit, eine größere Bevölkerung im Inlande ernähren zu können. Das macht ja den Hauptunterschied zwischen Freihandel und Schutzzoll: Bei völligem Freihandel wird im Verhältnis zu dem in jedem Lande angewandten Kapital und zu der in ihm thätigen Arbeit das günstigste Ergebnis d. h. das größte Produkt erzielt. Der Staat hat aber nicht bloß ein Interesse daran, daß im Verhältnis zu dem Kapital und der Arbeit, die in seinem Bereich produktiv thätig sind, ein möglichst günstiges Resultat erreicht wird, sondern er hat weiter auch das allerlebhafteste Interesse an der Größe der Gesamtsumme von Kapital und Arbeit, die auf seinem Gebiete produktiv verwendet werden. Hier kommt nun aber in Betracht, daß keine Garantie dafür besteht, daß bei Freihandel die Gesamtsumme der produktiven Kräfte in einem Lande ebenso groß ist, wie bei Zollschutz. Entgegen der gegenteiligen Behauptung von Adam Smith, die trotz der Erfahrungen des letzten Jahrhunderts auch heute noch Gläubige findet, kann man als die Gesamtwirkung des Schutzsystems mit Lexis nämlich die bezeichnen, daß das Schutzsystem unter gewissen Umständen — nicht unter allen, das sei ausdrücklich zugestanden — „in dem geschützten Lande eine verhältnismäßig größere Summe von Arbeitskräften und Kapital konzentriert, als sich ohne künstliche Hilfsmittel dort vereinigt haben würde."

Wenn man aber einmal im nationalen Interesse dieses Ziel als berechtigt anerkennt, und nur ein extremer Individualist und kosmopolitischer Phantast wird unter den heutigen Verhältnissen diese Anerkennung verweigern wollen, dann darf man auch die Mittel, ohne die sich dieses Ziel nicht erreichen läßt, nicht gänzlich verwerfen. Das gilt insbesondere auch von der Politik der Kartelle, nach dem Auslande billiger zu verkaufen als nach dem Inlande. Man sollte diese Politik, so lange sie noch in so vielen Ländern geübt wird, nicht an sich bekämpfen, sondern nur dafür sorgen, daß mit ihr kein Mißbrauch getrieben werden kann. Wenn z. B. die Vorschläge für eine staatliche Regelung des Kartellwesens durchgeführt würden, wie sie oben gemacht wurden, dann wüßte ich wirklich nicht, was man vernünftigerweise noch gegen die zur Diskussion stehende Preispolitik der Kartelle einwenden könnte. Denn es wäre dann offenbar, daß Preisnachlässe im Auslande nur zugestanden werden würden, wenn sie nach der Lage der Dinge auf dem Weltmarkte unbedingt gemacht werden müßten. Und zugleich wäre Sicherheit dafür gegeben, daß von der kartellierten Industrie nur der landesübliche Gewinnsatz erzielt werden könnte, bez. daß, wenn diese Gewinnrate überschritten würde, der Überschuß nicht bloß dem Kapitale zufiele, sondern an ihm zu gleichen Teilen auch die Gesamtheit sowie die Arbeiterschaft beteiligt wären.

Woran wir leiden, das ist also in letzter Linie das, daß die Schutzzollpolitik nicht bloß die erstrebten nationalwirtschaftlich günstigen Wirkungen hat, sondern daß sich mit ihr noch Nebenwirkungen weniger erfreulicher Art verbinden oder wenigstens verbinden können. Diese Nebenwirkungen, die Gefahr der Bereicherung einzelner Bevölkerungsgruppen, sind das zugkräftigste Agitationsmittel gegen die Schutzzölle. Noch mehr als von den Industriezöllen gilt das von den Agrarzöllen. Der Widerstand gegen die Getreidezölle würde viel weniger heftig sein, wenn in Deutschland das Ideal der Bodenreformer verwirklicht und der gesamte Boden verstaatlicht wäre. Dann wäre klar, daß eine Erhöhung der

Getreidezölle nicht verlangt würde, um den Gutsbesitzern ein Geschenk zu machen, da ja die Hochhaltung bez. die Steigerung der Grundrente nicht privaten Besitzern, vielmehr dem Staate selbst zu Gute käme, sondern daß sie notwendig wäre, um den Getreidebau in seinem einmal erreichten Umfange zu erhalten. Solange dagegen das Privateigentum an Grund und Boden herrscht, wird der Schutz des Landwirtschaftsgewerbes nicht von dem des Grundbesitzes zu trennen sein. Diese Nebenwirkung liegt aber an sich nicht in der Absicht der Schutzzollpolitik, sondern sie ist vielmehr die Folge des Umstandes, daß die Schutzzollpolitik in einem Lande getrieben wird, dessen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln ruht. Und wer das Schutzsystem nur dieser Folgen wegen ablehnt, der bekämpft im Grunde nicht die Schutzzollpolitik, sondern die Grundlagen unserer heutigen Wirtschaftsverfassung, insbesondere das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Denn in unserer Gesellschaftsordnung lassen sich die nationalwirtschaftlich günstigen Wirkungen des Schutzsystems nun einmal nur durch das Medium einer Förderung der Interessen auch des Besitzes erreichen. Dadurch entsteht die schwierige Frage: Soll mit Rücksicht auf den letzteren Umstand auf die Schutzzollpolitik etwa ganz verzichtet werden? Ich möchte hierauf mit einem entschiedenen Nein antworten. Denn das würde heißen, daß man auch auf die nationalwirtschaftlich günstigen Wirkungen der Schutzzölle verzichten müßte. Dieses Verfahren liefe also darauf hinaus, die Förderung der nationalen Machtinteressen außer Acht zu lassen oder letztere sogar direkt zu schädigen, nur damit nicht zugleich eine Begünstigung bestimmter Sonderinteressen eintrete. Wer so handelt, der handelt einmal doktrinär und er stellt zum zweiten die Sonderinteressen einzelner Bevölkerungsklassen über das Gesamtinteresse der Nation. Das Machtinteresse der Nation, d. h. ihr Interesse daran, daß im Inlande eine möglichst große Bevölkerung die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz findet, geht aber allen anderen Interessen vor.

Es kann also nicht die Versagung des Zollschutzes selbst in Frage kommen, dieser muß vielmehr unter allen Umständen gewährt werden. Daneben aber entsteht zweitens die Aufgabe, einer mißbräuchlichen Ausnutzung desselben vorzubeugen. Und durch die früher gemachten Vorschläge habe ich ja gezeigt, daß ich zu diesem Zwecke auch vor weitgehenden Eingriffen in die Freiheit des Wirtschaftslebens und vor sehr erheblichen Änderungen der Grundlagen der heutigen Wirtschaftsordnung nicht zurückschrecke.

[4]) Auch durch Überproduktion im gewöhnlichen Sinne des Wortes, d. h. durch eine planlose, dem Bedarf weit vorauseilende Produktion können partielle Krisen hervorgerufen werden. Die Notlage, in der sich gegenwärtig beispielsweise solche Gewerbe wie die Zement-Industrie, die Fahrrad-Fabrikation und die elektrotechnische Industrie befinden, ist nicht bloß auf die Ungunst der allgemeinen Geschäftslage zurückzuführen, sondern hat ihre Ursache ganz wesentlich mit in der ungesunden, alle vernünftigen Grenzen weit überschreitenden Ausdehnung der Produktion, die in den letzten Jahren in diesen Gewerbezweigen stattgefunden hat. Für die Zement-Industrie z. B. wird im „Arbeitsmarkt" (Nr. 20 des laufenden Jahrgangs) angegeben, daß die Erzeugungsfähigkeit der 150 bis 160 in Deutschland bestehenden Fabriken rund 30 Millionen Faß betrage, während der inländische Verbrauch sich nur auf 14 Millionen Faß belaufe. Von 1895 bis 1900 soll sich nach sachkundiger Schätzung die Zahl der in Zementwerken beschäftigten Arbeiter von 30000 auf 35000 erhöht haben. Industriezweige, in denen man ohne

Rücksicht auf die Größe des Bedarfs, auf den man dauernd rechnen kann, die Produktionsanlagen so über alles Maß erweitert hat, werden von dem Eintritt allgemeiner Wirtschaftskrisen dann natürlich am heftigsten getroffen. Die allgemeinen Wirtschaftskrisen selbst werden indessen nicht durch eine solche „Unbedachtsamkeit" der Unternehmer hervorgerufen. Vielmehr hat Robbertus Recht, wenn er sagt („Das Kapital", S. 51), daß die Ursache der Handelskrisen nicht darin liegt, daß die Unternehmer ohne gegenseitige Kenntnis des Umfanges ihrer Produktion sind und sich leicht einmal in dem Maße eines bestimmten Warenbedarfs täuschen können, sondern daß Handelskrisen ganz anderer Art sind und aus einer tieferen Quelle fließen.

[*]) Zum Beweis dieses Satzes seien hier nur die bekannten Schilderungen wiederholt, die einerseits Rodbertus, andererseits Engels von dem Verlauf der Handelskrisen entworfen haben. Nach Rodbertus (Schriften von Dr. Carl Rodbertus-Jagetzow, Band III, S. 106) sind die äußerlichen Kennzeichen dieser wirtschaftlichen Weltplagen die folgenden: „Eine plötzliche Stockung des eben noch so blühenden Absatzes in den Hauptzweigen der Industrie, die sich bald auch allen übrigen Gewerben mitteilt; ein rasches Sinken aller Warenpreise, die noch vor kurzem so lohnend waren; eine bis zur Entwertung gehende Wertverringerung der produktiven Vermögen; eine fast allgemeine Unmöglichkeit, eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen; zahllose Bankerotte oder Zahlungseinstellungen; zeit- oder teilweise Beschränkung oder Einstellung der Produktion; Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern — das sind die in rascher Folge und Wechselwirkung sich äußernden Symptome von Erscheinungen, die das Kapital dezimieren und dem Arbeiter auch noch seine Lumpen rauben."

Ausführlicher ist die im ersten sozialen Brief an von Kirchmann gegebene Schilderung der Krisen, die von der Beobachtungsgabe Rodbertus' glänzendes Zeugnis giebt, da in ihr schon fast alle für den Verlauf der periodischen Krisen charakteristischen Symptome und Merkmale Erwähnung finden. „So viele solcher Krisen", so heißt es da (Schriften, Bd. III, S. 107—109), „bereits über die verkehrende Welt fortgegangen sind, sind doch alle von Umständen begleitet, deren Gleichartigkeit auf eine und dieselbe tiefliegende Ursache schließen läßt. Wie die Geschichte der Staatswirtschaft solche Katastrophen erst kennt, seitdem der allgemeine Frieden von 1815 den Nationen ihre ungeteilte Kraft den Schöpfungen der Industrie zuzuwenden gestattete und die großen gewerblichen Erfindungen der vorangehenden Dezennien in vollerem Maße sich geltend machen konnten; wie diese Katastrophen also erst eintraten, seitdem der Reichtum aller zivilisierten Nationen einen rascheren und von fremdartigen Einflüssen unbehinderten Aufschwung genommen hat, als je zuvor, so ist auch jede einzelne derselben auf eine hervorstechende Periode industrieller Blüte gefolgt. Allen ohne Ausnahme gingen Anzeichen voran, die gerade auf einen ungewöhnlichen Grad von Wohlstand schließen ließen. Jedesmal vorher standen die Warenpreise hoch genug, um ansehnliche Gewinne abzuwerfen; jedesmal mehrten sich die produktiven Unternehmungen in ungewöhnlicher Zahl oder hatten ihre Produktivität durch Einführung neuer Erfindungen erhöht; jedesmal war die Kapitalansammlung in steigendem Maße vor sich gegangen und der Zinsfuß gesunken; jedesmal floßen die Nationalbanken, die großen Geldbehälter der Gesellschaft, von Depositen und Baarschaften über; jedesmal hatte der Kredit eine Leichtigkeit gewonnen, die die Negoce von Millionen gestattete; jedesmal war der Arbeitslohn im Steigen gewesen und gewährte nach

jener entwürdigenden Ansicht, welche die Höhe desselben nur nach dem Lohnpunkt des notwendigsten Bedürfnisses bemißt, ein reichliches Auskommen. Und auf diese glänzende Höhe herab schmetterte jedesmal plötzlich der Blitz. Jene ganze Reihe sich entwickelnder Glückseligkeiten stürzte Glied für Glied rascher, als sie sich aneinander gesetzt hatte, wieder zusammen. Zuweilen hob der Verfall mit einem Anstoß des Kredits an, zuweilen mit bedeutendem Kapitalverlust, zuweilen mit einer Mißernte, am häufigsten mit dem allgemeinsten und durchgreifendsten in allen Krisen sich wiederfindenden Symptom, mit dem Sinken der Warenpreise. Der Absatz war gestockt. In seinen Kanälen hatten sich die Waren angehäuft, wie die Wassermasse eines Stromes vor dem thürmenden Eise aufschwillt."

Daß Rodbertus das entscheidende Merkmal der Krisen in der Absatzstockung sieht, betont er auch an einer anderen Stelle (Schriften, Bd. IV, S. 216): „Man gewahrt leicht", sagt er da, „daß jene Kette von Unglücksfällen, in denen die Handelskrisen bestehen, immer mit einer Stockung des Absatzes anhebt. Beachtet man letztere genauer, so erkennt man, daß eine Überfüllung des Marktes bloß mit einem Artikel, wie sie mitunter der Irrtum eines Spekulanten erzeugt, durchaus nicht vorliegt. Der Markt versagt vielmehr in allen Waren."

Noch bekannter ist die Schilderung der Krisen, die Engels („Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft." 4. Aufl., S. 35) gegeben hat: „Seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierten Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das baare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankerott folgt auf Bankerott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeple-Chase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Graben des Krachs. Und so immer von Neuem."

[6]) Wie sorgsam sind z. B. das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und das westfälische Kokssyndikat bemüht, rechtzeitig eine Einschränkung der Produktion anzuordnen, sobald die Aufnahmefähigkeit des Marktes nachläßt!

[7]) Dies hat z. B. Professor Dietzel speziell mit Bezug auf die gegenwärtige Wirtschaftskrisis in seinem am 17. März d. J. in Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrag gethan.

[8]) Eine Regulierung der Produktion lediglich in dem Sinne, daß der vorhandene Bedarf genau ermittelt und dafür gesorgt wird, daß sich die Produktion immer nach dem vorhandenen Bedarf richtet, vermag also die Krisen nicht zu beseitigen, wenn im übrigen die Grundlagen der heutigen Wirtschaftsordnung unverändert aufrecht erhalten bleiben.

[9]) Diese Frage enthält das eigentliche Krisenproblem. Denn nicht in der zeitweilig mangelnden Übereinstimmung von Produktion und Konsumtion liegt

der Hauptnachteil der Krisen, sondern darin, daß die Produktion nicht gleichmäßig mit dem Wachstum der Bevölkerung sich ausdehnt, vielmehr periodisch eine Abnahme zeigt. Die Frage nach der Entstehung der Krisen ist also gleichbedeutend mit der Frage nach der Ursache der Schwankungen in dem Gesamtbetrage der auf dem Markte vorhandenen Kaufkraft. Wie kommt es, daß in der modernen Volkswirtschaft der Gesamtbetrag der kauffähigen Nachfrage von Zeit zu Zeit erheblich wechselt, daß er eine Zeit hindurch schnell ansteigt, um darauf wieder abzunehmen, bis dann nach einer Periode relativen Stillstandes eine neue Zunahme eintritt, der nach einigen Jahren wiederum eine Abnahme folgt und sofort ins Unendliche? Im ganzen zeigt also die Entwicklung der Kaufkraft keine stetig ansteigende Linie, ihre Entwicklung vollzieht sich aber auch nicht so, daß in der Krisis die Summe der Nachfrage wieder auf den Betrag zurückginge, den sie aufwies, als die der Krisis vorangehende Periode des Aufschwungs begann, sondern die Bewegung der Kaufkraft zeigt das Bild einer mit gewissen Unterbrechungen ansteigenden Linie, d. h. im allgemeinen ist der Betrag der Kaufkraft im Wachsen begriffen, nur zeitweise macht die ansteigende Bewegung einem Rückschlag Platz, bei dem aber nicht alles wieder verloren geht, was in der Periode der Ausdehnung der Produktion und Konsumtion gewonnen worden ist.

Leider fehlt es nun an einem Maßstab, an dem man die im realen Wirtschaftsleben vorkommenden Schwankungen der Gesamtsumme der jährlichen Nachfrage mit Sicherheit statistisch messen könnte. Bestimmte einzelne statistisch faßbare Erscheinungen, deren Veränderungen die Entwicklung der Gesamtkaufkraft genau widerspiegelten, giebt es nicht. Auf die Unterbrechungen zu verweisen, welche z. B. die sonst regelmäßig zu beobachtende Zunahme der Kohlen- und Eisen-Produktion in gewissen Jahren zeigt — ich werde die betreffenden Zahlen später in anderem Zusammenhange anführen —, geht deshalb nicht an, weil der Rückgang oder wenigstens Stillstand der Produktion in diesen Gewerbezweigen ja eventuell ausgeglichen sein könnte durch eine gleichzeitig eingetretene besonders starke Steigerung der Nachfrage nach anderen Produkten. Aus dem gleichen Grunde kann auch aus dem Rückgang der Bierkonsums, der im deutschen Reiche in Krisenzeiten gewöhnlich zu beobachten war, nicht ohne weiteres auf eine Abnahme des Gesamtbetrags der Konsumkraft geschlossen werden.

Das relativ beste Mittel, um die Entwicklung der Gesamtproduktion und der Gesamtkonsumtion in einem Jahre zu beurteilen, geben immer noch die Erträgnisse gewisser Verkehrssteuern und die Eisenbahn-Einnahmen im Vergleich mit denen der vorangehenden Jahre. An der Hand dieser Zahlen kann man mit ziemlicher Sicherheit einen Rückschluß auf die größere oder geringere Lebhaftigkeit des ganzen Geschäftslebens in dem fraglichen Jahre ziehen. Insbesondere können die Ergebnisse der Wechselstempelsteuer als leidlich zuverlässiger Barometer dienen, um daran abzulesen, ob sich das Wirtschaftsleben im aufsteigenden oder im absteigenden Ast der geschäftlichen Bewegung befindet und wie rasch das Tempo des Aufschwungs oder des Niedergangs ist. Denn aus den Erträgnissen des Wechselstempels kann man den Betrag der in Umlauf gesetzten Wechsel berechnen. Der Betrag der in Umlauf gelangten Wechsel hängt aber wesentlich von der Menge der in einem Jahre umgesetzten Waren ab, sodaß die Gesamtsumme der Wechsel einen einheitlichen Ausdruck von wenigstens annähernder Richtigkeit für den Gesamtabsatz eines Jahres bildet. Mit Rücksicht hierauf seien nachstehend die Beträge der in den einzelnen Jahren von 1872 bis 1900 in Umlauf gelangten Wechsel mitgeteilt, wie sie die Reichsbank in

der anläßlich ihres 25 jährigen Bestehens veröffentlichten Schrift („Die Reichsbank 1876 bis 1900“, S. 362) auf Grund der Einnahmen aus dem Wechselstempel berechnet hat:

Jahr	Betrag der in Deutschland in Umlauf gelangten Wechsel	Durchschnittlich pro Kopf der Bevölkerung
1872	12865 Millionen Mark	312 Mark
1873	14120 „ „	340 „
1874	12675 „ „	302 „
1875	12984 „ „	305 „
1876	12374 „ „	287 „
1877	12361 „ „	283 „
1878	11257 „ „	255 „
1879	11300 „ „	253 „
1880	11558 „ „	256 „
1881	11954 „ „	263 „
1882	11998 „ „	262 „
1883	12265 „ „	267 „
1884	12201 „ „	263 „
1885	12060 „ „	258 „
1886	11826 „ „	251 „
1887	12065 „ „	253 „
1888	12198 „ „	253 „
1889	13206 „ „	271 „
1890	14020 „ „	285 „
1891	14606 „ „	294 „
1892	14284 „ „	284 „
1893	14585 „ „	287 „
1894	14748 „ „	287 „
1895	15241 „ „	293 „
1896	16386 „ „	311 „
1897	17529 „ „	328 „
1898	19374 „ „	357 „
1899	20937 „ „	380 „
1900	23304 „ „	417 „

In ähnlicher Weise gestatten die Betriebsüberschüsse der Eisenbahnen — weiter eventuell auch ihre Leistungen, namentlich im Güterverkehr — einen Rückschluß auf die allgemeine Lage des Wirtschaftslebens in dem betreffenden Jahre. Deshalb seien auch diese Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ hier noch mitgeteilt. Als kritische Jahre sind dabei diejenigen anzusehen, in denen die Betriebsüberschüsse, auf das Anlagekapital berechnet, einen Rückgang zeigen. Bei den vollspurigen deutschen Eisen- (Staats- und Privat-) bahnen betrug der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Ausgaben vom verwendeten Anlagekapital in %:

Betriebsjahr		Betriebsjahr	
1870	6,16	1875	4,68
1871	6,94	1876	4,45
1872	5,98	1877/78	4,26
1873	5,21	1878/79	4,25
1874	4,71	1879/80	4,28

Betriebsjahr		Betriebsjahr	
1880/81	4,44	1891/92	4,49
1881/82	4,54	1892/93	4,56
1882/83	4,80	1893/94	5,03
1883/84	4,61	1894/95	4,98
1884/85	4,60	1895/96	5,74
1885/86	4,42	1896/97	6,15
1886/87	4,66	1897,98	6,21
1887/88	5,17	1898/99	6,06
1888/89	5,40	1899/1900	6,12
1889/90	5,60	1900/01	5,91
1890/91	4,86		

Endlich giebt auch die Größe des mittleren Notenumlaufs der Notenbanken und speziell des ungedeckten Umlaufs einen guten Anhaltepunkt zur Beurteilung der allgemeinen geschäftlichen Lage eines Jahres. Die schnelle Zunahme des Notenumlaufs ist ein Anzeichen dafür, daß sich die Produktion schnell auszudehnen sucht, die Abnahme des Notenumlaufs umgekehrt drückt einen Rückgang oder Stillstand der Produktion aus. Bei den deutschen Notenbanken betrug nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" der Notenumlauf in Millionen Mark im Jahresdurchschnitt:

	Notenumlauf überhaupt	ungedeckter Notenumlauf
1879	866,601	182,455
1880	952,523	216,569
1881	958,288	240,800
1882	962,860	269,668
1883	950,475	212,548
1884	946,410	220,921
1885	944,308	224,518
1886	1022,261	203,852
1887	1078,714	177,526
1888	1149,109	120,266
1889	1206,312	209,047
1890	1196,976	276,763
1891	1179,387	169,010
1892	1194,019	150,048
1893	1158,320	186,655
1894	1173,629	107,431
1895	1273,799	124,675
1896	1261,611	240,042
1897	1266,370	264,186
1898	1306,827	319,805
1899	1322,203	359,867
1900	1313,855	362,294
1901	1345,436	294,404

Neben diesen hauptsächlich für die Beurteilung der allgemeinen Geschäftslage heranzuziehenden Daten giebt es noch viele andere, die man zu dem gleichen Zweck verwenden kann. Ein Teil von ihnen wird später zur Kennzeichnung der

Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens während der letzten 30 Jahre angeführt werden. Zum Schluß sei aber noch einmal betont, daß es eine Zahl, die als ein einheitlicher und exakter Ausdruck für die Gesamttendenz, von der das Wirtschaftsleben jeweils beherrscht ist, angesehen werden dürfte, im Grunde nicht giebt, sondern daß man sich das Gesamtbild des Wirtschaftslebens aus vielen einzelnen Thatsachen mühsam zusammensetzen muß. Wenn wir also auch keinen Apparat besitzen, mit dem wir die Schwankungen des Gesamtbetrags der Kaufkraft genau messen können, so kann doch kein Zweifel sein, daß solche Schwankungen thatsächlich vorkommen, daß bei allen Produktionszweigen gleichzeitig ein Rückgang des Absatzes eintreten kann. Um das zu erkennen, braucht man nur die Berichte der Handelskammern für bestimmte Jahre zu lesen. Da kehrt bei jedem Geschäftszweig übereinstimmend die Klage über das Nachlassen der Nachfrage wieder, wenn nicht etwa zufällig für den abnehmenden Absatz im Inlande neue Märkte im Auslande als Ersatz sich boten.

[10]) E. von Bergmann, die Wirtschaftskrisen. Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien. Stuttgart 1895. S. 152.

[10a]) Diese irrtümliche Vorstellung haben freilich manche Nationalökonomen geteilt. Durch ihre Annahme, daß die Periodizität der Krisen einer festen, im Voraus bestimmten Gesetzmäßigkeit unterliege, haben sie das Auftreten der Krisen als eine mystisch-dunkle Erscheinung hingestellt und damit in die Krisen etwas hineingeheimnißt, was gar nicht in ihnen liegt. Mit den verschiedensten Dingen hat man das periodische Wiederkommen der Krisen in Zusammenhang bringen wollen. Jevons hat ihre Periodizität sogar auf den Einfluß der Sonne zurückgeführt! Vgl. hierzu das Kapitel über die Lehren von der Periodizität der Krisen bei v. Bergmann, a. a. O. S. 235—260.

[11]) Eine genaue Einteilung der Gewerbe in solche, die Produktionsmittel, und in solche, die Konsumtionsmittel erzeugen, ist im praktischen Leben nicht durchführbar. Vielmehr geht hier alles durcheinander, d. h. die Herstellung von Kapitalgütern ist untrennbar mit der von Genußgütern verbunden, weil häufig ein und derselbe Gegenstand je nach dem Verwendungszweck, für den er bestimmt ist, sowohl Produktionsmittel als auch Konsumtionsmittel sein kann. Immerhin ist es aber doch möglich, die Gewerbegruppen, welche die deutsche Statistik unterscheidet, je nachdem, ob sie vorzugsweise Kapitalgüter oder Genußgüter herstellen, in zwei Hauptgruppen einzuteilen. Und da ergiebt sich denn, daß die Gewerbegruppen, die in die Abteilung Produktionsmittel-Erzeugung gehören, schneller zunehmen als diejenigen, die der Konsumtionsmittel-Erzeugung zugehören. Im deutschen Reich nahm beispielsweise von 1882—1895 die Zahl der in der Gewerbe-Abteilung Industrie, Bergbau &c. beschäftigten Personen im ganzen um 34,8 % zu („Statistik des deutschen Reichs. Neue Folge, Band 119, S. 19/20). Die Gewerbegruppen, die als der Hauptsitz der Kapitalgüter-Produktion anzusehen sind, standen meist über dem Durchschnitt für die gesamte Industrie, so die Metallverarbeitung mit 39,2, die Industrie der Steine und Erden mit 59,9, die chemische Industrie mit 60,5, die Maschinen-Industrie mit 63,6 und das Baugewerbe mit 96,0 %. Von den hierher gehörigen Gewerbegruppen blieb auffallenderweise nur die den Bergbau und das Hüttenwesen umfassende mit einer Zunahme von 24,7 % hinter dem Durchschnitt für die ganze Industrie zurück. Dabei ist aber zu beachten, daß die Gewerbezählung von 1882 in eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, die von 1895 dagegen in eine Zeit des wirtschaftlichen Stillstandes fiel. Gerade die

Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen hängt ja aber wesentlich mit von den Schwankungen der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur ab. In der ersten Hälfte der 90er Jahre ist die Zahl der Bergarbeiter in Deutschland nur sehr unbedeutend gestiegen, von 1891 bis 1895 nur von 416000 auf 430000, von 1895 dagegen bis 1900 stieg sie von 430000 auf 573000.

Während die Gewerbegruppen der Kapitalgüter-Produktion trotz dem zuletzt hervorgehobenen Umstand meist über dem Durchschnitt sich befinden, stehen die der Konsumtionsmittel-Erzeugung meist unter dem Durchschnitt. In der Textil-Industrie betrug nämlich die Zunahme der Zahl der gewerbthätigen Personen nur 9,1, in den Bekleidungs- und Reinigungs-Gewerben 10,4, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 27,4, in den künstlerischen Gewerben 29,2 und in der Leder-Industrie 31,9 %. Gerade ungefähr dem Durchschnitt entsprach mit 35,6 % die Zunahme in der Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette und Öle, von der man nicht recht weiß, ob man sie der ersten oder der zweiten Kategorie zurechnen soll, erheblich über dem Durchschnitt standen nur zwei der zur Konsumtionsmittel-Erzeugung gehörigen Gewerbegruppen, nämlich die Papier-Industrie mit 52,7 und die polygraphischen Gewerbe mit 82,7 %.

Großer Wert ist auf die Bestätigung der Thatsache, daß die Kapitalintensität der modernen Volkswirtschaft beständig wächst, durch die Ergebnisse der Gewerbezählungen überhaupt nicht zu legen. Denn die Behauptung, daß sich gegenwärtig das Verhältnis zwischen der Produktionsmittel- und der Konsumtionsmittel-Erzeugung beständig zu Gunsten der ersteren Produktionsabteilung verschiebe, beansprucht nur für die geschlossene Volkswirtschaft Geltung. Im wirklichen Leben kann infolge der internationalen Arbeitsteilung in einzelnen Ländern unbeschadet der Richtigkeit des eben aufgestellten Gesetzes die Entwickelung so verlaufen, daß die Gewerbegruppen, welche Güter für den menschlichen Konsum anfertigen,, schneller wachsen als die, welche Güter herstellen, die wieder im Dienste der Produktion verbraucht werden sollen. Und zwar wird dieser Fall dann eintreten, wenn der Export eines Industriestaats vorwiegend aus Gegenständen für den menschlichen Konsum besteht.

[12]) Ich halte diese Vereinfachung des Problems um so mehr für erlaubt, als Spiethoff in seinem lehrreichen und interessanten Vortrag „Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion" (Schmollers Jahrbuch, 26. Jahrg., 2. Heft) den Einfluß des anderen Faktors ausführlich untersucht hat. Die Resultate, zu denen Spiethoff bei seinen Untersuchungen gelangt, stimmen in allen wesentlichen Punkten mit den gleichzeitig von mir gefundenen Ergebnissen überein. Ich freue mich dieser Übereinstimmung, weil sie mir ein Anzeichen der Richtigkeit unserer Anschauungen zu sein scheint. Der Hauptunterschied zwischen Spiethoff und mir liegt darin, daß Spiethoff bei seinen Untersuchungen so gut wie ausschließlich nur die eine Ursache des Kapitalbedarfs, die wachsende Kapitalintensität der modernen Volkswirtschaft, berücksichtigt hat, während ich die andere Ursache des Kapitalbedarfs — die Ausdehnung der Produktion entsprechend der Zunahme der Bevölkerung — in den Vordergrund gestellt habe. Der Zusammenhang der Krisen mit der Bevölkerungsbewegung kommt bei Spiethoff m. E. nicht genügend deutlich zum Ausdruck, und das liegt wohl daran, daß er bei seinen Betrachtungen nicht davon ausgegangen ist, sich den Prozeß der regelmäßigen Erweiterung der Produktion, zu dem das Wachstum die Bevölkerung nötigt, zunächst einmal unabhängig von der besonderen Gestaltung, die ihm die gegenwärtige Gesellschaftsordnung

giebt, in seinen allgemeinsten Eigenschaften vorzustellen. Die einzelnen Abschnitte, in welche die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens in der modernen Volkswirtschaft zerfällt, und die charakteristischen Merkmale jedes einzelnen Abschnitts, hat dann Spiethoff aber vortrefflich dargestellt. Seine Arbeit bedeutet einen wesentlichen Fortschritt der Krisentheorie.

[18]) Hätte die Kapitalgüter-Produktion nur die Aufgabe, die nötigen Ersatzexemplare für die bei der Arbeit abgenutzten und verbrauchten Produktionsmittel zu liefern, so könnte aus dem Güterumsatz, dem Tauschverkehr, der alljährlich zwischen der Kapitalgüter- und der Genußgüterproduktion vor sich geht, niemals eine Störung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts hervorgehen. Denn die Produktionszweige, welche die für den menschlichen Konsum bestimmten Waren herstellen, wären dann in der Lage, von ihrem Produkt soviel abzugeben, um damit, vorausgesetzt, daß volkswirtschaftlich richtig produziert worden ist, den Produktionszweigen, welche Kapitalgüter hergestellt haben, ihre gesamte für den Verkauf bestimmte Produktion abzunehmen, da eben diese ganze Produktion erforderlich ist, um die Produktionsmittel zu ersetzen, welche in der Erzeugung von Konsumgegenständen im Laufe des Jahres vernutzt worden sind. In einem solchen volkswirtschaftlichen Zustande sind Krisen unmöglich, für ihn trifft die Lehre von der notwendigen Übereinstimmung des Gesamtumfangs der Produktion mit dem Gesamtumfang der Nachfrage zu, wie sie namentlich von Say und James Mill näher begründet worden ist. Diese Krisentheoretiker aus dem ersten Drittel des letzten Jahrhunderts kamen bei der Erörterung des Krisenproblems, den Erscheinungen des wirklichen Lebens zum Trotz, zu dem eigentümlichen Ergebnis, daß es allgemeine Krisen überhaupt nicht geben könne. Es sei gar nicht denkbar, daß die Produktion in allen Zweigen zugleich größer sei als der Konsum. Das Einkommen der Nation müsse stets so groß sein, um das gesamte Produkt zurückkaufen zu können. Sie bewiesen in einer scheinbar kaum zu widerlegenden Weise, daß ein Mißverhältnis zwischen der Gesamtproduktion und der Gesamtkonsumtion unmöglich sei, daß zwar von einzelnen, niemals aber von allen Waren zuviel produziert werden könne.

Der Fehler, der dieser Argumentation, welche die Existenz allgemeiner Wirtschaftskrisen ganz hinwegdisputieren will, zu Grunde liegt, ist folgender: Wenn man ausgesprochenermaßen oder, wie die genannten Krisentheoretiker es thaten, stillschweigend von einem als „stationär" angenommenen volkswirtschaftlichen Zustand ausgeht, dann läßt sich allerdings mit Leichtigkeit logisch zwingend beweisen, daß sich Gesamtproduktion und Gesamtkonsumtion stets quantitativ genau decken müssen, daß das Nationaleinkommen ausreichen muß, um das gesamte Nationalprodukt zurückzukaufen. Nur ist dieser angenommene stationäre volkswirtschaftliche Zustand nicht der, welcher die Verhältnisse des realen Wirtschaftslebens getreu wiederspiegelt. Die Beweisführung des Say und Genossen ist also nicht an sich falsch, sie baut sich aber auf unrichtig gewählten Prämissen auf. Die Gefahr bei der Anwendung der deduktiven Methode in der Nationalökonomie besteht ja überhaupt viel weniger darin, daß man aus den angenommenen Prämissen falsche Schlußfolgerungen zieht, als daß man von Prämissen ausgeht, die dem in der Wirklichkeit gegebenen Thatbestand nicht genau entsprechen, die entweder etwas hinzusetzen, was im Leben selbst nicht vorhanden ist, oder die umgekehrt etwas übersehen und weglassen, was thatsächlich existiert. In den letzteren Fehler sind die vorhin genannten Krisentheoretiker verfallen. Sie

haben die Frage unter der stillschweigend gemachten Voraussetzung erörtert, daß es sich um einen stationären Zustand der Volkswirtschaft handle, und daß infolgedessen in der Abteilung der nationalen Produktion, in welcher Kapitalgüter hergestellt werden, jährlich nur soviel produziert und Absatz suchend auf den Markt gebracht wird, als dem Betrag der gleichzeitig abgenutzten Produktionsmittel entspricht. Dabei ist aber außer Acht gelassen, daß in der modernen Volkswirtschaft ganz regelmäßig eine Produktion von Kapitalgütern über das eben angegebene Maß hinaus stattfindet und auch notwendig stattfinden muß, wenn sich die gesellschaftliche Entwicklung glatt und ohne schmerzhafte Störungen vollziehen soll. Die beiden Gründe, welche in jeder Volkswirtschaft eine relative Überproduktion an Kapitalgütern notwendig machen, sind schon im Texte näher dargelegt. Sie bestehen, kurz gesagt, darin, daß alle Volkswirtschaften sowohl quantitativ als auch qualitativ fortschreiten, d. h. daß einerseits die Bevölkerung regelmäßig wächst, und daß andererseits die Fortschritte der Produktionstechnik meist an die Bedingung geknüpft sind, daß ein immer größerer Teil der Volksarbeit der Herstellung von Produktionsmitteln gewidmet wird.

[14]) Die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser Maßregel in einem sozialistischen Staat würden in vielen Beziehungen ganz dieselben sein, wie sie das Sparen in der modernen Volkswirtschaft hervorruft. Denn die Anordnung der sozialistischen Zentralbehörde, daß mehr Kapitalgüter produziert werden sollen als zum Ersatz der gleichzeitig verbrauchten erforderlich sind, bedeutet im Grunde auch nur einen Ersparnisvorgang, — allerdings eine zwangsweise durchgeführte Ersparnis im Gegensatz zu der freiwilligen Sparthätigkeit in der heutigen Volkswirtschaft. Sie besagt nämlich, daß weniger Konsumtionsmittel hergestellt und infolgedessen auch weniger Konsumtionsmittel verzehrt werden dürfen als dies eigentlich möglich sein würde, so daß beispielsweise statt 60 nur 50 % der insgesamt verfügbaren Arbeitskräfte mit der Erzeugung von Konsummitteln beschäftigt werden. Während aber die Produktion von Konsummitteln eingeschränkt wird, bleibt die Zahl der Personen, unter welche das Nationaleinkommen verteilt wird, die gleiche, bez. sie wächst noch. Der auf den Einzelnen entfallende Anteil wird also mit anderen Worten durch diese Anordnung der Zentralbehörde vermindert. Auch der sozialistische Zukunftsstaat wird also im Gegensatz zu der Rodbertusschen Kapitaltheorie nicht um die Notwendigkeit herumkommen, zu „sparen“, wenn er die Produktion entsprechend der Bevölkerungszunahme erweitern oder den technischen Fortschritt durch Einführung neuer, kapitalintensiverer Produktionsmethoden fördern will.

In der modernen Volkswirtschaft wird, das sei hier nebenbei noch bemerkt, da meines Wissens bisher noch nirgends darauf hingewiesen worden ist, durch den Vorgang des Sparens auch eine scheinbare Vermehrung des Volkseinkommens hervorgerufen. Nach der Art und Weise, wie die Berechnung des Einkommens für die Zwecke der Einschätzung zur Einkommensteuer vorgenommen wird, kann es leicht vorkommen, daß ein und derselbe Einkommensbetrag zwei Mal gezählt wird, einmal bei dem ursprünglichen Bezieher des Einkommens und zum anderen bei dem, dessen Einkommen aus den von anderen gesparten Einkommensteilen besteht. Wenn jemand z. B. im Ganzen 100000 Mk. jährlich zu verzehren hat, davon aber nur 25000 Mk. für seinen eigenen Verbrauch ausgiebt und 75000 Mk. zurücklegt, so wird er — und das durchaus mit Recht — zur Einkommensteuer mit einem Einkommen von 100000 Mk. herangezogen. In Wirklichkeit braucht er von dem Anteil am Nationalprodukt, den er eigentlich für sich verlangen könnte, aber nur den vierten Teil. Die übrigen drei Viertel seines Anteils werden nicht von ihm selbst konsumiert,

sondern von den Unternehmern und Arbeitern, die neue zusätzliche Kapitalgüter für die Erweiterung oder Verbesserung der Produktionsanlagen herstellen. Letztere beziehen insofern kein ursprüngliches, sondern nur ein abgeleitetes Einkommen, wobei diese Ausdrücke allerdings in etwas anderer Bedeutung zu verstehen sind als in der, die sie gewöhnlich in der Nationalökonomie haben.

Indem nun selbstverständlich auch diese Personen ihr Einkommen versteuern müssen, wird ein und derselbe Einkommensbetrag, d. h. die Anweisung auf den gleichen Anteil am Ertrage der Güterproduktion, zwei Mal gezählt, wenn man die Größe des gesammten Volkseinkommens in der Weise berechnet, daß man einfach die Einkommen aller einzelnen Personen zusammen addiert. In Wahrheit ist das Volkseinkommen, d. h. der für die Konsumtion der laufenden Periode zur Verfügung stehende Gütersonds aber nicht so groß, wie es hiernach scheint, sondern etwas kleiner. Wenn man seine Größe genau ermitteln will, muß man von dem Betrage, der in der geschilderten Weise ermittelt worden ist, noch die Summe der jährlichen Ersparnisse abziehen. Bei der Größe, welche diese Summe in den modernen Kulturstaaten jährlich ausmacht, ist der Betrag, um den das Gesamtvolkseinkommen durch die jetzige Berechnungsweise künstlich vergrößert wird, schon recht erheblich. Das führt dann bei den Sozialisten und bei anderen Leuten leicht zu einer Überschätzung der Einkommenssumme, welche für eine gerechtere Verteilung zur Verfügung steht. Das Durchschnittseinkommen, das nach den Angaben der Statistik in den einzelnen Ländern auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, ist hiernach entsprechend zu korrigieren, d. h. herabzusetzen.

[15]) Wenn allerdings das gesparte Einkommen nicht in der gleichen Zeit auch produktiv ausgegeben wird, in der es zurückgelegt worden ist, dann wird auch der Gesamtbetrag des Konsums in einzelnen Perioden durch das Sparen vermehrt, oder mit anderen Worten, durch das Sparen entstehen dann die Schwankungen in dem Gesamtbetrage der auf dem Markte vorhandenen Kaufkraft, die das Wesen der periodischen Krisen ausmachen.

[16]) Zutreffend hervorgehoben bei Tugan-Baranowsky „Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England", z. B. S. 22 ff.

Dagegen ist von Manteuffel („Das Sparen. Sein Wesen und seine volkswirtschaftliche Wirkung." Jena 1900. S. 108) der Meinung, daß die Entstehung der Krisen vielfach auf die Unberechenbarkeit der Sparquote in den einzelnen Jahren zurückzuführen sei. „Die Entstehung der Krisen ist meines Erachtens vielfach auf die Schwierigkeit zurückzuführen, die ein Vorherberechnen des Bedarfs der Volkswirtschaft den Produzenten bietet. Durch das Sparen wird nun ein neues schwer bestimmbares Element in diese Berechnungen hineingetragen. Der Produzent kann nicht immer voraus bestimmen, wie hoch die jedesmalige Sparquote der Volkswirtschaft sein wird, und auch kleine Variationen derselben können seine Berechnungen zerstören. . . . Es ist hier aber nicht die Höhe, sondern die Unberechenbarkeit der Sparquote, die die richtige Anpassung der Produktion an an den Bedarf erschwert."

Hiergegen habe ich vor allem einzuwenden, daß das Wesen der Krisen gar nicht in der mangelnden Übereinstimmung zwischen Produktion und Bedarf besteht, sondern in der zeitweilig eintretenden Abnahme des Gesamtbetrags des Bedarfs. An dieser Erscheinung trägt aber nicht die Unberechenbarkeit der Sparquote, sondern der Umstand die Schuld, daß die gesparten Summen nicht immer in derselben Periode, in der sie zurückgelegt worden sind, auch produktiv ausgegeben werden.

[17]) Eine ungefähre Vorstellung davon, wie das Gedeihen der Gewerbezweige, die Konsumtionsmittel herstellen, von dem Beschäftigungsgrad in der Produktionsmittel-Erzeugung beeinflußt wird, mag die Angabe Naumanns („Neudeutsche Wirtschaftspolitik." Berlin-Schöneberg 1902. S. 29) geben, daß nach seinen auf die Gewerbezählung von 1895 sich stützenden Berechnungen auf 1 Million Metallarbeiter 8600 Schneider, 7500 Schuhmacher, 5600 Krämer, 4900 Gastwirte, 4500 Bäcker, 3500 Metzger usw. kommen.

[18]) Der Einfluß der Geschäftslage auf die Sterblichkeitsziffer läßt sich an der Bewegung der letzteren nicht deutlich verfolgen. Vielmehr hat sich in den letzten 30 Jahren die Tendenz zur Abnahme der Sterblichkeit mehrfach auch dann noch durchgesetzt, wenn die Erwerbsverhältnisse ungünstiger geworden waren und man eigentlich eine Zunahme der Sterblichkeit hätte erwarten sollen, so z. B. in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Dagegen spiegeln die Schwankungen in der Zahl der Eheschließungen die Auf- und Abwärtsbewegung des Wirtschaftslebens im großen und ganzen ziemlich getreu wieder. Ich habe deshalb nachstehend die jährliche Zahl der Eheschließungen den Betriebsüberschüssen der vollspurigen Eisenbahnen gegenüber gestellt. Es betrug

Jahr	die Zahl der Eheschließungen auf je 1000 Einwohner	der Betriebsüberschuß der Bahnen vom Anlagekapital
1870	7,7	6,16
1871	8,2	6,94
1872	10,3	5,98
1873	10,0	5,21
1874	9,5	4,71
1875	9,1	4,68
1876	8,5	4,45
1877	8,0	4,26
1878	7,7	4,25
1879	7,5	4,28
1880	7,5	4,44
1881	7,5	4,54
1882	7,7	4,80
1883	7,7	4,61
1884	7,8	4,60
1885	7,9	4,42
1886	7,9	4,66
1887	7,8	5,17
1888	7,8	5,40
1889	8,0	5,60
1890	8,0	4,86
1891	8,0	4,49
1892	7,9	4,56
1893	7,9	5,03
1894	7,9	4,98
1895	8,0	5,74
1896	8,2	6,15
1897	8,4	6,21
1898	8,4	6,06

Jahr	Zahl der Eheschließungen auf je 1000 Einwohner	Betriebsüberschuß der Bahnen vom Anlagekapital
1899	8,6	6,12
1900	8,5	5,91

Der Parallelismus in der Bewegung der beiden verglichenen Erscheinungen ist auffallend. Wenn in einzelnen Jahren die Bewegung zunächst nicht parallel zu verlaufen scheint, so ist dabei zu beachten, daß die Wirkung günstiger bezw. ungünstiger Erwerbsverhältnisse auf die Zahl der Eheschließungen sich nicht immer sofort, sondern oft erst in den nächstfolgenden Jahren fühlbar macht.

Ungemein schwierig ist es, den Einfluß der Hausse- und der Depressionsperioden auf die Bewegung der Kriminalität festzustellen. Es ist hier oft kaum möglich, den Einfluß der allgemeinen Lage des Wirtschaftslebens von dem anderer Faktoren, wie vor allem von dem der Getreidepreise, zu trennen. Das führt dann leicht dazu, daß die Bedeutung des einen Faktors überschätzt, die des anderen dagegen unterschätzt wird. Dieser Versuchung scheint mir z. B. Berg in seiner Studie über „Getreidepreise und Kriminalität in Deutschland seit 1882" (Berlin 1902) erlegen zu sein. Er führt die Bewegung der Kriminalität in Deutschland seit 1882 zu einseitig auf die Gestaltung der Getreidepreise zurück, ohne näher zu untersuchen, ob sich die Bewegung der hierbei besonders in Betracht kommenden Diebstahls-kriminalität zum größten Teil nicht ebenso gut auch aus der Gunst bezw. Ungunst der allgemeinen Erwerbsverhältnisse erklären lassen würde. Meines Erachtens ist das in der That der Fall. Das Sinken der Diebstahlskriminalität Ende der 80er Jahre fällt zusammen mit einem geschäftlichen Aufschwung, ihr Steigen in den Jahren 1891 und 1892 mit einer wirtschaftlichen Depression. 1895 und 1896, als eine neue Hausseperiode einsetzt, sinkt auch die Diebstahlskriminalität wieder. Die Lage des Wirtschaftslebens vermag auch ferner die Entwicklung der Kriminalität in den Jahren zu erklären, in denen die Erklärung aus der Bewegung der Getreidepreise versagt. Von 1889 auf 1890 geht die Diebstahlskriminalität zurück, obwohl die Getreidepreise steigen.

Dieser Punkt ist von Berg nicht genügend beachtet worden, auch hat er sich die Widerlegung der hier vertretenen Annahme zu leicht gemacht (S. 27). Für das Jahrzehnt nach dem deutsch-französischen Krieg giebt allerdings auch er zu, daß damals die Vermögensdelikte wiederholt bei steigender Preistendenz abnahmen und andererseits beim Billigerwerden des Getreides zunahmen. Das sollen aber nach ihm Ausnahmefälle sein. Besondere Umstände hätten damals das Erwerbsleben in einer Weise beherrscht, daß neben seinen Wirkungen auf die Kriminalität für den Einfluß der Getreidepreise kein wesentlicher Raum geblieben sei. „Die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade dieses Jahrzehnts waren aber auch einzig in ihrer Art, selten folgte einem so stolzen Aufschwung ein so tiefer und verhängnisvoller Sturz, keine Krise des 19. Jahrhunderts hat stärker, allgemeiner und nachhaltiger gewirkt. Nur eine singuläre Lage vermochte die übliche Harmonie zwischen den Bewegungen der Getreidepreise und der Vermögensdelikte zu stören" (a. a. O., S. 26). Gegenüber der Behauptung Bergs, daß der Parallelismus zwischen Getreidepreisen und Vermögens-Kriminalität die Regel und der Einfluß der allgemeinen Geschäftslage nur die Ausnahme sei, ist aber doch zu fragen, ob der Zeitraum, aus dessen Beobachtung Berg seine Schlußfolgerungen abgeleitet hat, (1882 bis 1898) wirklich lang genug ist, um die eine Erscheinung als die Regel und die andere als die Ausnahme hinstellen zu können.

Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Berg weist überzeugend nach, daß der zweite Punkt, in dem sich nach der von verschiedenen Autoren vertretenen Ansicht der Einfluß der Getreidepreise auf die Kriminalität äußern soll, nämlich daß zu Zeiten sinkender Getreidepreise die Delikte gegen die Person häufiger werden und umgekehrt eine Abnahmetendenz zeigen, sobald die Preise steigen, für den von ihm untersuchten Zeitraum nicht zutrifft. Dieser Zusammenhang soll dadurch vermittelt werden, daß niedrige Getreidepreise eine Zunahme des Wirtshausbesuchs und des Alkoholkonsums veranlassen, wodurch wieder leicht eine Zunahme der Schlägereien, Körperverletzungen xc. hervorgerufen wird. Berg stellt demgegenüber fest, daß der Bierkonsum unabhängig von der Bewegung der Getreidepreise sich entwickelt hat.

Das ist vollkommen richtig, allein Berg übersieht dabei etwas anderes. Zwischen der Bewegung des Bierverbrauchs und derjenigen der Delikte gegen Person, Staat xc. scheint mir allerdings an sich ein Zusammenhang zu bestehen. Die Bewegung beider Größen ist gegenwärtig eine fast konstant ansteigende. Nur selten wird die Aufwärtsbewegung durch einen Stillstand oder einen direkten Rückgang unterbrochen. Das Auffallende ist nun, daß die Jahre, in denen der Bierverbrauch pro Kopf keine Zunahme oder sogar eine Abnahme erfährt, in dem von Berg untersuchten Zeitraume mehrfach auch eine Unterbrechung des Wachstums der Delikte gegen Person, Staat, öffentliche Ordnung usw. zeigen, wie die nachstehenden Zahlen ergeben:

	Bierkonsum pro Kopf der Bevölkerung in Litern.	Verurteilt wegen Verbrechen gegen die Person, sowie gegen Staat, öff. Ordnung und Religion auf 100000 strafmündige Einwohner.
1882	84,8	503
1883	87,5	514
1884	90,0	566
1885	88,8	570
1886	94,5	595
1887	97,9	607
1888	97,5	587
1889	105,8	595
1890	105,8	614
1891	105,5	609
1892	107,8	639
1893	108,5	691
1894	106,9	721
1895	115,7	736
1896	115,8	753
1897	123,0	744
1898	124,1	751

Die im Großen und Ganzen übereinstimmende Bewegung des Bierverbrauchs und der hier betrachteten Delikte ist aber nicht vermittelt durch die jeweilige Höhe der Getreidepreise, sondern durch die allgemeine Lage des Wirtschaftslebens. Die Jahre, in denen der Bierkonsum und übereinstimmend damit die Nichtvermögenskriminalität zurückgehen oder wenigstens nicht so schnell zu nehmen wie sonst, sind solche, in denen sich das deutsche Wirtschaftsleben, wie z. B. 1885 und 1891, in einer ausgesprochenen Depression befand. Wenn sich in diesem Punkte der Einfluß

der allgemeinen geschäftlichen Lage auf die Kriminalität ziemlich deutlich offenbart, dann darf man m. E. auch bei der Bewegung der Diebstahls- und überhaupt bei der Vermögenskriminalität nicht alles auf Rechnung des einen Faktors der Getreidepreise setzen wollen, sondern muß daneben den Einfluß der Gunst oder Ungunst der Erwerbsverhältnisse mehr berücksichtigen als dies Berg gethan hat.

Zusammenfassend können wir also sagen: in Krisenzeiten besteht inbezug auf die Vermögenskriminalität eine Zunahmetendenz, inbezug auf die übrige Kriminaliät dagegen eine Abnahmetendenz. Doch können natürlich beide Tendenzen durch den Einfluß von Faktoren, die gleichzeitig in der entgegengesetzten Richtung wirken, mehr oder weniger vollständig aufgehoben werden.

[19]) Um den Einfluß der Entwicklung der Kohlenproduktion auf die Bewegung der Arbeitslöhne darzuthun, seien hier die durchschnittlichen Jahres-Schichtlöhne eines Kohlenhauers im Oberbergamtsbezirk Dortmund (Festschrift zum achten Allgemeinen deutschen Bergmannstag, den 11.—14. Sept. 1901, S. 191) mit der mittleren Belegschaft der deutschen Steinkohlenbergwerke nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich verglichen. Es betrug

	der durchschnittliche Schichtlohn eines Hauers im Oberbergamtsbezirk Dortmund	die mittlere Belegschaft im deutschen Steinkohlenbergbau
1872	4,50 Mark	162172
1873	5,00 „	178867
1874	4,00 „	185504
1875	3,80 „	183823
1876	3,00 „	182428
1877	2,56 „	168761
1878	2,66 „	168068
1879	2,55 „	170509
1880	2,70 „	178799
1881	2,79 „	186335
1882	3,01 „	195958
1883	3,15 „	207577
1884	3,08 „	214728
1885	3,04 „	218725
1886	2,92 „	217581
1887	2,93 „	217357
1888	2,96 „	225452
1889	3,42 „	239954
1890	3,98 „	262475
1891	4,08 „	283227
1892	3,87 „	289415
1893	3,71 „	290632
1894	3,73 „	299627
1895	3,75 „	303937
1896	3,90 „	316513
1897	4,32 „	336174
1898	4,55 „	357695
1899	4,84 „	378575
1900	5,16 „	413693

[20]) „Der Arbeitsmarkt", 5. Jahrgang, Nr. 14, S. 264.

[21]) Wie die gegenwärtige freiheitliche Wirtschaftsverfassung auch bei günstigster Geschäftslage und bei zweckmäßiger Organisation der Arbeitsvermittlung immer eine gewisse Zahl von Arbeitslosen aufweisen wird, wie man ein bestimmtes Maß von Arbeitslosigkeit nur dann beseitigen kann, wenn man auch an den Grundprinzipien der heutigen Wirtschaftsordnung, dem Recht auf freie Berufswahl, auf Freizügigkeit ꝛc., Änderungen vornimmt, wird zutreffend hervorgehoben von Rauchberg, die Berufs- und Gewerbezählung im deutschen Reich vom 14. Juni 1895. Berlin 1901, S. 186 Anmerkung.

Wie groß nun freilich das Maß von Arbeitslosigkeit ist, das eine immanente Erscheinung unserer Wirtschaftsordnung ist, unter das die Arbeitslosigkeit auch in den für die Arbeiter günstigsten Zeiten nicht sinkt, — und dieses Maß ist natürlich selbst auch eine variable Größe —, darüber wissen wir nichts. Jedenfalls dürfen wir es uns nach dem Ergebnis der Erhebungen des Jahres 1895 nicht sehr groß vorstellen. Denn die Zahl der in diesem Jahre, in dem die günstige geschäftliche Konjunktur der letzten Jahre erst leise einsetzte, ermittelten Arbeitslosen betrug nach Abzug der durch Krankheit verursachten Arbeitslosigkeit im Sommer 179004 = 1,10 % der Gesamtarbeiterzahl und im Winter 553640 = 3,4 % der Gesamtarbeiterzahl. Dabei schwankte im Sommer bei einem Dritteil und im Winter sogar bei rund 43 % der Arbeitslosen die Dauer der Arbeitslosigkeit am Zählungstage zwischen 1 und 14 Tagen. Eine Arbeitsunterbrechung bis zur Dauer von 14 Tagen bei einem Stellenwechsel kann aber noch gar nicht als eigentliche Arbeitslosigkeit bezeichnet werden. Sollte es zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit kommen, so würde eine Karenzzeit von 14 Tagen wohl das Mindeste sein, was man den Arbeitslosen auferlegt, ehe sie Ansprüche an die Versicherungskasse erheben können. In den Jahren 1896 bis 1899/1900 werden sich dann die Verhältnisse inbezug auf die Arbeitslosigkeit noch wesentlich günstiger gestaltet haben, denn erst in diesen Jahren erreichte die letzte Periode des geschäftlichen Aufschwungs ihren Höhepunkt. Daß die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit noch weiter zurückgegangen ist, können wir daraus erschließen, daß nach den Ergebnissen der an die Statistik des Arbeitsmarktes angeschlossenen Arbeitsnachweise von 1896—1899 das Verhältnis zwischen gesuchten und angebotenen offenen Stellen sich immer mehr zu Gunsten der Arbeitsuchenden verschoben hat. Im Jahre 1896 kamen auf je 100 offene Stellen noch 135,3 Arbeitsuchende (Dr. Jastrow, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. III. Folge, 16. Bd, S. 301). In den nächsten Jahren gestaltete sich das Verhältnis stetig günstiger für die Arbeitsuchenden, und im Jahre 1899 befand sich die Zahl der Arbeitsuchenden mit der Zahl der angebotenen freien Stellen sogar ziemlich im Gleichgewicht, woraus auf eine erhebliche Abnahme der Arbeitslosigkeit, wie sie 1895 für das deutsche Reich festgestellt worden war, zu schließen ist. Die für die Arbeitslosenzählungen im Jahre 1895 gewählten Stichtage (14. Juni und 2. Dezember) können allerdings nicht als diejenigen angesehen werden, in denen die regelmäßig jedes Jahr wiederkehrende Arbeitslosigkeit in den Saisongewerben ihr Maximum erreicht, und ergeben insofern wohl ein zu günstiges Bild. Über die Ergebnisse der beiden amtlichen Arbeitslosenzählungen von 1895 s. Statistik des deutschen Reichs, Neue Folge, Bd. 111, S. 245 ff.

[22]) Daß die Entwicklung der Einkommensverhältnisse in der modernen Volkswirtschaft unter Umständen in einzelnen Jahren auch einmal eine direkte Abnahme

des Gesamteinkommens derjenigen Gesellschaftsklassen ergeben kann, in deren Händen unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorzugsweise die Kapitalakkumulation liegt, zeigen die nachstehenden Zahlen über die Entwicklung des Gesamteinkommens in Preußen und Sachsen nach Einkommensquellen.

In Preußen betrug von 1892/1900 bei den Zensiten mit Einkommen über 3000 Mk. in Millionen Mark das Einkommen aus

	Kapitalvermögen	% des Gesamt-Einkommens	Grundvermögen	in %	Handel, Gewerbe, Bergbau	in %	gewinnbring. Beschäftigung	in %
1892	892	27,6	755	23,4	983	30,5	594	18,4
1893	887	27,7	746	23,3	960	30,0	615	19,2
1894	888	27,6	742	23,1	954	29,7	633	19,7
1895	904	27,7	739	22,7	963	29,5	660	20,2
1896	912	27,1	755	22,4	1019	30,2	685	20,3
1897	943	26,5	785	22,0	1106	31,1	729	20,5
1898	996	25,9	816	21,3	1206	31,4	818	21,3
1899	1081	26,1	867	20,9	1304	31,5	892	21,5
1900	1141	25,67	921	20,7	1418	31,9	964	21,7

In Preußen hat also von 1892 auf 1893 das Einkommen aus Kapitalvermögen, ferner das aus Grundvermögen, sowie auch dasjenige aus Handel, Gewerbe und Bergbau eine Abnahme erfahren, die sich bei der zuletzt genannten Einkommensart noch ein weiteres Jahr und bei dem Einkommen aus Grundvermögen sogar noch um zwei weitere Jahre fortgesetzt hat. Hierin kommt der Einfluß der Depressionsperiode, in der sich das deutsche Wirtschaftsleben zu Beginn der 90. Jahre befand, deutlich zum Ausdruck. Auch im Königreich Sachsen tritt uns in dieser Zeit die Erscheinung einer, wenn auch viel weniger bedeutenden Abnahme des Einkommens einer besitzenden Klasse entgegen. Von 1891 auf 1892 geht in Sachsen das Einkommen aus Handel und Gewerbe oder kurz gesagt, der Unternehmergewinn, von 517,2 auf 516,5 Millionen Mark zurück. In Wahrheit wird der Rückgang 1892 noch viel beträchtlicher gewesen sein, denn diese Art des Einkommens wird in Sachsen auf Grund des in den letzten drei Jahren erzielten Reingewinnes berechnet. Das ungünstige Ergebnis für 1892 ist also schon verbessert durch die günstigeren Ergebnisse der vorhergegangenen beiden Jahre. Von 1883 auf 1884 ist außerdem das Einkommen aus Grundbesitz etwas zurückgegangen.

Die Entwicklung des Einkommens nach den Hauptquellen im Königreich Sachsen von 1879 bis 1900 ergiebt sich aus folgender Tabelle:

	Grundbesitz	Renten	Gehalt u. Löhne (in Millionen Mark)	Handel u. Gewerbe	Gesamt-Eink.
1879	218,239	111,713	364,651	350,380	1044,983
1880	222,212	115,511	379,866	353,395	1070,983
1881	225,229	122,681	403,142	360,441	1111,494
1882	229,468	128,595	422,404	370,832	1151,229
1883	233,292	134,656	450,107	378,135	1196,190
1884	233,250	142,468	464,714	395,243	1235,675
1885	236,689	151,295	492,014	407,555	1287,553
1886	240,563	157,647	520,769	418,042	1337,020
1887	242,490	162,065	552,387	429,913	1386,855
1888	247,452	167,846	583,812	443,776	1442,885

	Grundbesitz	Renten	Gehalt u. Löhne (in Millionen Mark)	Handel u. Gewerbe	Gesamt-Eink.
1889	255,088	177,628	618,605	467,517	1518,837
1890	262,743	187,077	665,072	495,977	1610,869
1891	270,686	199,873	701,085	517,283	1688,926
1892	277,028	205,467	714,007	516,494	1712,997
1893	283,398	213,552	738,024	520,864	1755,839
1894	287,106	220,300	771,290	527,780	1806,475
1895	288,839	229,090	800,365	541,267	1859,561
1896	293,281	237,206	850,638	561,857	1942,982
1897	299,890	250,188	912,794	596,105	2058,976
1898	307,133	263,050	971,827	625,517	2167,527
1899	318,051	275,657	1041,211	652,766	2287,684
1900	329,236	288,781	1103,235	681,970	2403,221

[23]) Von dieser Summe werden auf Preußen etwa 1,2 bis 1,6 Milliarden entfallen. Vergleicht man hiermit das Anwachsen der Sparkassenguthaben in Preußen, so kommt man zu dem Schluß, daß die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung, die ihre Ersparnisse doch wohl so gut wie ausschließlich bei den Sparkassen einzahlen, zu der Gesamtsumme der jährlichen Ersparnisse in Preußen nur etwa $^1/_8$ bis $^1/_5$ beitragen. Denn der Gesamtbetrag der Guthaben bei den preußischen Sparkassen stieg nach den Angaben im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ von 1885 bis 1890 um rund 200 und von 1890 bis 1898 um rund 250 Millionen Mark jährlich. Und dabei besitzen bekanntlich auch viele Angehörige der wohlhabenden Schichten für sich selbst oder für ihre Kinder Sparkassenbücher.

[24]) Über die Berechnungen Calwers s. „Handel und Wandel“. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Jahrgang 1901, S. 17. Die Angaben über die Steigerung des Arbeitsverdienstes der Bergarbeiter sind entnommen aus: Vogelstein. Die Industrie der Rheinprovinz 1888—1900. S. 95.

[25]) Oder die Arbeiterklasse müßte die Lohnerhöhung nicht zu einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung, sondern ausschließlich zu einem verstärkten Sparen benutzen — wohl ein sehr unwahrscheinlicher Fall! Sagte doch schon Roscher treffend, daß jede erzwungene Steigerung des Lohnes von einer sparenden Klasse nimmt und einer nicht sparenden giebt. Ich bin übrigens darauf gefaßt, daß gegen diese Ausführungen der Vorwurf erhoben wird, sie bedeuteten einen Versuch, das längst abgethane „eherne Lohngesetz“ Lassalles wieder zu beleben. Um diesen Einwand von vornherein zu entkräften, möchte ich die beiden Punkte betonen, durch die sich die im Texte vorgetragene Lohntheorie himmelweit von dem ehernen Lohngesetz Lassalles entfernt. Nach Lassalle soll der Lohn angeblich danach streben, immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert zu bleiben, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist, sodaß er, wenn er einmal über dieses Niveau sich gehoben hat, möglichst schnell wieder zu ihm zurückzukehren sucht. Ich dagegen spreche bloß davon, daß für Lohnsteigerungen, die nicht eine Folge des Wachstums der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit sind, sondern die sich auf Kosten des Kapitalgewinnes vollziehen, im allgemeinen die Regel gilt: Wie gewonnen, so zerronnen! Und diese Wirkung lasse ich nicht dadurch eintreten, daß ich, wie Lassalle, eine Neigung der Arbeiter annehme, jede Verbesserung ihrer Lage mit einer schnelleren Vermehrung zu beantworten, sondern nach meiner Anschauung genügt schon eine Vermehrung der

Arbeiterbevölkerung in dem bisherigen oder ev. sogar schon einem noch geringeren Maße, um die Tendenz hervorzurufen, daß Lohnsteigerungen, die auf Kosten des Kapitalgewinnes erzielt worden sind, wieder verloren gehen. Dabei behaupte ich durchaus nicht etwa, daß die Arbeiterbevölkerung durch ihre schnelle Vermehrung die Schuld an dem bald wieder eintretenden Lohnrückgang trage. Von einer Schuld kann überhaupt keine Rede sein. Es handelt sich lediglich darum, daß die beiden Größen, die sich in gleichem Tempo weiter entwickeln müssen, wenn der einmal erreichte Zustand dauernd behauptet werden soll, dann den Parallelismus ihrer Bewegung verlieren. Ob man die Ursache hiervon in dem zu schnellen Wachstum der Bevölkerung oder in der zu langsamen Zunahme der Kapitalansammlung sehen will, ist ziemlich willkürlich. Der entscheidende Umstand ist der, daß ein Mißverhältnis in der Entwicklung beider Größen eingetreten ist. Dieses Mißverhältnis muß beseitigt werden, wenn ein neuer volkswirtschaftlicher Gleichgewichtszustand hergestellt werden soll, und das geschieht eben dadurch, daß die Löhne sinken, der Anteil des Kapitalgewinnes am Nationaleinkommen dagegen steigt, wodurch die Kapitalansammlung wieder ein schnelleres Tempo erhält.

Hieraus folgt zugleich, daß heute zwischen Kapitalisten und Arbeitern eine gewisse Interessenharmonie besteht. Es liegt, wenn man im übrigen die Grundlagen der heutigen Wirtschaftsordnung aufrecht erhält, und wenn man eine an Bevölkerung stetig wachsende Volkswirtschaft voraussetzt, durchaus im Interesse der Arbeiter, daß die Kapitalisten einen möglichst großen Teil ihres Einkommens kapitalisieren, statt ihn für Zwecke der Luxuskonsumtion zu verwenden. Darauf scheint mir überhaupt die volkswirtschaftliche Berechtigung der großen Einkommen in der heutigen Volkswirtschaft zu beruhen, daß sie die bequeme Möglichkeit geben, beträchtliche Teile des Nationaleinkommens zu kapitalisieren. Und das wieder gewährt die Möglichkeit, die Produktion der wachsenden Bevölkerung entsprechend auszudehnen, ohne daß im Gefolge hiervon ein Rückgang der Produktivität der Arbeit eintritt. Denn man wolle doch nicht übersehen, daß diejenigen Familien, welche am meisten dazu helfen, daß die Volkszahl wächst, in der Regel nichts dazu beizutragen im Stande sind, daß die vermehrte Bevölkerung die Produktionsmittel erhält und vorfindet, mit denen sie die Produktion ihres Bedarfs in einer dem jeweiligen Stande der Technik entsprechenden Weise beginnen kann!

Enthält die von mir im Text entwickelte Lohntheorie auch durchaus kein Bekenntnis zu dem ehernen Lohngesetz Lassalles, so enthält sie freilich in gewissem Sinne ein solches zu der Lohnfondstheorie der klassischen Nationalökonomie. Es war m. E. ein Fehler, die Lohnfondstheorie als vollkommen irrig abzulehnen und sie darum gänzlich aus der Nationalökonomie zu verbannen. In der Lohnfondstheorie steckte vielmehr ein richtiger Gedanke, den man lieber hätte herausschälen sollen, anstatt das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es würde indessen hier zu weit führen, wenn ich zeigen wollte, worin mir die Lohnfondstheorie Recht zu haben scheint, inwiefern sie also bei der Aufführung eines nationalökonomischen Lohngebäudes einen brauchbaren Baustein abgeben kann. Ich behalte mir das für eine spätere Arbeit vor.

[26]) Das wird freilich von denen geleugnet werden, die wie Zwiedineck-Südenhorst („Lohnpolitik und Lohntheorie mit besonderer Berücksichtigung des Minimallohnes", Leipzig 1900, S. 186) die Ansicht Roschers, daß durch Lohnsteigerungen einer sparenden Klasse genommen und einer nicht sparenden gegeben wird, für ein „Vorurteil" halten oder die der Meinung sind, daß gegenwärtig die Kapitalansammlung

überhaupt in viel größerem Umfange stattfindet als die Bedürfnisse der Volkswirtschaft es eigentlich verlangen. Diese Anschauung hat dadurch besondere Bedeutung erlangt, daß sich Herkner in seinem Artikel über Krisen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften zu ihr bekannt hat. Nach Herkner wird, abgesehen von anderen Ursachen, eine pathologische Disposition unseres Wirtschaftskörpers auch dadurch hervorgerufen, daß eine beständige Überkapitalisation stattfindet. „Die Kapitalisierung erfolgt nicht mit Rücksicht auf die Kapitalbedürfnisse der Volkswirtschaft, sie entspringt vielmehr dem Verwertungsbedürfnisse des Kapitals selbst, dem Streben der Kapitalisten, mittels dieser Ersparnisse ihr Vermögen und Einkommen zu erhöhen. Der thatsächliche Kapitalbedarf der Volkswirtschaft braucht nun keineswegs mit dem Kapitalverwertungsbedürfnisse der Kapitalisten zu harmonieren. Sind etwa durch Kriege oder Elementarereignisse große Kapitalien zerstört worden oder ist infolge neuer Erfindungen (Eisenbahnen, Maschinen, Elektrotechnik) ein erhöhtes Kapitalbedürfnis entstanden, dann ist die Übereinstimmung vielleicht gegeben, ja es reicht das heimische Kapital gar nicht aus. Der Zinsfuß steigt und ruft unbeschäftigtes Kapital aus dem Ausland herbei. Dieser Zustand bildet in den hochentwickelten Kulturstaaten aber die Ausnahme. In der Regel übersteigen die zur Kapitalisierung bestimmten Teile des Volkseinkommens den Kapitalbedarf der Volkswirtschaft ganz erheblich."

Gegen die Herknersche Behauptung einer fast beständigen Überkapitalisation in der modernen Volkswirtschaft habe ich vor allem folgendes einzuwenden: Gewiß ist es richtig, daß die Sparer bei ihrer Sparthätigkeit sich nicht nach dem thatsächlichen Kapitalbedarf der Volkswirtschaft richten, sondern sich von dem Streben leiten lassen, ihr Vermögen zu vergrößern und ihr Einkommen zu erhöhen. Allein gilt dasselbe, was Herkner von der Kapitalisierung behauptet, nicht auch ganz allgemein von der Produktion in der modernen Volkswirtschaft? Die Unternehmer richten sich bei der Produktion nicht direkt nach der Größe des Gesamtbedarfs, die ihnen meist ganz unbekannt ist, sondern auf die Größe des Bedarfs schließen sie aus einem anderen Umstande, aus der Differenz, die zwischen ihren Produktionskosten und den Verkaufspreisen besteht, die sie erzielen können. Wächst diese Differenz, so halten sie das für ein Anzeichen wachsenden Bedarfs und erweitern demgemäß die Produktion, wird die Differenz dagegen kleiner oder verschwindet sie ganz, so sucht man die Produktion einzuschränken. Gerade dadurch aber, daß die Unternehmer ihre Produktion in dieser Weise nach der Höhe des Gewinnes bemessen, der sich beim Einkauf der Waren erzielen läßt, wird eine Übereinstimmung der Produktion mit dem Bedarfe herbeigeführt. Ganz ähnlich verhält sich die Sache auch bei der Kapitalbildung: Wie durch das Steigen der Warenpreise dort, wo zu wenig produziert worden ist, eine verstärkte Erzeugung veranlaßt und durch das Sinken der Preise da, wo eine Überproduktion stattgefunden hat, eine Einschränkung der Produktion hervorgerufen wird, so spielt bei der Kapitalbildung die gleiche Rolle, die dort das Sinken und Steigen der Warenpreise übernommen hat, die Veränderung des Preises der Kapitalnutzung, des Zinsfußes. Durch das Sinken und Steigen des Kapitalzinses wird immer wieder ein Ausgleich zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage geschaffen. So lange der Zinsfuß noch nicht auf ein Minimum gesunken ist und überhaupt nicht einmal beständig eine Tendenz zum Sinken zeigt, sondern wie bisher immer noch Perioden steigender und sinkender Tendenz des Zinsfußes mit einander abwechseln, kann man nicht davon sprechen, daß das Kapitalangebot die Kapitalnachfrage

immer übertreffe. Wächst doch die Kapitalnachfrage sofort erheblich mit jeder Ermäßigung des Zinsfußes. Diese Momente hat Herkner bei seiner Annahme einer fast ununterbrochenen Überkapitalisation in der modernen Volkswirtschaft nicht genügend berücksichtigt, und ich finde die Kritik, die von Manteuffel (a. a. O. S. 68 ff.) an der Krisentheorie Herkners geübt hat, daher vollkommen zutreffend.

Ein scheinbar sehr sicheres Fundament findet die Überkapitalisationstheorie Herkners in der Thatsache, daß die mittel- und westeuropäischen Kulturstaaten regelmäßig jedes Jahr große Kapitalbeträge ausführen, um sie im Auslande anzulegen. Die Thatsache dieses Kapitalexports, an der nicht zu zweifeln ist, scheint ein unwiderleglicher Beweis dafür zu sein, daß in den alten Industriestaaten die jährlichen Ersparnisse der Nation den Kapitalbedarf der Volkswirtschaft erheblich übersteigen. Allein wenn man die Kapitalanlagen, welche die alten Industriestaaten jetzt im Auslande machen, auf diese Weise deutet, so begeht man denselben Fehler, den Kautsky machte, als er aus der Thatsache, daß das Einkommen der englischen Kapitalisten schneller gewachsen ist, als das der englischen Arbeiter, den Schluß einer relativen Verelendung der letzteren ziehen wollte. Man übersieht dabei nämlich, daß Großbritannien, Deutschland, Frankreich usw. infolge ihres exportindustriellen und exportkapitalistischen Charakters schon längst keine geschlossenen Volkswirtschaften mehr sind, sondern erst mit gewissen Teilen des Auslandes zusammen ein wirtschaftlich sich selbst genügendes Ganzes, eine wirkliche Volkswirtschaft darstellen.

Versetzen wir uns einmal zurück in die Periode der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, in der jede Stadt mit dem sie umgebenden Landbezirk ein in der Hauptsache wirtschaftlich sich selbst genügendes Gebiet bildete! Wenn damals aus der Stadt Kapital auf das Land ausgeliehen wurde, konnte man deshalb davon sprechen, daß die Kapitalisierung den Kapitalbedarf der Volkswirtschaft übersteige? Genau so aber scheint mir die Sache zu liegen, wenn die westeuropäischen alten Kulturstaaten den jungen Kolonialländern, von denen sie Lebensmittel und Rohstoffe beziehen, Kapital zum Ausbau ihres Eisenbahnnetzes und zur Erweiterung ihrer Produktion darleihen. Wer das leugnet, der übersieht eben, daß England, Deutschland usw. jetzt zu einem erheblichen Teil Exportindustriestaaten sind, d. h. Fabrikate im Austausch für Lebensmittel und Rohstoffe an das Ausland liefern, infolgedessen aber eigentlich auch erst mit den betreffenden ausländischen Staaten zusammen eine wirkliche Volkswirtschaft bilden. Die Kapitalausfuhr, die sich außerdem nur selten in der Form von Bargeld, sondern gewöhnlich in der von Waren (Maschinen, Eisenbahnschienen usw.) vollzieht, ist also kein Beweis für das Vorhandensein einer beständigen Überkapitalisation in der modernen Volkswirtschaft, und daher ist auch die Herknersche Erklärung der Krisen aus einer Überkapitalisation zu verwerfen.

[27]) In dem Artikel „Überproduktion“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., Bd. VII, S. 244.

[28]) Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers. Tübingen 1878. 3. Bd., S. 446.

[29]) Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. Übersetzt von W. Loewenthal. 1. Bd. S. 349. Über Turgot s. von Bergmann, a. a. O. S. 25.

[30]) Schon Rodbertus hatte richtig beobachtet, daß den Perioden der industriellen Blüte immer eine Zeit sinkenden Zinsfußes vorangeht (Schriften, Bd. III, S. 108). Daß dieser Satz auch für die deutsche Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts gilt, mag die nachstehende Tabelle zeigen, in der ich die Jahresdurchschnittssätze des Reichsbankdiskonts und des Privatdiskonts an der Berliner Börse dem

durchschnittlichen ungedeckten Notenumlauf der deutschen Notenbanken in den einzelnen Jahren gegenübergestellt habe. Die Jahre, in denen der ungedeckte Notenumlauf anfängt zuzunehmen, mit anderen Worten also das Wirtschaftsleben in eine Periode des Aufschwungs eintritt, sind regelmäßig auch solche niedrigen Zinsfußes. Das zeigt sich 1879/80, 1886/89, 1892/95. Die Zahlen über die Bewegung des Reichsbankdiskonts und des Privatdiskonts an der Berliner Börse sind dem Buche entnommen: „Die Reichsbank 1876—1900", S. 395. Es betrug der jährliche Durchschnittssatz des

Jahr	Reichsbankdiskonts	Privatdiskonts an der Berliner Börse	ungedeckten Notenumlaufs der deutschen Notenbanken
1876	4,160 %	3,042 %	— Mill. Mark
1877	4,420 „	3,170 „	— „ „
1878	4,340 „	3,065 „	— „ „
1879	3,700 „	2,604 „	182,455 „ „
1880	4,240 „	3,038 „	216,569 „ „
1881	4,420 „	3,502 „	240,800 „ „
1882	4,540 „	3,890 „	269,668 „ „
1883	4,047 „	3,078 „	212,548 „ „
1884	4,000 „	2,902 „	220,921 „ „
1885	4,118 „	2,853 „	224,518 „ „
1886	3,279 „	2,164 „	203,852 „ „
1887	3,408 „	2,304 „	177,526 „ „
1888	3,324 „	2,107 „	120,266 „ „
1889	3,676 „	2,626 „	209,047 „ „
1890	4,517 „	3,779 „	276,763 „ „
1891	3,776 „	3,019 „	169,010 „ „
1892	3,203 „	1,799 „	150,048 „ „
1893	4,069 „	3,171 „	186,655 „ „
1894	3,117 „	1,742 „	107,431 „ „
1895	3,139 „	2,013 „	124,675 „ „
1896	3,656 „	3,038 „	240,042 „ „
1897	3,806 „	3,084 „	264,186 „ „
1898	4,267 „	3,548 „	319,805 „ „
1899	5,036 „	4,450 „	359,867 „ „
1900	5,333 „	4,405 „	362,294 „ „
1901	4,099 „	3,06 „	294,404 „ „

[31]) Die betreffenden Zahlen für England s. bei Tugan-Baranowsky, a. a. O. S. 122 und 150. Wie in Deutschland die Bewegung der Roheisenpreise parallel den großen Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens verlaufen ist, zeigen die nachstehenden Zahlen. Es kostete pro 1000 kg in Mark

	deutsches Gießerei-Eisen ab Werk Breslau	bestes deutsches Gießerei-Eisen ab Werk Düsseldorf
1879	56,2	62,6
1880	72,9	87,1
1881	62,3	73,3
1882	69,5	75,0
1883	63,6	72,9

	deutsches Gießerei-Eisen ab Werk Breslau	bestes deutsches Gießerei-Eisen ab Werk Düsseldorf
1884	60,3	65,7
1885	56,6	58,4
1886	51,3	51,9
1887	54,2	54,9
1888	58,0	57,4
1889	65,0	70,8
1890	74,4	83,6
1891	54,8	71,2
1892	52,6	65,5
1894	52,5	62,0
1894	50,3	62,8
1895	49,2	63,7
1896	57,5	65,3
1897	61,7	67,0
1898	61,6	67,3
1899	75,5	81,6
1900	90,7	101,4
1901	—	76,9

Ebenso wie die Eisenpreise richten sich auch die Preise mehrerer anderer wichtiger Metalle und ferner auch die Kohlenpreise ziemlich genau nach den Schwankungen der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur. In der nachstehenden Tabelle gebe ich eine Übersicht über die Preisbewegung der wichtigsten hier in Betracht kommenden Artikel seit 1879. Nach den Angaben im „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich", die sich auf Großhandelspreise beziehen, betrug der Jahresdurchschnittspreis in Mark bei

Jahr	Mansfelder Kupfer 1 dz (Berlin)	Blei 1 dz (versch. deutsche Marken) (Berlin)	Banka-Zinn 1 dz in Blöcken 2% Dt. (Hamburg)	gutes schlesisches Zink 1 dz ab Hütte (Breslau)	gestürzte Stück-Export-Steinkohle 1000 kg ab Werk (Dortmund)
1879	133,4	30,7	157,0	31,9	7,6
1880	149,1	33,4	188,9	33,8	8,3
1881	140,6	30,9	201,0	30,8	7,9
1882	146,8	29,8	227,0	31,8	7,8
1883	141,3	26,9	208,8	28,9	7,5
1884	125,6	23,1	184,9	27,4	7,2
1885	106,5	23,4	193,2	26,4	7,2
1886	93,4	26,8	219,0	26,6	6,7
1887	—	25,7	241,7	28,4	6,3
1888	160,1	28,6	264,7	35,4	6,4
1889	118,5	27,3	203,5	38,3	9,3
1890	129,8	28,1	204,1	45,1	12,9
1891	119,5	26,2	196,9	45,0	11,5
1892	107,4	23,1	201,1	40,5	9,2
1893	101,6	21,3	192,0	33,6	8,2
1894	90,3	20,8	154,2	29,9	9,0

Jahr	Mansfelder Kupfer 1 dz (Berlin)	Blei 1 dz (versch. deutsche Marken) (Berlin)	Banka-Zinn 1 dz in Blöcken 2% Dt. (Hamburg)	gutes schlesisches Zink 1 dz ab Hütte (Breslau)	gestürzte Stück-Export-Steinkohle 1000 kg ab Werk (Dortmund)
1895	98,8	22,3	137,3	28,3	9,0
1896	105,9	24,4	128,7	31,6	9,4
1897	107,2	26,1	130,0	33,9	9,7
1898	114,0	27,5	150,1	39,5	10,0
1899	160,4	32,1	254,7	48,1	13,6
1900	160,2	37,1	278,7	39,5	14,0
1901	154,9	27,8	248,3	33,0	—

[37]) Die Ursache des Umschlags der Hausse- in eine Depressionsperiode sehe ich also darin, daß die Ersparnisse der Nation nicht mehr ausreichen, um die gleichzeitig neu hergestellten Kapitalgüter zu bezahlen. Der Gesamtbetrag der Ersparnisse braucht dabei nicht geringer geworden zu sein als früher, obwohl an sich auch dieser Fall vorkommen kann, aber die Produktionsmittel-Erzeugung hat einen Umfang angenommen, der nicht mehr im rechten Verhältnis steht zu den Mitteln, die für die Bezahlung der neu produzierten Kapitalgüter zur Verfügung stehen. Es ist also, kurz gesagt, der zu große Kapitalbedarf der Industrie, der die Periode des geschäftlichen Aufschwungs zunächst zum Stillstand bringt und sie schließlich in eine Periode des Niedergangs verwandelt.

Wie für frühere Perioden, so gilt dieser Satz insbesondere auch für die letzte Krisis im deutschen Wirtschaftsleben, für die Störungen, die seit der Mitte des Jahres 1900 eingetreten sind.

Indem ich diese Ansicht ausspreche, stelle ich mich in den schärfsten Gegensatz zu den Anschauungen, die in dem Buche von Rudolph Eberstadt „Der deutsche Kapitalmarkt" (Leipzig 1901) vorgetragen werden.

Eberstadt will in seinem Buche die Ansicht widerlegen, die, wie er nachweist, von vielen Seiten vertreten wird, daß es die großen Kapitalansprüche der deutschen Industrie gewesen seien, welche die Krise der letzten Jahre veranlaßt hätten. Die herrschende Ansicht, die z. B. auch der Handelsminister Möller sich zu eigen gemacht hat, ist ja allerdings die, daß die Kapitalansammlung in Deutschland noch nicht so rasch erfolge, wie die industrielle Thätigkeit es eigentlich erfordere, und daß daher nichts übrig bleibe, als das Tempo der Ausdehnung der industriellen Produktion zu verlangsamen.

Diese Ansicht hält Eberstadt für grundfalsch, und sein Buch hat die Aufgabe, den Beweis hierfür zu erbringen. Um nachzuweisen, daß nicht die Industrie es ist, welche die größten Ansprüche an den Kapitalmarkt stellt, untersucht er für das Jahr 1899 einzeln der Reihe nach die Gebiete, welche seiner Meinung nach Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt haben. Er unterscheidet dabei drei Hauptgruppen des Wirtschaftslebens, welche angeblich Ansprüche an den Kapitalmarkt machen, und berechnet die Ansprüche derselben auf S. 235 in folgender Weise.

1. Der Kapitalreinanspruch der Börsenemissionen des Jahres 1899 beträgt, nach Abzug der Abteilung Grund und Boden, nach seiner Berechnung 1832 Millionen Mark. Diese Summe verteilt sich in folgender Weise: Industrie, Handel und Verkehr 668,4, Banken 299,9, Verbände des öffentlichen Rechts 629,6 Millionen, das Ausland 233,8 Millionen Mark. Unter dem „Kapital-

reinanspruch" versteht Eberstadt dabei denjenigen Kapitalbetrag, den bei einer Emission der Kapitalsucher selbst wirklich empfängt, also unter Ausschluß dessen, was in den Händen der die Emission vermittelnden Kreditinstitute hängen bleibt.

2. Der zweite Faktor, der nach Eberstadt Ansprüche an den Kapitalmarkt stellt, ist die Spekulation. Eine Gesamtziffer über die Größe des Kapitalbedarfs für Spekulationszwecke giebt Eberstadt nicht an, er sucht aber für das Gebiet der Bergwerks- und Hütten-Unternehmungen nachzuweisen, daß die Spekulation zur Durchführung ihrer Zwecke, d. h. für die Steigerung der Kurse der Montanpapiere mehr Kapital erfordert habe, als der Kapitalreinanspruch der betreffenden Industrie selbst betragen habe, und scheint dieses Resultat für typisch zu halten.

3. Der dritte Zweck, für den nach Eberstadt Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt werden, ist die Kapitalisierung des Grund und Bodens. Hierfür waren nach ihm 1899 mindestens 3700 Millionen Mark erforderlich, von denen 1900 Millionen allein auf die Verzinsung der stehenden Verschuldung entfielen.

Aus diesen Zahlen zieht Eberstadt dann den Schluß, daß die Schwäche des deutschen Kapitalmarktes, seine Unfähigkeit, zu produktiven Zwecken das nötige Kapital aufzubringen, durch die Ansprüche der Spekulation und der Bodenverschuldung zu erklären sei, welche seines Erachtens unbedingt vor allen anderen Kapitalansprüchen befriedigt werden müssen.

Gegen diese ganze Berechnung ist nun aber, abgesehen von allen Ausstellungen im Einzelnen, sofort ein schwerwiegender prinzipieller Einwand zu erheben, nämlich der, daß Eberstadt von dem Kapitalmarkt, dessen Verhältnisse er darlegen will, keine richtige und klare Vorstellung hat. Sowohl inbezug auf das, woraus sich das Angebot, als auch inbezug auf das, woraus sich die Nachfrage auf dem Kapitalmarkt zusammensetzt, hat Eberstadt ganz irrige Anschauungen. Seine Irrtümer sind also, wie so oft Irrlehren in der Nationalökonomie — darüber haben schon Say und John Stuart Mill geklagt —, auf den Mangel einer völligen Beherrschung der Elementarbegriffe zurückzuführen. Ist aber die Wurzel des Baumes von Fäulnis ergriffen, dann darf man sich nicht wundern, wenn er keine gesunden Früchte trägt.

Die grundlegenden Irrtümer Eberstadts sind vor allem folgende: Was zunächst das Angebot auf dem Kapitalmarkte betrifft, so besteht dieses aus der Summe der jährlichen Ersparnisse einer Nation, d. h. den Summen, welche von den Einkommensbeziehern nicht für ihre Konsumtion ausgegeben, sondern zurückgelegt, gespart, kapitalisiert werden. Das ist der Schatz, an den nun von der Industrie, den Banken, dem Staat, der Gemeinde Ansprüche gestellt werden. Aus dieser Quelle schöpfen die Kapitalbegehrer. Eberstadt läßt dagegen dem Kapitalmarkt auch Beträge zufließen, von denen wir gar nicht wissen, ob überhaupt und in welchem Umfange sie kapitalisiert werden. Nachdem er berechnet hat (a. a. O., S. 44), wieviel Kapital i. J. 1899 speziell die Montan-Industrie durch die vorgenommenen Betriebs-Erweiterungen und Neugründungen dem Markte entzogen hat, fügt er hinzu, daß die Montan-Industrie durch das vermittelst der Dividenden einfließende Kapital allein dem Markte schon wieder eine erhebliche größere Summe zugeführt habe, als der Ausfluß für die Zwecke der Industrie betragen habe. Wir sind aber doch durchaus nicht ohne weiteres berechtigt anzunehmen, daß der Gesamtbetrag der Dividenden, den eine Industrie jährlich ausschüttet, dem Kapitalmarkte zugeführt, d. h. kapitalisiert wird. Die erteilten Dividenden gehören zunächst zum Nationaleinkommen, und wir wissen absolut nichts Genaueres darüber, wieviel

von dem Dividenden-Einkommen konsumtiv verwendet und wieviel kapitalisiert wird. Der Umfang, in dem das eine oder andere geschieht, hängt wesentlich von der Verteilung des Aktienbesitzes ab.

Ebenso wie Eberstadt über das Angebot auf dem Kapitalmarkte falsche Vorstellungen hat, berechnet er auch die Beträge, die dem Kapitalmarkte durch die Kapitalnachfrage entzogen werden, in irriger Weise. Das tritt besonders da hervor, wo er die Ansprüche berechnet, welche angeblich durch die Kapitalisierung des Grund und Bodens gestellt werden. Er unterscheidet da zwei Posten, 1. die Kapitalbeträge, welche für die Verzinsung, und 2. diejenigen, welche für die Vermehrung der Bodenschulden jährlich aufzubringen sind. Den ersteren Posten berechnet er für Deutschland auf mehr als 1900 Millionen Mark jährlich. Es ist aber von vornherein klar, daß dieser Betrag gar nicht hierher gehört, denn die Zinsen, welche für die Hypothekenschulden jährlich aufzubringen sind, werden nicht aus den Ersparnissen, sondern aus dem Einkommen einer Nation bezahlt. Ein Anwachsen der Hypothekenzinsen bedeutet nicht wachsende Ansprüche an den Kapitalmarkt, sondern eine veränderte Verteilung des Nationaleinkommens. An den Geldmarkt höchstens, nicht aber an den Kapitalmarkt werden hierdurch größere Ansprüche gemacht. Dieser ganze Posten muß also in Wegfall kommen. Damit geht die Summe, welche nach Eberstadt den jährlichen Anspruch für die Kapitalisierung des Bodens darstellt, sofort auf die Hälfte zurück, von 3700 auf 1800 Millionen. Allein auch der letztere Betrag, der die Summe darstellt, um welche die Kapitalverschuldung des Bodens jährlich wächst, darf nicht ohne weiteres als ein Posten angesehen werden, durch den dem Kapitalmarkt Beträge in der gleichen Höhe entzogen werden. Die hypothekarische Bodenverschuldung kann zunehmen, ohne daß irgend welche Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt werden, ja nicht einmal dem Geldmarkt brauchen dadurch solche zu erwachsen. Wie letzteres zugeht, hat uns Eberstadt selbst geschildert. Er weist in einer Anmerkung auf S. 259 darauf hin, daß Grundstücke und Häuser oft in der Weise zu einem höheren Preise verkauft werden, daß der Verkäufer den Gewinn, den er erzielt, nicht in barem Geld, sondern so erhält, daß für ihn eine neue Hypothek eingetragen wird. Dann heißt es weiter: „So lange der Käufer eine Avance giebt (d. h. das Grundstück zu einem höheren als dem voraufgehenden Erwerbspreis übernimmt), kann der Verkäufer ruhig statt baren Geldes eine neue Hypothek in Zahlung nehmen. Diese Hypothek repräsentiert seinen Gewinn, und die Verzinsung ist die Rente dafür; bleibt späterhin die Zinszahlung aus, so nimmt der Vorbesitzer sein Grundstück in der Subhastation zurück. Solche Objekte werden nur zu einem übertriebenen Preise weitergeschoben; bares Geld kommt bei dem Handel gar nicht in Frage, und dennoch finden beide Kontrahenten ihre Rechnung dabei: Der Vorbesitzer empfängt die Rente eines übermäßigen Hauspreises und der „Käufer" macht seinen Profit an der Miete."

Das ist durchaus richtig. Daraus folgt aber, daß die Summe, um welche die Bodenverschuldung jährlich wächst, nicht einen ebenso großen jährlichen Anspruch an den Kapitalmarkt darstellt. Und selbst wenn alle Gewinne, welche aus dem Steigen des Bodenwerts entstehen, den Bodenbesitzern jährlich bar ausgezahlt würden, so würden dadurch doch nicht die entsprechenden Beträge dem Kapitalmarkt dauernd entzogen werden. Es wird dadurch nur eine andere Verteilung der angesammelten Ersparnisse bewirkt, aber es wird noch kein Kapital dauernd festgelegt.

Ganz das Gleiche ist über die Ansprüche zu sagen, welche nach Eberstadt durch die Spekulation an den Kapitalmarkt gestellt werden. Auch sie bedeuten keine dauernde Entziehung von Kapitalien, sondern nur eine anderweite Verteilung des Kapitalbesitzes. Wenn durch die Spekulation die Kurse von Wertpapieren im Nominalbetrage von 1 Milliarde, die bisher pari standen, 50% in die Höhe getrieben werden, so heißt das, vorausgesetzt, daß alle Papiere inzwischen ihren Besitzer wechseln, absolut nicht, daß nunmehr ½ Millarde definitiv vom Kapitalmarkte verschwindet, sondern es heißt nur, daß ein großer Teil der Ersparnisse der Nation in andere Hände übergegangen ist. Und für den Teil der Wertpapiere, der nicht verkauft wird, sondern ruhig in den Händen der ersten Besitzer bleibt, entstehen durch die Höherbewertung nicht einmal vermehrte Ansprüche an den Geldmarkt.

Die Berechnungen Eberstadts sind also schon in ihren Grundlagen verfehlt, und zwar beruht der Fundamentalirrtum Eberstadts in einer Verwechslung zwischen Kapitalmarkt und Geldmarkt. Daß er in diesen Fehler verfallen ist, vor dem schon Roscher gewarnt hat, ist um so auffallender, als er selbst im Eingang seiner Schrift darüber klagt, daß die Unterscheidung zwischen Geld- und Kapitalmarkt in der Diskussion nicht immer mit der nötigen Schärfe festgehalten werde.

Dazu kommt nun noch als ein zweiter Hauptmangel der Eberstadtschen Berechnungen, daß er ganz inkommensurable Größen mit einander vergleicht. Während er auf der einen Seite die jährliche Zunahme der Hypothekenschulden ihrem vollen Betrage nach in die Rechnung einsetzt, berücksichtigt er von den Ansprüchen, welche die Industrie an den Kapitalmarkt macht, nur einen kleinen Teil, nämlich nur den Bedarf der Aktiengesellschaften. Ein solches Verfahren ist selbstverständlich unzulässig, zumal gegenwärtig noch immer der bei weitem größte Teil der Industrie nicht in der Form der Aktiengesellschaft, sondern in einer der übrigen Unternehmungsformen, speziell in der Form der Einzelunternehmung betrieben wird. Wenn auch das in Dortmund gefallene Wort Naumanns richtig ist, daß in den Betrieben, an deren Spitze ein Einzelunternehmer steht, in der Hauptsache der wieder ins Geschäft hineingesteckte Unternehmergewinn den Fortschritt der Produktion schafft, so beanspruchen doch daneben die Einzelunternehmungen zu ihrer Erweiterung auch noch sehr erhebliche Teile der allgemeinen Ersparnisse der Nation. Die Form, in der sie das von anderen angesammelte Kapital erhalten, ist dabei sehr oft die des Hypothekarkredits — ein von Eberstadt bei der Besprechung der Frage der Bodenverschuldung gar nicht gewürdigter Umstand!

Ich kann hiernach nicht finden, daß es Eberstadt, dessen Buch im übrigen sehr interessantes Material enthält, gelungen sei, die These zu beweisen, daß nicht die großen Kapitalansprüche der Industrie, sondern die Ansprüche ganz anderer Faktoren es gewesen seien, welche die Krisis vom Jahre 1900 über das deutsche Wirtschaftsleben heraufbeschworen haben.

Die genaue Summe der Beträge, welche die Industrie in der letzten Aufschwungsperiode dem deutschen Kapitalmarkte entzogen hat, läßt sich allerdings nicht feststellen. Infolgedessen läßt sich auch nicht der positive statistische Beweis dafür erbringen, daß die Kapitalansprüche der Industrie in den letzten Jahren besonders groß gewesen seien. Die Emissionsstatistiken, über die wir verfügen, sind alle nicht zu dem Zweck verwendbar, aus ihnen die Verschiedenheit der Ansprüche, die in den einzelnen Jahren an den Kapitalmarkt gestellt worden sind, exakt nach-

zuweisen. Sie nehmen z. B. gar keine Rücksicht darauf, in welchen Fällen es sich bei industriellen Emissionen nur darum handelt, schon früher ausgegebene Aktien erst nachträglich an der Börse einzuführen. Ebenso wenig ziehen sie bei der Berechnung der insgesamt emittierten Aktienbeträge in Betracht, welche Emissionen auf Umwandlungen schon bestehender Unternehmungen in Aktien-Gesellschaften entfallen. In diesen beiden Fällen bedeutet ja aber die Emission keinen wirklichen Anspruch an den Kapitalmarkt, bezw. wenigstens keinen Anspruch für das betreffende Jahr. Infolge dieser fundamentalen Mängel sind die jetzigen Emissionsstatistiken nicht geeignet, über die Größe des Kapitalbedarfs der Industrie und der übrigen Kapitalbegehrer in den einzelnen Jahren richtige Auskunft zu geben. Daraus, daß wir nicht imstande sind, die Verschiedenheit des Kapitalbedarfs der Industrie in den einzelnen Jahren statistisch nachzuweisen, darf man selbstverständlich aber noch nicht den Schluß ziehen, daß erhebliche Differenzen in den jährlichen Kapitalansprüchen der Industrie überhaupt nicht existierten.

Von der Wiedergabe der Emissionsstatistiken sei aus den eben dargelegten Gründen hier ganz abgesehen. Dagegen halte ich es doch für zweckmäßig, die Zahlen über die in den einzelnen Jahren seit 1871 in Deutschland gegründeten Aktiengesellschaften nach der von dem „Deutschen Ökonomist“ geführten Statistik hier mitzuteilen, obgleich sich gegen diese Statistik ganz ähnliche Einwände erheben lassen wie gegen die Emissionsstatistiken. Wir können jedoch aus der Gründungsstatistik der Aktiengesellschaften wenigstens für einen Teil des Kapitalbedarfs der Industrie die Schwankungen von Jahr zu Jahr annähernd richtig beurteilen, falls wir voraussetzen, daß in jedem Jahr das Verhältnis zwischen dem auf die Umwandlung bestehender Unternehmungen und dem auf die wirkliche Neuerrichtung von Betrieben entfallenden Kapital ungefähr dasselbe ist. Im deutschen Reiche betrug („Volkswirtschaftliche Chronik für das Jahr 1901“, S. 542):

Jahr	die Zahl	das Aktienkapital		
	der neugegründeten Gesellschaften			
1871	207	758,760	Millionen	Mark
1872	479	1477,730	„	„
1873	242	544,180	„	„
1874	90	105,920	„	„
1875	55	45,560	„	„
1876	42	18,180	„	„
1877	44	43,420	„	„
1878	42	13,250	„	„
1879	45	57,140	„	„
1880	97	91,590	„	„
1881	111	199,240	„	„
1882	94	56,100	„	„
1883	192	176,030	„	„
1884	153	111,240	„	„
1885	70	53,470	„	„
1886	113	103,940	„	„
1887	168	128,410	„	„
1888	184	193,680	„	„
1889	360	402,540	„	„
1890	236	270,990	„	„



Jahr	die Zahl der neugegründeten Gesellschaften	das Aktienkapital der neugegründeten Gesellschaften
1891	160	90,240 Millionen Mark
1892	127	79,820 " "
1893	95	77,260 " "
1894	92	88,260 " "
1895	161	250,680 " "
1896	182	268,580 " "
1897	254	380,470 " "
1898	329	463,620 " "
1899	364	544,390 " "
1900	261	340,460 " "
1901	158	158,250 " "

[33]) Richtig hervorgehoben sowohl von Tugan-Baranowsky (a. a. O., S. 31.) als auch von Spiethoff (a. a. O., S. 297).

[34]) Wenn Spiethoff (a. a. O., S. 302) es gleichzeitig als Aufgaben in der Hausseperiode bezeichnet, einerseits die Anlage unerwünschter Produktionsanlagen namentlich für den reproduktiven Verbrauch zu verhindern, andererseits die Preise nicht prohibitiv zu steigern, sondern sie im Gegenteil im rechten Augenblick ausgiebig zu ermäßigen, so scheint mir darin ein gewisser Widerspruch zu liegen. Denn das Hauptmittel, um die Anlage unerwünschter neuer Produktionsanlagen zu verhindern, besteht doch in dem Höhergehen der Preise der Produktionsmittel. Wenn die Kartelle der Eisen- und Kohlenbranche in Zeiten des Aufschwungs die Preise erhöhen, so thun sie das selbstverständlich um ihres eigenen Nutzens willen. Allein sie handeln damit, vorausgesetzt, daß ihre Preispolitik der jeweiligen Marktlage entspricht, zugleich im Interesse der ganzen Volkswirtschaft. Wenn die Hausseperiode Bestand haben und ihr Umschlag in eine Krisis vermieden werden soll, dann ist es ebenso notwendig, die Preise der Rohstoffe und überhaupt der Kapitalgüter zu erhöhen, sobald sich die Neigung zeigt, mit der Erweiterung der Produktionsanlagen übertrieben schnell vorzugehen, wie es in solchen Zeiten Pflicht der großen Zentralbanken ist, den Diskontsatz zu erhöhen. Beide Mittel dienen dem gleichen Zweck, und wer den Zweck will, darf auch gegen die Anwendung der Mittel nichts einwenden, die allein geeignet sind, die Erreichung des Zwecks zu sichern. Es kann also niemals das Ziel sein, den Kartellen in Aufschwungsperioden eine Politik künstlichen Niedrighaltens ihrer Verkaufspreise aufzunötigen, sondern es kann sich höchstens darum handeln, die Konjunktur-Gewinne, welche die kartellierten Industrien in solchen Zeiten erzielen, wenigstens teilweise der Gesamtheit zu Gute kommen zu lassen.

[35]) In der nachstehenden Tabelle ist nach dem „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich“ für die Zeit von 1891 ab — für die weiter zurückliegenden Jahre stehen keine vergleichbaren Angaben zur Verfügung — die Zahl der jährlichen neuen Konkurse zusammengestellt. Man erkennt daraus deutlich die allmähliche Zunahme der Konkurse in der letzten Aufschwungsperiode. Es betrug nämlich

Jahr	die Zahl der neuen Konkurse
1891	7623
1892	7684
1893	6733

Jahr	die Zahl der neuen Konkurse
1894	7411
1895	7111
1896	6760
1897	6997
1898	7364
1899	7742
1900	8558

[36]) A. a. O., S. 251.

[37]) Man kann den Sitz des Übels sogar noch weiter lokalisieren und als den eigentlichen Krisenherd diejenige Abteilung der Kapitalgüter-Erzeugung bezeichnen, die neue zusätzliche, für die Erweiterung oder Verbesserung der Produktion bestimmte Produktionsmittel herstellt. Äußerlich läßt sich natürlich dieser schuldige Teil der Kapitalgüter-Erzeugung von dem unschuldigen, der den Ersatz für die während der letzten Wirtschaftsperiode abgenutzten Maschinen, Geräte, Apparate, Gebäude u. s. w. herzustellen beschäftigt ist, nicht trennen. Die Scheidung beider Abteilungen ist nur in Gedanken möglich. Ist doch in der Wirklichkeit häufig nicht einmal die Produktionsmittel-Erzeugung von der Konsumtionsmittel-Herstellung getrennt! In den einzelnen Zweigen der Produktionsmittel-Erzeugung braucht die Krisis übrigens nicht gleichzeitig auszubrechen, sondern die einen werden von ihr unter Umständen eher ergriffen, als die anderen. So suchte die Krisis der letzten Jahre in Deutschland zuerst namentlich die Eisenindustrie und die Maschinenfabrikation heim, während im Kohlenbergbau das Nachlassen der Nachfrage erst über ein Jahr später stärker bemerkbar wurde.

Ich lasse hier einige Berichte über den Verlauf der letzten Krisis im deutschen Wirtschaftsleben folgen, um zu zeigen, wie in denselben übereinstimmend der Ausbruch der Krisis in die Kapitalgüter-Erzeugung verlegt wird. „Der Arbeitsmarkt" schreibt in seinem Rückblick auf die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1901: „Die zweite Hälfte des Jahres 1900 hatte die Gewißheit gebracht, daß die Produktion weit über den Bedarf hinausgeeilt war. Sofort dämmte die bis dahin hochgetriebene Unternehmungslust und setzte zunächst den Beschäftigungsgrad in den Gewerben herab, die für die Herstellung neuer Produktionsanlagen thätig waren. Eisenkonstruktions-Werkstätten und Maschinenfabriken wurden in erster Linie von dem Rückgange der Konjunktur betroffen...... Von den Metall- und Maschinenbranchen, unter denen die am schnellsten hochgekommene Elektrizitätsindustrie am schnellsten hinuntersank, sowie vom Baugewerbe verpflanzte sich die Depression rasch über andere Gebiete der Produktion. Zementfabriken, Ziegeleien, Kalkbrennereien, Installationsgeschäfte, Bauhandwerke im weitesten Sinne waren schon im April genötigt, ihren Betrieb möglichst einzuschränken. Der verminderte Bedarf an Holz führte gegen Herbst zu einer scharfen Beeinträchtigung des Holzhandels und in weiterer Folge zu einer Lähmung im Geschäftsgang der Säge- und Hobelwerke. Im Eisen- und Kohlengewerbe hielt zwar infolge der hochgehaltenen Preise die Krise erst spät ihren Einzug; aber der sinkende Bedarf übte trotz der von Quartal zu Quartal sich verschärfenden Produktionseinschränkungen seitens der Kohlen- und Koks-, sowie der Roheisen-Syndikate seine Rückwirkungen aus."

In den unter dem Titel „Handel und Wandel" erscheinenden Jahresberichten über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, die der Abgeordnete Calwer herausgiebt,

wird der Verlauf der Krisis bis zum Ende des Jahres 1901 in folgender Weise beschrieben (Jahrgang 1901, S. 15): „Die Krise geht speziell vom Warenmarkte aus, und auch auf diesem läßt sich ein ganz bestimmtes Gebiet aufzeigen, wo das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Absatz zuerst gestört wurde. Mit relativ niedrigen Warenpreisen und steigender Tendenz der Lohnsummen, sowie einem aufblühenden Ausfuhrhandel hatte 1895 die Aufschwungsperiode eingesetzt. Die Konsumkraft war im Zunehmen begriffen, und die Nachfrage auf allen Marktgebieten nahm zu. Dadurch wurde die Unternehmungslust angeregt, die durch Fortschritte der Technik auf dem Gebiete der Elektrizität noch einen besonderen Impuls erhielt. Die Produktionsanlagen wurden nicht nur erweitert, die alten wurden leistungsfähiger gemacht, neue Anlagen mit enormer Produktionsfähigkeit wurden errichtet. Diese Erneuerung unseres gesamten Produktionsapparats schuf eine Menge Arbeit für das Baugewerbe, für die Metall- und Eisenindustrie, vornehmlich auch für die Maschinenfabrikation, in weiterem für den Bergbau, Holzindustrie &c. &c. Solange diese Erweiterung der Produktionsanlage vor sich ging, gab es Arbeit in Hülle und Fülle; es stieg der Verbrauch der Arbeiterbevölkerung, die Löhne bewegten sich nach oben und standen im Verhältnis zu den Warenpreisen relativ noch günstig. Die Ursache dieses günstigen Verhältnisses wurde aber in ihrer Tragweite von dem industriellen Kapital und dem Unternehmertum nicht erkannt. Man war sich nicht bewußt, daß ein großer Teil der lebhaften Beschäftigung, eine starke Zuwachsrate in der Steigerung des Verbrauchs einzig und allein aus der Thatsache der Produktionserweiterung resultierte, nach deren Abschluß die Quelle für neue Beschäftigung weniger reichlich fließen würde.... Und in dieser Auffassung erblickte man eine Aufforderung, die Gründungsthätigkeit trotz warnender Anzeichen fortzusetzen.... Ganz besonders trat diese ungesunde Spannung in den Gewerben ein, die durch die Erneuerung der Produktionsanlagen zu allererst alimentiert wurden: die Maschinenfabrikation, die Eisen verarbeitenden Gewerbe und namentlich die Roheisenproduktion selbst."

Auch Pfarrer Naumann hob in Dortmund richtig hervor, daß die letzte Krisis in der Eisenindustrie und in der Maschinenfabrikation zuerst zum Ausbruch gekommen ist. Er gab dieser Thatsache dann aber eine Deutung, in der ich ihm nicht beistimmen kann. Er wollte nämlich diese Erscheinung dadurch erklären, daß die letzten Abschnitte des Produktionsprozesses, die Fertigfabrikation, und ebenso der Warenhandel zum großen Teil noch nicht großkapitalistisch organisiert seien, während der Bergbau, das Hüttenwesen und die Eisenindustrie riesenkapitalistisch betrieben würden und zu diesen Gewerben infolgedessen auch das von den großen Banken verwaltete Kapital viel mehr hindränge als zu den Erwerbszweigen, in denen der Kleinbetrieb noch sehr stark vertreten sei. Durch dieses Mißverhältnis in der Organisation der ersten und der letzten Abschnitte des Produktionsprozesses würden die Krisen hervorgerufen. Indem die ersten Produktionsstufen schneller wüchsen als die später folgenden, gerate die Industrie in einen Zustand, wie man ihn bei verfehlten industriellen Einzelanlagen beobachten könne, wo eine allzugroße Heizungsanlage neben einem Maschinensaale stehe, der die Heizungsanlage niemals aufbrauche. Man habe einen groß gearbeiteten Hintergrund für einen zu klein geratenen Vordergrund.

Wie ich bereits in Dortmund diesem geistreichen Erklärungsversuch gegenüber bemerkte, ist es höchstens als ein Schönheitsfehler der modernen Wirtschaftsverfassung anzusehen, daß die Produktion noch nicht auf allen Stufen gleichmäßig

großkapitalistisch organisiert ist. Weshalb aber aus dieser an sich richtig beobachteten Thatsache, die ihre Erklärung sehr einfach in den auf den verschiedenen Produktionsstufen technisch anwendbaren Arbeitsmethoden findet, angeblich notwendig Krisen hervorgehen müssen, dafür ist Naumann den Beweis schuldig geblieben.

[38]) Auf die Bedeutung der betreffenden englischen Zahlen hat schon Tugan-Baranowsky hingewiesen (a. a. O., S. 345). Nach dem Seventh Annual Abstract of Labour Statistics of the United Kingdom (1901, S. 76/77) betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder der Trade Unions des vereinigten Königreichs

	im Durchschnitt sämtlicher Gewerkvereine	bei den Gewerkvereinen der Metallindustrie, des Schiffs- und Maschinenbaues
1887	8,2	9,4
1888	4,9	6,0
1889	2,1	2,3
1890	2,1	2,2
1891	3,5	4,1
1892	6,3	7,7
1893	7,5	11,4
1894	6,9	11,2
1895	5,8	8,2
1896	3,4	4,2
1897	3,5	4,8
1898	3,0	4,0
1899	2,4	2,4
1900	2,9	2,6

Die alljährlich am 1. Mai stattfindenden Zählungen der Fabrikarbeiter in Sachsen zeigen folgende Ergebnisse, wenn man die Bewegung der Arbeiterzahl in den vorwiegend Kapitalgüter herstellenden Gewerbegruppen mit der Bewegung der Gesamt-Arbeiterzahl vergleicht. Zu den Gewerbegruppen der überwiegenden Produktionsmittel-Erzeugung sind dabei die Gewerbegruppen III bis VII der Reichsstatistik (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen; Industrie der Steine und Erden; Metallverarbeitung; Herstellung von Maschinen, Werkzeugen, Instrumenten und Apparaten; chemische Industrie) gerechnet worden. Gewerbegruppe XIV (Baugewerbe) kommt für diese Zählung, welche sich bekanntlich auf die der Gewerbe-Inspektion unterstellten Betriebe beschränkt und daher die in den betreffenden Gewerben beschäftigten Arbeiter nicht vollständig erfaßt, nicht in Betracht. Seit dem Jahre 1883, seit welchem in Sachsen regelmäßige Erhebungen über die Zahl der in den einzelnen Gewerbegruppen beschäftigten „Fabrikarbeiter" — diesen Begriff in dem eben dargelegten Sinne verstanden — stattfinden, hat sich nun einerseits die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter, andererseits die Zahl der in den ersten fünf Gewerbegruppen beschäftigten Fabrikarbeiter in folgender Weise entwickelt (zum weiteren Vergleich habe ich für jedes Jahr noch die berechnete mittlere Jahresbevölkerung beigefügt, damit man erkenne, wie die Schwankungen des Beschäftigungsgrades in der Industrie durch das ziemlich unabhängig von diesen Schwankungen in fast gleichmäßigem Tempo sich vollziehende Anwachsen der Bevölkerung noch verstärkt werden):

Jahr	Gesamtzahl der Fabrikarbeiter	Zunahme bezw. Abnahme gegen das Vorjahr	Zahl der Arbeiter in den Gewerbegruppen III bis VII	Zunahme bezw. Abnahme gegen das Vorjahr	Berechnete mittlere Jahresbevölkerung
1883	241 291	—	62 883	—	3 080 900
1884	259 600	+ 7,6 %	71 532	+ 13,7 %	3 122 700
1885	284 533	+ 9,6 „	78 021	+ 9,1 „	3 164 600
1886	289 992	+ 1,9 „	82 350	+ 5,5 „	3 219 400
1887	314 518	+ 8,4 „	89 119	+ 8,2 „	3 283 600
1888	321 629	+ 2,3 „	93 424	+ 4,8 „	3 347 700
1889	340 498	+ 5,9 „	102 140	+ 9,3 „	3 411 800
1890	369 258	+ 8,5 „	115 428	+ 13,1 „	3 476 000
1891	371 541	+ 0,6 „	110 956	— 3,9 „	3 535 800
1892	364 636	— 1,9 „	110 051	— 1,0 „	3 592 800
1893	394 426	+ 8,2 „	120 114	+ 9,1 „	3 649 800
1894	404 010	+ 2,4 „	124 445	+ 3,8 „	3 706 800
1895	420 499	+ 4,1 „	129 086	+ 3,9 „	3 763 000
1896	456 402	+ 8,5 „	143 422	+ 11,1 „	3 835 800
1897	481 074	+ 5,4 „	159 136	+ 11,0 „	3 918 800
1898	501 677	+ 4,3 „	171 547	+ 8,0 „	4 001 700
1899	527 523	+ 5,2 „	186 756	+ 8,9 „	4 084 600
1900	548 353	+ 3,9 „	193 344	+ 3,6 „	4 167 500
1901	550 620	+ 0,4 „	180 143	— 6,8 „	4 243 000

Die Zahlen für Großbritannien und für Sachsen stimmen darin überein, daß sie deutlich die Abhängigkeit erkennen lassen, in der sich die Gesamtlage der Industrie von dem Geschäftsgang in den Produktionszweigen befindet, in denen vorwiegend Produktionsmittel erzeugt werden. Die Schwankungen in dem Beschäftigungsgrade der Gesamtindustrie werden wesentlich hervorgerufen durch die Schwankungen des Beschäftigungsgrades in den Industriezweigen, die Kapitalgüter herstellen. Das Maß der Zunahme oder Abnahme des Beschäftigungsgrades in der Produktionsmittel-Erzeugung wird aber wieder ganz wesentlich dadurch bestimmt, in welchem Umfang während eines Zeitraumes die gleichzeitig gemachten Ersparnisse der Nation produktiv ausgegeben, d. h. zur Schaffung neuen stehenden Kapitals verwendet werden. Insofern sind die englischen und die sächsischen Zahlen eine interessante Bestätigung des von mir behaupteten Zusammenhangs zwischen Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und dem periodischen Auftreten von allgemeinen Wirtschaftskrisen, wenn ich bei den Mängeln, die den mitgeteilten Zahlen anhaften, auch weit davon entfernt bin, in ihnen den eigentlichen Beweis für die hier vorgetragene Krisentheorie zu erblicken. Denn die Abhängigkeit der Gesamtlage des Wirtschaftslebens von der Lebhaftigkeit des Geschäftsgangs in der Produktionsmittel-Erzeugung besteht zunächst nur in der geschlossenen Volkswirtschaft.

[39]) Die stoßweise Entwicklung der Produktionsmittelerzeugung sind wir wenigstens für gewisse Hauptzweige derselben statistisch zu verfolgen im Stande. Ich lasse hierüber nachstehend einige Tabellen folgen. Die Jahre, in denen die Produktion, bezw. die Arbeiterzahl gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang zeigt, sind dabei durch fetten Druck hervorgehoben. Was zunächst den Bergbau betrifft, so betrug:

Jahr	die mittlere Belegschaft	die Menge der geförderten Erzeugnisse in 1000 t	die mittlere Belegschaft	die geförderte Menge in 1000 t
	im deutschen Bergbau überhaupt		im Steinkohlenbergbau	
1872	273 930	49 904,5	162 172	33 306,4
1873	289 756	54 008,4	178 867	36 392,3
1874	**288 980**	**53 457,0**	185 504	**35 918,6**
1875	**282 901**	54 338,9	**183 823**	37 436,4
1876	**282 234**	56 197,0	**182 428**	38 454,4
1877	**270 217**	**55 481,4**	**168 760**	**37 529,6**
1878	271 979	58 288,7	**168 068**	39 589,8
1879	275 711	61 568,2	170 509	42 025,7
1880	294 670	68 791,4	178 799	46 973,6
1881	307 510	71 947,7	186 335	48 688,2
1882	320 662	76 872,8	195 958	52 118,6
1883	334 137	82 435,9	207 577	55 943,0
1884	340 759	84 077,2	214 728	57 233,9
1885	342 394	85 817,9	218 725	58 320,4
1886	**337 193**	**85 153,8**	**217 581**	**58 056,6**
1887	337 634	88 873,0	**217 357**	60 334,0
1888	349 998	95 866,2	225 452	65 386,1
1889	368 896	99 414,1	239 954	67 342,2
1890	395 339	104 322,3	262 475	70 237,8
1891	415 985	108 762,1	283 227	73 715,7
1892	422 903	**107 884,5**	289 415	**71 372,2**
1893	**420 550**	110 882,6	290 632	73 852,3
1894	426 781	115 346,3	299 627	76 741,1
1895	430 155	120 293,8	303 937	79 169,3
1896	445 048	131 061,2	316 513	85 690,2
1897	471 203	140 453,2	336 174	91 055,0
1898	497 340	148 673,0	357 695	96 309,7
1899	526 184	159 065,3	378 575	101 639,8
1900	573 078	174 666,8	413 693	109 290,2
1901	—	—	—	**108 417,0**

Im Hüttenbetrieb betrug

Jahr	die mittlere Belegschaft	die Produktion in 1000 t	die mittlere Belegschaft	die Produktion in 1000 t
	überhaupt		speziell bei Roheisen	
1872	38 489	2178,0	26 111	1 927 000
1873	40 225	2439,6	28 129	2 174 000
1874	**36 681**	**2129,5**	**24 342**	**1 856 000**
1875	**36 525**	2294,9	**22 760**	1 982 000
1876	**32 650**	**2125,9**	**18 556**	**1 802 000**
1877	32 975	2231,9	**18 188**	1 899 000
1878	**31 233**	2458,1	**16 202**	2 119 000
1879	32 242	2569,0	17 386	2 201 000
1880	36 393	3104,6	21 117	2 692 000
1881	38 318	3404,6	21 387	2 879 000

Jahr	die mittlere Belegschaft	die Produktion in 1000 t	die mittlere Belegschaft	die Produktion in 1000 t
	überhaupt		speziell bei Roheisen	
1882	41 988	3914,6	23 015	3 344 000
1883	42 724	4018,5	23 515	3 433 000
1884	43 321	4211,4	**23 114**	3 565 000
1885	44 041	4298,6	**22 768**	3 647 000
1886	**42 402**	**4148,6**	**21 470**	**3 499 000**
1887	42 744	4679,0	**21 432**	3 993 000
1888	44 905	5016,7	23 046	4 307 000
1889	46 715	5283,5	23 985	4 405 000
1890	47 630	5461,9	24 846	4 626 000
1891	47 752	**5442,2**	**24 773**	**4 604 000**
1892	**47 417**	5769,9	**24 325**	4 903 000
1893	47 419	5856,1	**24 201**	4 951 000
1894	**46 858**	6300,8	**24 110**	5 346 000
1895	47 401	6394,7	**24 059**	5 433 000
1896	50 080	7374,7	26 562	6 340 000
1897	54 855	7926,1	30 459	6 839 000
1898	55 411	8438,0	30 778	7 267 000
1899	61 268	9334,3	36 334	8 095 000
1900	**59 664**	9723,1	**34 743**	8 469 000
1901	—	—	—	**7 860 893**

Ferner betrug:

Jahr	die mittlere Belegschaft	die Menge des verschmolzenen Eisens in 1000 t	die mittlere Belegschaft	die Menge des verarbeiteten Eisens
	im Eisengießereibetrieb		in der Schweißeisen- und Flußeisenfabrikation	
1883	43 012	740,1	86 440	3560,7
1884	45 726	788,1	86 468	3660,4
1885	46 161	**761,2**	**84 594**	**3616,6**
1886	**45 813**	813,2	85 045	3697,2
1887	48 668	871,4	89 526	4352,0
1888	53 326	965,3	94 035	4590,4
1889	59 437	1137,2	101 907	5030,0
1890	63 960	1181,3	106 793	5115,2
1891	**62 743**	1184,7	107 525	5380,9
1892	**61 293**	**1172,5**	**107 081**	5527,2
1893	63 552	1234,5	**106 286**	5621,3
1894	66 131	1307,1	108 223	6199,8
1895	67 903	1341,3	113 270	6364,2
1896	74 536	1570,2	122 986	7540,8
1897	79 844	1681,0	131 484	7967,6
1898	85 435	1824,2	144 594	8799,2
1899	91 613	2038,2	158 650	9662,3
1900	95 548	2090,0	162 810	9720,2

Schweißeisen- und Flußeisenbetrieb sind hier deshalb zusammengefaßt worden, weil die gesonderte Betrachtung derselben infolge der beständigen Abnahme, die der

Schweißeisenbetrieb aus bekannten Gründen schon seit längerer Zeit durchzumachen hat, ein falsches Bild ergeben würde.

Alle die vorstehend mitgeteilten Tabellen stimmen darin überein, daß sie deutlich eine stoß- oder ruckweise Entwicklung der Produktion erkennen lassen. Das Bild, das sich aus den Zahlenreihen ergiebt, ist ganz dasselbe wie bei der Echternacher Springprozession: nachdem die Produktion einige Schritte vorwärts gemacht hat, macht sie dazwischen immer wieder einmal einen Schritt zurück.

[40]) Nach der Ansicht des marxistischen Sozialismus wird bekanntlich die bürgerliche Gesellschaft durch die Krisen an den Rand des Abgrundes gebracht und zuletzt „bei Strafe des Untergangs" gezwungen sein, die dem Stand ihrer Produktivkräfte allein entsprechende Rechtsordnung, nämlich gemeinschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, mit anderen Worten also den Sozialismus einzuführen.

[41]) Eine ziemlich vollständige Übersicht über die Ursachen der Areibtslosigkeit in der modernen Volkswirtschaft giebt Schikowski in der kleinen Schrift „Über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenstatistik", Leipzig 1895, S. 7 ff. In systematischer Weise hat ferner Professor K. Oldenberg die Ursachen der Arbeitslosigkeit in zwei Artikeln behandelt, die im April- und Maiheft 1897 der Fliegenden Blätter des Rauhen Hauses veröffentlicht sind (auch als Separatabdruck erschienen).

[42]) Eine Beschränkung der Arbeitslosen-Versicherung durch die Kommunen auf die Arbeiter der vorwiegend für den Absatz am Orte arbeitenden Gewerbe ist unbedingt notwendig, wenn man nicht die kommunalen Versicherungs-Einrichtungen der sicheren Gefahr des Zusammenbruchs in Krisenzeiten aussetzen will. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie die wirtschaftliche Existenz mancher Gemeinden aufs innigste mit dem Bestande gewisser Exportindustrien verknüpft ist, um einzusehen, daß die Gemeinde nicht fähig ist, Trägerin einer allgemeinen Versicherung aller in ihr beschäftigten Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu werden. Es ist widersinnig, an einem Orte, an dem vielleicht ein Drittel oder gar die Hälfte der Einwohnerschaft in demselben für den Weltmarkt arbeitenden Gewerbe beschäftigt ist, die Arbeitslosen-Versicherung auf kommunaler Grundlage organisieren zu wollen. Die Gemeinde besitzt hier nicht die erforderliche, finanzielle Kraft, um im Falle einer Absatzkrisis in der betreffenden Exportindustrie unterstützend eingreifen zu können. Die Last und das Risiko der Arbeitslosen-Versicherung muß in solchen Gewerben auf stärkere Schultern gelegt werden.

[43]) S. Georg Schanz, dritter Beitrag zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Berlin 1901, S. 45.

[44]) Besonders wichtig ist die Versicherung der gelernten Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit deshalb, weil der gelernte Arbeiter, der arbeitslos wird und keine ausreichende Unterstützung in dieser Zeit empfängt, Gefahr läuft, durch Verlust seiner erworbenen technischen Geschicklichkeit seine Eigenschaft als gelernter Arbeiter einzubüßen und in die schlechter bezahlte Klasse der ungelernten Arbeiter herabzusteigen.

[45]) Hier taucht wieder die alte Streitfrage auf: soll der Staat die Arbeiterberufsvereine fördern und anerkennen, so lange sie sich zum größten Teil noch in engster Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei befinden, oder soll er damit warten, bis die Gewerkvereine sich von der sozialdemokratischen Führung ganz los gemacht haben? Für die Fortsetzung der bisherigen, den Arbeiterorganisationen wenig freundlichen Haltung der Regierung macht man vor allem

geltend, daß jede staatliche Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung eben wegen der zur Zeit noch bestehenden innigen Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung auch der Sozialdemokratie zu Gute kommen müsse. Dabei wird aber übersehen, daß jede Stärkung der Gewerkvereinsbewegung auf die Dauer notwendig dazu führen muß, die Arbeiter zu einer mehr realistischen Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erziehen und sie aus dem Banne der Theorien des marxistischen Sozialismus zu befreien.

